

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Gromyko-Besuch abgesagt:** Nach dem Abschuß des koreanischen Passagierflugzeugs durch die Sowjet-Luftwaffe hat Frankreich offenbar auf Verlegung des für den Wochenbeginn geplanten Arbeitsbesuchs von Außenminister Gromyko gedrängt. Möglicher neuer Termin am Wochenende.

**Schmidt zur Nachrüstung:** Im Gespräch mit Vertretern der „DDR“-Kirche verteidigt der Kanzler den NATO-Doppelbeschluß und betont seinen Verhandlungswillen. Schmidt wurde gestern von SED-Chef Honecker empfangen. (S. 1)

**Erleichterungen?** Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Rühse rechnet nach Gesprächen in Ost-Berlin mit menschlichen Erleichterungen in den innerdeutschen Beziehungen als Folge des Milliardenkredits.

**Nitze bei Kohl:** US-Unterhändler bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen (INF), Paul Nitze, informiert Kanzler, Außen- und Verteidigungsminister über Position Washingtons. Weiterer Widerstand gegen die Krenl-Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme. (S. 8)

**Krieg in Libanon:** Nach Teiltrückzug israelischer Armee weiter heftige Gefechte. Syrien verlangt Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Libanon von anderen arabischen Staaten.

**Mittelstreckenwaffen:** Die Verhandlungen zwischen USA und Sowjetunion über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen gehen heute in Genf in ihre entscheidende Runde vor einer eventuellen Nachrüstung der NATO. CDU/CSU-Fraktion appelliert an Moskau, auf Überbrückung zu verzichten. SPD bezeichnet Unionspolitik als „Fahrplan zur Aufrüstung“. (S. 8)

**SPD fordert Entlassung:** Die SPD-Fraktion will am Donnerstag im Bundestag die Entlassung von Justizminister Engelhard und Innenminister Zimmermann wegen ihres Verhaltens im Asylfall Altun fordern. Der Türke Altun hatte während des Verfahrens Selbstmord begangen. (S. 10)

**Hessen-Wahl:** Jüngste Meinungsumfrage (Ipos) aus den ersten drei Augustwochen gibt der CDU 45,2 und der SPD 44,6 Prozent. Die FDP liegt mit 4,5 Prozent knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde, braucht also noch Mobilisierung ihrer Anhänger. Grüne: 5,1 Prozent.

**Heute: USA und Sowjetunion** nehmen in Genf Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) wieder auf. - Bundeskabinett berät über den Haushalt. - DGB-Bundesvorstand tagt u.a. zum Thema Nachrüstung. - US-Verteidigungsminister Weinberger nach Mittelamerika.

### ZITAT DES TAGES



„Die Friedensbewegung demonstriert gegen die Demokratie USA, die unsere Freiheit schützt, aber sie schweigt gegenüber der Diktatur Sowjetunion, die die Freiheit unterdrückt und vor brutalen Mitteln nicht zurückschreckt.“

CDU-Generalsekretär Helmut Kohl auf einer Sitzung des Bundesvorstandes seiner Partei in Bonn. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

### WIRTSCHAFT

**Arbeitslose:** Zahl der Erwerbslosen im August um 6003 auf 2 196 220 gesunken. Quote unverändert 8,9 Prozent.

**BSP steigt:** Das Bruttosozialprodukt ist im 2. Quartal 1983 erstmals seit längerer Zeit wieder gestiegen: preisbereinigt plus 0,7 Prozent gegen 1982. (S. 12)

**Produktion lebhaft:** Die Industrieproduktion ist im Juli saisonbereinigt um ein Prozent zurückgegangen nach Plus von drei Prozent im Juni, ist aber insgesamt lebhaft. (S. 12)

**Preisanstieg gebremst:** Der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industrieländern flachte im 2. Quartal 1983 auf fünf Prozent ab, gegen 5,5 Prozent im ersten Quartal.

### KULTUR

**Fusion vorantreiben:** Die weitere Erforschung der Kernfusion als künftige Energiequelle erfordert noch engere europäische Gemeinschaftsprogramme, erklärt Forschungs-Staatssekretär Probst vor Europakonferenz für Plasmaphysik in Aachen.

**„Vorhang“ an der Burg:** Das traditionelle „Vorhangverbot“ am Wiener Burgtheater ist aufgehoben worden.

**Camaro:** Die Staatliche Kunsthalle in Berlin zeigt Werke des Malers Alexander Camaro. (S. 17)

### SPORT

**Fußball:** Ohne Bernd Schuster (FC Barcelona) wird die deutsche Nationalmannschaft morgen in Budapest gegen Ungarn spielen. Schuster erlitt einen Muskelfaser-Anriß.

**Galopp:** 18,5 Millionen Mark wurden bei der Baden-Badener Rennwoche umgesetzt, das waren 5,87 Prozent weniger als im Vorjahr. 1981 betrug der Wertsatz 20,4 Millionen Mark.

### AUS ALLER WELT

**Bombe in Göttingen:** Bombenexplosion in dreistöckigem Wohn- und Geschäftshaus richtet zwei bis drei Millionen Mark Sachschaden an. Ein Unbekannter hatte telefonisch zuvor gewarnt. In dem Haus sind Arztpraxen und ein Restaurant. Motiv zunächst noch unklar.

**Challenger zurück:** Nach problemlosem Flug glatte Landung der US-Raumfähre erstmals bei Nacht. (S. 18)

**Wetter:** Zwischenhoch; heiter bis wolkeig. In Küstennähe noch Schauer. Temperaturen im Norden 18; im Süden bis 23 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Nicht per Knopfdruck - Peter Gillies über Konjunktur und Arbeitsmarkt. S. 2

**US-Streitkräfte:** Ignorieren heißt das Motto bei Kasernenblockaden. S. 3

**Papstbesuch:** In Wien wartet auf den Heiligen Vater ein Stück des alten Polen. S. 3

**Nordrhein-Westfalen:** Das Kabinett berät Haushalt und Revirement. S. 4

**Blackpool:** Chapple ermahnt die Gewerkschaften zu einer „Politik des Realismus“. S. 5

**Fernsehen:** Das ZDF zeigt den vierteiligen TV-Film „Evita Perón“ mit Faye Dunaway. S. 7

**Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

**Leichtathletik:** Steve Ovett - mit dem Weltrekord aus der Krise gelaufen. S. 9

**Medizin:** Hepatitis und AIDS Themen des 13. Chemotherapie-Kongresses in Wien. S. 17

**Italien:** Die geheimen Hoffnungen der Streiter wider den Zölibat. S. 18

## Paris empfängt Gromyko erst später. Grund: Jumbo-Abschuß

Der Eindruck einer „freundschaftlichen Geste“ soll vermieden werden

A. GRAF KAGENECK/DW, Paris  
 Die Verschiebung des für gestern angekündigten Besuchs des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in Paris steht offenbar in einem direkten Zusammenhang mit dem Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeugs durch die Sowjets. Die französische Regierung bemüht sich allerdings, die Verlegung des jetzt für Ende dieser Woche in Aussicht gestellten Termins mit strengster Diskretion zu umgeben. Aus Äußerungen französischer Diplomaten wurde aber geschlossen, daß die Initiative zum Terminwechsel von Paris aus gegangen ist - wenn auch unter Einwirkung Moskaus.

Für die Verschiebung des geplanten 24stündigen „Arbeitsbesuchs“ des sowjetischen Außenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten wurden in den französischen Hauptstädten drei Gründe genannt:

1. Paris, das über den Abschuß der koreanischen Maschine nicht weniger empört war als andere westliche Regierungen und bereits am vergangenen Samstag den sowjetischen Botschafter Worontow um eine sofortige Aufklärung des Zwischenfalls ersucht hatte, hat keinerlei Anlaß zu einer freundschaftlichen Geste gegenüber Moskau in diesem Zusammenhang. Hinzu kommt, daß es über Afghanistan, Polen und die geplante NATO-Nachrüstung seit langem schwere Differenzen mit der Sowjetunion gibt.

2. Außenminister Claude Cheysson mag es vorgezogen haben, nicht der erste westliche Minister zu sein, der dem hochrangigen Mitglied der sowjetischen Führung nach dem Flugzeugzwischenfall gegenübertritt; er scheut eine „Vorreiterrolle“ Frankreichs. Dieses zweifelhafte Vergnügen wollte er nach Einschätzung politischer Beobachter eher seinem amerikanischen Kollegen Shultz überlassen, zumal da - so die Argumentation - noch nicht alle Verantwortlichkeiten im Ablauf der Tragödie geklärt seien.

3. Die französische Seite möchte erst abwarten, welche eventuellen Sanktionen Präsident Reagan gegen die Sowjetunion ergreifen wird. In Paris wurde gestern aber nicht ausgeschlossen, daß sich Frankreich vorübergehenden Einschränkungen des Luftverkehrs mit der Sowjetunion anschließen könnte.

Die sowjetische Botschaft in Paris bestand darauf, daß der Besuch Gromykos nur verschoben, nicht aufgehoben sei. Gromyko und Cheysson werden sich übrigens schon während der Schlusskonferenz des KSZE-Folgegipfels in Madrid sehen, die am Mittwoch beginnt. Cheysson wird am Freitagmittag aus Madrid zurück sein. Gromyko könnte demnach am Samstag mit ihm zusammentreffen.

Bei der Suche nach den Motiven der Terminverschiebung spielte auch die Frage eine Rolle, ob während des Besuchs von Gromyko Demonstrationen größerer Art zu befürchten seien.

Die französische Linksregierung hatte ein großes Interesse an dem Gromyko-Besuch gezeigt, da das Verhältnis zwischen Paris und Moskau erheblich abgekühlt ist. Offenbar hofft man, daß eine Verschiebung um mehrere Tage zu einem Abklingen der Emotionen und damit zu besseren Voraussetzungen für sachliche Erörterungen zwischen beiden Seiten führen könne.

übergehenden Einschränkungen des Luftverkehrs mit der Sowjetunion anschließen könnte.

Die französische Linksregierung hatte ein großes Interesse an dem Gromyko-Besuch gezeigt, da das Verhältnis zwischen Paris und Moskau erheblich abgekühlt ist. Offenbar hofft man, daß eine Verschiebung um mehrere Tage zu einem Abklingen der Emotionen und damit zu besseren Voraussetzungen für sachliche Erörterungen zwischen beiden Seiten führen könne.

Bei der Suche nach den Motiven der Terminverschiebung spielte auch die Frage eine Rolle, ob während des Besuchs von Gromyko Demonstrationen größerer Art zu befürchten seien.

Die französische Linksregierung hatte ein großes Interesse an dem Gromyko-Besuch gezeigt, da das Verhältnis zwischen Paris und Moskau erheblich abgekühlt ist. Offenbar hofft man, daß eine Verschiebung um mehrere Tage zu einem Abklingen der Emotionen und damit zu besseren Voraussetzungen für sachliche Erörterungen zwischen beiden Seiten führen könne.

## Wollen USA Sowjets Brücke bauen?

Washington spricht von möglicher „Konfusion“ am Beginn des Flugzeug-Zwischenfalls

KIELINGER/DW, Washington/Bonn  
 Die USA haben Informationen bestätigt, daß sich ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug in der Nähe der sowjetischen Küsten befunden habe, als das koreanische Passagierflugzeug abgeschossen wurde. Regierungskreise in Washington schlossen damit die Möglichkeit eines „Fehlens“ bei der sowjetischen Luftabwehr nicht aus, betonten jedoch, daß eine Verwechslung höchstens anfänglich hätte geschehen können, nicht aber zum Zeitpunkt des Abschlusses. Mit dem Hinweis auf eine Verwechslung sollte Moskau offenbar die Möglichkeit einer in amerikanischen Augen befriedigenden Erklärung eingeräumt werden. In Bonn sprach Bundesaußenminister Genscher von einer „Bringschuld“ der Sowjetunion an Wiederherstellung von Vertrauen, ohne daß die Verhandlungen in Genf und Madrid nicht zu einem Erfolg führen könnten.

Der Chef der sowjetischen Luftabwehr, Generaloberst Semjon Romanow, hatte in einem „Prawda“-Artikel geschrieben, die Piloten der sowjetischen Abfangjäger hätten das

unbekannte Flugzeug im sowjetischen Luftraum nicht von einem USAufklärungsflugzeug des Typs RC-135 unterscheiden können. Romanow wiederholte dabei nicht mehr den Spionagevorwurf, sondern sprach von einer „plumpen Provokation“.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, gab am Sonntagabend überraschend bekannt, daß ein amerikanisches Aufklärungsflug-

zeug vom Typ RC-135 zur gleichen Zeit entlang der ostasiatischen Peripherie der Sowjetunion geflogen sei wie der koreanische Passagier-Jet. Zuvor hatte US-Präsident Ronald Reagan einer Gruppe von führenden Mitgliedern des amerikanischen Kongresses das Originalband vorgeführt, das den Funkgesprächverkehr der sowjetischen Jagdflugzeuge unmittelbar vor dem Abschuß der koreanischen Boeing mit 289 Menschen an Bord aufgezeichnet hatte.

Wie der Pressesprecher dazu erläuterte, erschienen sie einer bestimmten

### SEITE 2: Die Antwort Amerikas

zeug vom Typ RC-135 zur gleichen Zeit entlang der ostasiatischen Peripherie der Sowjetunion geflogen sei wie der koreanische Passagier-Jet. Zuvor hatte US-Präsident Ronald Reagan einer Gruppe von führenden Mitgliedern des amerikanischen Kongresses das Originalband vorgeführt, das den Funkgesprächverkehr der sowjetischen Jagdflugzeuge unmittelbar vor dem Abschuß der koreanischen Boeing mit 289 Menschen an Bord aufgezeichnet hatte.

Wie der Pressesprecher dazu erläuterte, erschienen sie einer bestimmten

Zeit beide Flugzeuge auf sowjetischen Radarschirmen, so daß anfänglich, bevor die koreanische Linienmaschine in sowjetischen Luftraum eindrang, „Konfusion“ beim sowjetischen Luftabwehrkommando „geherrscht haben mag“ über die genaue Identität des auf illegalem Kurs befindlichen Flugzeugs.

Die aufgezeichneten sowjetischen Funkprüche enthielten aber auch für die Anfangsphase keinen direkten Hinweis auf eine mögliche Konfusion bei der sowjetischen Luftabwehr. Zudem, erklärte Pressesprecher Speakes, flog der südkoreanische KAL-Jumbo bei ausreichendem Mondschein. Seine unverkennbare Frontwölbung oberhalb des Cockpits mache es praktisch unmöglich, ihn mit der viel kleineren spitzen Boeing 707 zu verwechseln, die die Amerikaner als ihre RC-135-Aufklärer fliegen.

Weiterhin ließen die Tonbandmitschnitte deutlich erkennen, so das Weiße Haus, daß die sowjetischen SU-15-Piloten an dem beobachteten „Zielobjekt“ Navigationslampen an den Tragflächen und die Antikollisionsleuchten eingeschaltet hatten.

Bundesaußenminister Genscher äußerte sich über den Wert einer Sanktionspolitik zum derzeitigen Zeitpunkt skeptisch. Er argumentierte unter anderem, der Flugzeugabschuß sei nicht eine reine Ost-West-Angelegenheit. Sanktionen könnten auch nicht einheitlich beurteilt werden, da beispielsweise die USA im Gegensatz zu anderen Ländern kein formelles Luftfahrtabkommen mit der Sowjetunion geschlossen hätten und deshalb auch nicht in eine Vertragsbruchsituation gerieten, falls die Luftfahrtbeschränkungen anordnen.

## Kohl: Das ist ein Akt der Barbarei

Kanzlerstellungnahme zum Flugzeugabschuß / Positive Zeichen Moskaus gefordert

RÜDIGER MONIAC/DW, Bonn  
 Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Abschuß eines südkoreanischen Verkehrsflugzeugs durch eine sowjetische Militärmaschine als einen Akt der Barbarei verurteilt. Auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes sagte der Kanzler gestern: „Dieses sowjetische Vorgehen zeugt von gnedloser Menschenverachtung und kann durch nichts gerechtfertigt werden. Es beweist erneut die harte Entschlossenheit der sowjetischen Führung, sich jederzeit über die international anerkannten Regeln des Zusammenlebens der zivilisierten Welt hinwegzusetzen und Menschenleben zu opfern.“

Kohl, der am Nachmittag auch den amerikanischen Chefunterhändler bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen, Paul Nitze, empfangen hatte, ist sich mit den USA und den anderen NATO-Staaten einig, daß trotz des Flugzeugabschlusses die amerikanisch-sowjetischen Gesprä-

che zur Begrenzung der Atomrüstung nicht aufgeschoben werden dürfen. Regierungssprecher Boenisch erklärte dazu, die Bundesregierung sehe in Nitzes Besuch in Bonn und in den engen Konsultationen der westlichen Verbündeten den Ausdruck des ernsthaften Willens, alle Möglichkeiten für einen Genfer Kompromiß auszuschöpfen. Der Kanzler glaube, dieser sei noch in diesem Jahr möglich.

Kohl appellierte an die Sowjetunion, zu einem positiven Abschluß durch beizutragen, daß sie über bislang öffentlich dargestellte Präzisierung ihrer Haltung für Genf und über Beeinflussungsversuche der westlichen Öffentlichkeit hinaus wirkliche Schritte in Richtung Abrüstung tue.

Vor dem CDU-Bundesvorstand ließ Kohl keinen Zweifel daran, daß einseitige Vorleistungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle von der sowjetischen Führung

„nicht als Geste guten Willens verstanden“ würden, sondern im Krenl die Gefahr förderten, „als Schwäche mißverstanden und für sein Machtstreben ausgenutzt zu werden“. Bonn ist nach den Worten des Regierungssprechers bereit, mögliche von den USA beschlossene Sanktionen gegen die Sowjetunion mitzutragen und mitzumachen.

Bundesaußenminister Genscher äußerte sich über den Wert einer Sanktionspolitik zum derzeitigen Zeitpunkt skeptisch. Er argumentierte unter anderem, der Flugzeugabschuß sei nicht eine reine Ost-West-Angelegenheit. Sanktionen könnten auch nicht einheitlich beurteilt werden, da beispielsweise die USA im Gegensatz zu anderen Ländern kein formelles Luftfahrtabkommen mit der Sowjetunion geschlossen hätten und deshalb auch nicht in eine Vertragsbruchsituation gerieten, falls die Luftfahrtbeschränkungen anordnen.

## Stingl: Noch nicht die Wende, aber ...

Arbeitslosenzahl im August um 0,3 Prozent gesunken / Mehr Frauen suchen Beschäftigung

GISELA REINERS, Bonn  
 Erstmals seit 1979 ist die Zahl der Arbeitslosen in einem August gesunken. Sie ging leicht um 6000 zurück und beträgt jetzt 2 196 220. Das Verhältnis der Erwerbslosen zur berufstätigen Bevölkerung, die Arbeitslosenquote, wurde von dem Rückgang um 0,3 Prozent nicht berührt; sie liegt weiter bei 8,9 Prozent.

Nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingl, ist dies noch nicht die Wende am Arbeitsmarkt, aber der Punkt rücke näher. Die Arbeitslosigkeit sei „ein unerträglicher Zustand, gegen den etwas getan werden muß“. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl kaum noch gestiegen. Der Zugang an offenen Stellen war im Laufe des August günstiger als im Vorjahr; er betrug fast 20 Prozent, im Vormonat waren es nur rund 15 Prozent gewesen. Der Bestand war am

Ende des Monats nahezu unverändert, was nach Angaben aus Nürnberg darauf schließen läßt, daß Vermittlungen schnell vorgenommen werden konnten.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat im August überproportional zugenommen, was aber saisonbedingt ist. Sie stieg um 11 500 Jobsucher auf rund 210 000. Die Zunahme liegt bei 5,8 Prozent; die Arbeitslosenquote bei diesen jungen Leuten unter 20 beträgt 13,5 Prozent. Doch hier gibt es einen Lichtblick. Während des Monats August meldeten sich 19 600 Teilnehmer an berufsbildenden Maßnahmen bei den Ämtern nach den Lehrgängen arbeitslos. In der Bestandsrechnung blieben jedoch am Monatsende nur 11 500 übrig; rund 8000 konnten also vermittelt werden. Das bedeutet eine Ermutigung für die jungen Leute, daß Ausbildung sich doch auszahlt.

Stark gestiegen ist auch die Zahl der arbeitssuchenden Frauen. Sie nahmen um 0,8 Prozent auf rund eine Million zu. Der Grund ist vermutlich in der noch wachsenden Zahl erwerbsloser Angestellter zu sehen. Die Zahl der arbeitslosen Männer nahm im August um 1,2 Prozent auf 1,2 Millionen ab.

Die Kurzarbeiterzahl hat sich ebenso wie die Zahl der arbeitslosen Ausländer verringert. Allerdings stieg die Zahl der Kurzarbeiter im Berg- und Schiffbau sowie in der Metallherstellung. Die höchste Erwerbslosenquote hat Niedersachsen mit 11,1 Prozent, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 10,7.

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bewerteten die Zahlen als „erfreulich“ und als „Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt. Die SPD-Position dagegen sah noch keinen Grund, eine „Trendwende zu feiern“.

### DER KOMMENTAR

## Die Bringschuld

HEINZ BARTH

Man muß es François Mitterrand und den französischen Sozialisten bescheinigen, daß sie mehr Skepsis gegenüber Moskaus schamloser Desinformationspolitik im kleinen Finger haben als so mancher „gemäßigte“ Europäer in seinem gläubigen Gemüt. Frankreich hat den Besuch verschoben, zu dem der sowjetische Außenminister Gromyko für Montag in Paris angesagt war. Es möchte aus Moskau erst Wahrscheinlicheres über das fernöstliche Massaker hören als die zynische Version, ein Jagdflieger könne einen Jumbo nicht von einem Aufklärer unterscheiden.

Doch eben darin sind unsere diplomatischen Ornithologen längst trainiert. Sie warten nur darauf, von den Sowjets überzeugt zu werden, daß ein Fliegenschnapper leicht mit einem Kondor zu verwechseln ist. Noch diese Woche werden sie in Madrid ernsthaft über Raketen mit Andrej Gromyko reden, der schließlich Fachmann ist. Als Mitglied des sowjetischen Verteidigungsrates ist er mitverantwortlich für die Rakete von Sachalin. Gewiß wird sein deutscher Kollege Genscher mit gedämpfter Stimme zu ihm sprechen, wenn es in Madrid um die „Sicherheit“ und „Zusammenarbeit“ in Europa geht.

Welche Sicherheit, bitte? Welche Zusammenarbeit? Der deutsche Außenminister hat es uns in einem Rundfunk-Interview verraten, daß es sich zunächst darum handelt, das durch den Holocaust vom 1. September erschütterte Vertrauen in die Sowjetunion wieder herzustellen. Auch hier ist wiederum zu fragen: welches Vertrauen? Das Vertrauen, das sich der Krenl durch die Berliner Mauer, den Prager Einmarsch, die Niederknüppelung des Ungarn-Aufstandes, die Besetzung Afghanistans und eine reichhaltige Kollektion von Stellvertreter-Kriegen erworben hatte?

Diesmal ging Genscher immerhin so weit, in der Wiederherstellung des Vertrauens eine „Bringschuld“ zu sehen, die Moskau dem Westen zu entrichten habe. Da ist zu fragen: Wie ist das mit dem Vertrauen, das in Berlin, Prag, Budapest und Kabul zertrampelt wurde? Gab es da keine „Bringschuld“ der sowjetischen Machthaber? Es ist eine traurige Ernte, die von den Meister-Pädagogen der freien Welt jetzt eingebracht wird. Sie haben den Krenl in allen großen Krisen so ausdauernd mit warmen Tüchern beschützt, daß er überzeugt ist, sich heute sogar mörderische Herausforderungen erlauben zu können.

Beim abzuwarten, mit welchem Engagement sich Bonn den Sanktionen anschließt, die von Präsident Reagan angekündigt wurden.

## Schmidt steht in der „DDR“ zum NATO-Doppelbeschluß

Er verweist auf die Rüstungspolitik der Sowjets

HANS RÜDIGER KARUTZ, Berlin  
 Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat bei seinem „DDR“-Besuch den NATO-Doppelbeschluß strikt verteidigt und seinen Verhandlungswillen betont. Zugleich verwies Schmidt in einem kirchlichen Gesprächskreis auf das sowjetische Rüstungstempo nach seiner Begegnung mit Breschnew im Jahre 1979. Das damalige Gleichgewicht habe sich seither durch die weitere SS-20-Produktion zu Lasten des Westens verschoben. Schmidt traf gestern in Ost-Berlin mit SED-Generalsekretär Erich Honecker zusammen und erörterte mit ihm ausführlich die internationale und innerdeutsche Situation.

Schmidt war am Wochenende im Potsdamer „Oberlin-Haus“ der evangelischen Kirche zweimal mit Bischöfen aus der „DDR“ und einem Kreis führender kirchlicher Mitarbeiter zusammengetroffen, um über die Verantwortung des Christen in schwieriger Zeit zu sprechen. In einer Diskussionsrunde am Sonntag erläuterte Schmidt nach Angaben von Teilnehmern die Ursprünge des NATO-Doppelbeschlusses und ging auf die Versicherung Leonid Breschnews von 1979 ein, beide Seiten seien mit rund 2000 Interkontinentalraketen annähernd gleich stark. Damals habe die UdSSR 34 SS-20-Raketen besessen, heute seien es - so Schmidt - etwa 240 mit dreifachen Atomsprenköpfen (nach NATO-Schätzung hat Moskau 351 SS-20 installiert - Die Redaktion).

Schmidt sprach sich abermals für eine west-östliche Sicherheitspartnerschaft aus und wies das Wort des Philosophen Carl-Friedrich von

Weizsäcker von der „intelligenten Feindschaft“ zurück. Er betonte die UdSSR nicht als Feind und wünsche sie sich auch nicht als Feind.

Zu dem von allem in der „DDR“ und auch von Egon Bahr geförderten Palme-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, bemerkte Schmidt, er halte die Idee nicht für falsch, angesichts der Raketensichtweisen „aber auch nicht für sehr glücklich“.

Wiederholt betonte Schmidt die dringende Notwendigkeit, die Machtblöcke „im Gespräch zu halten“. Unter diesem Gesichtspunkt habe er auch am 13. Dezember 1981 am Tage der Verhängung des Kriegsrechts in Polen entschieden, seinen damaligen Besuch bei Honecker nicht abbrechen.

Schmidt kritisierte die Schlussklärung der christlichen Weltkonferenz von Vancouver, nach der nicht nur die Anwendung, sondern bereits Herstellung und Lagerung von Atomwaffen verwerflich seien. Wenn dem so sei, müßte quasi jeder Politiker „ein Verbecher“ sein. Die Kirche müsse jedoch einsehen, daß derartige Waffen in der Welt seien und man mit „moralischen Appellen“ allein nicht weiterkomme.

Schmidt belegte seinen Grundsatz über die Notwendigkeit von Verteidigung mit dem Hinweis auf die „Barmer Synode“ von 1934 der Bekenntnen Kirche. Hier werde die „Anwendung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden“ im Rahmen einer Gesamtverantwortung von Regierenden und Regierten ausdrücklich gebilligt.

Seite 2: Schmidts Visite

## Moskau und Peking werten ihr Verhältnis langsam auf

Sowjetischer Vize-Außenminister besucht China

Der stellvertretende sowjetische Außenminister Michail Kapiza reist morgen auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Qian Qichen zu einem achtstägigen Besuch nach Peking, bei dem er die für Oktober angesetzte dritte Runde der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsverhandlungen vorbereiten will. Diese erste offizielle Einladung eines sowjetischen Spitzenpolitikers bestätigt die schrittweise Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Peking, die vor allem seit der zweiten chinesisch-sowjetischen Gesprächsrunde im vergangenen März in Peking spürbar ist.

Nach Angaben aus sehr guten Quellen in Moskau wird Kapiza mit Qian alle wichtigen internationalen Fragen und die Hemmnisse für die Entwicklung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen erörtern. Dieselbe Quelle betonte, daß jetzt immerhin ein Dialog mit Peking möglich sei, was noch vor vier Jahren nicht der Fall gewesen sei. Gleichzeitig wurde vermerkt, daß die Lage an der gemeinsamen Grenze erheblich weniger gespannt sei. Außerdem wurde unterstrichen, daß der Handelsaustausch sich in einem Jahr fast verdreifacht hat.

Gewürdigt haben die sowjetischen Medien auch die positive Reaktion des chinesischen Staatspräsidenten Li Xian'an auf die jüngste Erklärung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow, der sich im Parteiorgan „Prawda“ für eine Verbesserung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses ausgesprochen hatte. Trotz dieser Fortschritte kann es nach Ansicht Moskaus erst dann zu einer wirklichen Verbesserung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses kommen, wenn China von seinen Vorbedingungen Abstand nimmt. Dazu gehören bislang der Abbau der sowjetischen Truppen an der gemeinsamen Grenze, der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die Einstellung der sowjetischen Unterstützung für die Vietnamesen in Kambodscha. Außerdem wird in Moskau negativ vermerkt, daß Peking in der Abrüstungsdebatte bislang eine eher pro-amerikanische Haltung eingenommen hat.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Nicht per Knopfdruck

Von Peter Gillies

Heute vor sechs Monaten haben die Wähler mehrheitlich den Aufschwung angekreuzt, aber er macht sich noch immer rar. Dieser naive Stoßseufzer wird allenthalben ausgestoßen. Er kommt aus einer mechanistisch-statischen Welt, die da glaubt, Konjunkturzyklen ließen sich per Knopfdruck an- und abstellen.

In Wirklichkeit fehlen die wichtigsten Bedingungen noch, die eine Aufschwungspirale treiben könnten. Die rekordhohen Realzinsen stehen der Investitionslust ebenso im Wege wie hohe Arbeitskosten. Daß sich Vertrauen und Zuversicht nicht so rasch verfestigen, wie es wünschenswert wäre, mögen viele Instanzen zu verantworten haben.

Aber kollektive Trübsal – mit der Gefahr einer Selbstverstärkung – wäre nicht angemessen. Das Bruttosozialprodukt, Indikator des Wohlstandes, ist erstmals seit langem wieder gestiegen. Im zweiten Quartal zog es mit 0,7 Prozent wieder über die Nulllinie. Die leichte Belebung stammt aus der Inlandsnachfrage, weniger aus dem Export.

Vieles spricht dafür, daß das zarte Konjunkturpflänzchen noch weiter austreibt. Die Industrieproduktion tendiert stabil bis freundlich, aus mehreren Branchen wird sie als „lebhaft“ geschildert. Auch die Auftragslage und die Geschäftserwartungen sind so schlecht nicht. Die Erwartung, das Wachstum werde in diesem Jahr zwischen 0,5 und einem Prozent liegen, ist realistisch.

Die Zahl der Arbeitslosen – im August bei rund 2,2 Millionen stagnierend – wird weiter leicht steigen, wenngleich die weiter geringere Kurzarbeit als Positivsignal gelten darf. Auch wenn man weiß, daß die Beschäftigung als konjunktureller Spätindikator erst dann merklich reagiert, wenn der Aufschwung sich voll entfaltet hat, ist das Nachdenken der Politiker über die Bedingungen, unter denen Vollbeschäftigung erreichbar ist, zwingend. Die Diskussion quer durch Parteien und Gruppen braucht einen langen Atem. Auf Wachstumsraten zu starren, die noch eine Null vor dem Komma tragen, kann nicht das Ende einer realistischen Bestandsaufnahme sein, sondern nur ihr Anfang.

## Schmidts Visite

Von Horst Stein

Die Reise-Aktivitäten des Weltökonomien auf dem Altenteil, Helmut Schmidts also, lassen sich leicht auch im Wortsinn des Verbums „bewerten“: ob er nämlich gratis antritt oder ob er Gage fordert. Es macht den Anschein, daß er nur noch ungern honorarfrei redet, aber das verwundert wenig. Denn auch ein verdienter Mann spürt die Lockung, als Emeritus endlich ein verdienender zu werden. Und soweit man hört, haben die Vorträge des ehemaligen Bundeskanzlers immer noch Hand und Fuß, hat seine Diktion nichts von ihrer Präzision eingebüßt.

Weniger Geschick scheint Helmut Schmidt freilich mit jenen anderen Auftritten, den spirituell motivierten, den semi-politischen zu haben, wie sich jetzt bei seinem jüngsten Aufenthalt in der „DDR“ erneut offenbarte. Wie sonst hätte ein so kühler Mann sich dazu hinreißen lassen, der Nummer eins dort ausgerechnet in Ost-Berlin und obendrein noch im Dienstgebäude des Staatsratsvorsitzenden seine Aufwartung zu machen. War es die Sehnsucht nach dem Rampenlicht, die den Privatmann dazu trieb, bislang sorgsam respektierte Kriterien des Viermächtestatus von Groß-Berlin zu ignorieren? Man weiß es nicht.

Fest steht nur, daß Schmidt mit seiner Visite bei Erich Honecker mehr als nur eine läbliche Sünde begangen hat. Dieser Besuch kann sich als ein Fehler entpuppen, den die SED-Formalisten noch weidlich ausschachten werden. Seit Jahren ist es schließlich ihre konsequente betriebene Politik, Ost-Berlin als integralen Bestandteil der „DDR“ auszuweisen.

Gewiß, viele Repräsentanten der Bundesrepublik haben sich schon in Ost-Berlin umgesehen und damit von einem verbrieften Recht für Bundesbürger Gebrauch gemacht. Schmidts Exkursion aber erhielt der Begleitumstände wegen eine andere Qualität. Es ist wohl sein Los, mit „DDR“-Fahrten Pech zu haben. Als er Honecker das erste Mal besuchen wollte, mußte er stornieren, weil mit einer Sowjetintervention im aufständigen Polen zu rechnen war. Beim zweiten Anlauf putschte prompt Jaruzelski. Nun dies. Und keiner weiß, ob ihm der SED-Chef wieder ein Bonbon mit auf den Weg gegeben hat.

## Der V-Mann

Von Werner Kahl

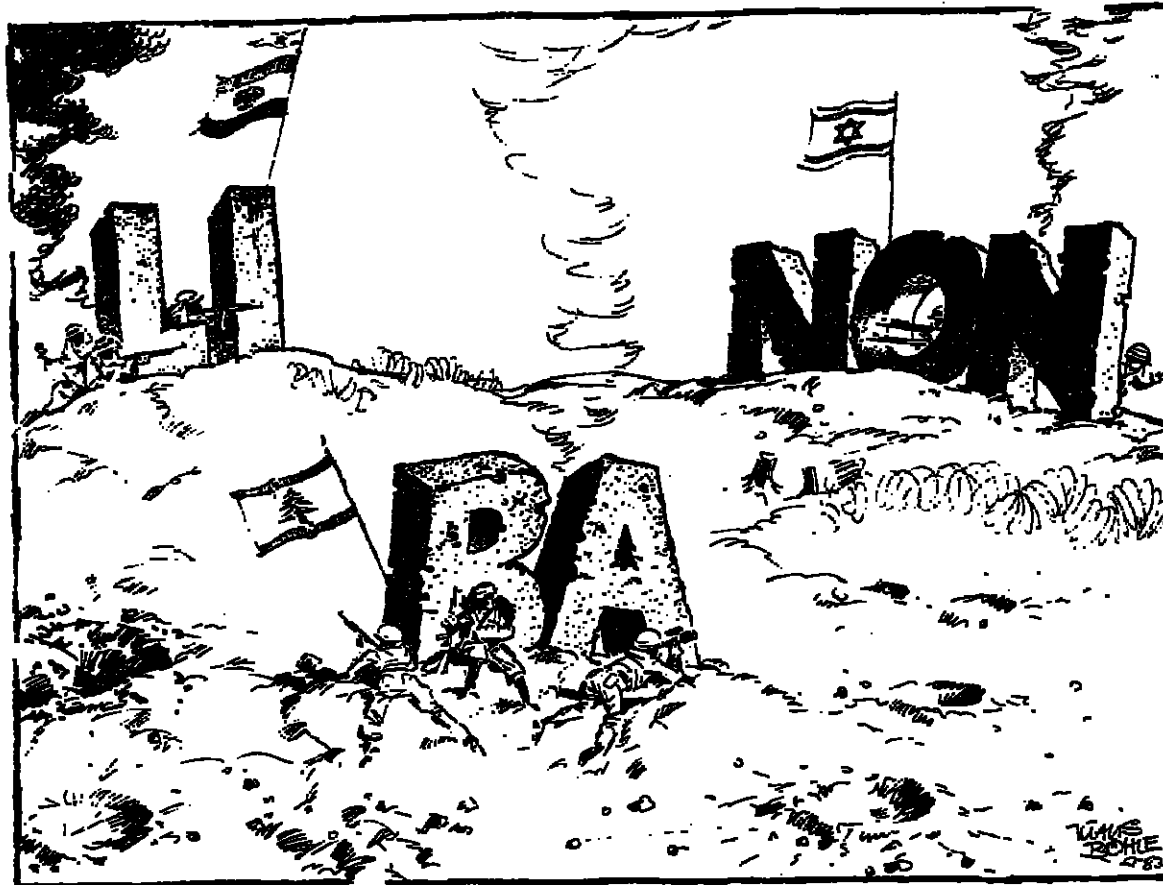
Zum Wesen des geheimen Nachrichtendienstes gehört es, die Möglichkeiten der Ausspähung geheimzuhalten: seine Mittel, seine Verfahren und die für ihn tätigen Personen. Aber seine Tarnung kann mitunter enttarnt werden, dann wird der Blick auf bemerkenswerte Hintergründe frei.

Der Öffentlichkeit wird jetzt durch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren der Fall eines V-Mannes des Berliner Verfassungsschutzes vor Augen geführt, den ein Zeuge des Widerstandes gegen die Staatsgewalt während der Krefelder Krawalle bezichtigt. Die Ermittlungen werden zeigen, ob der Mann, nur um sich vor den Gewalttätigen, die er beobachten sollte, zu tarnen, etwas Ungeheuerliches tat oder ob er einer Verwechslung, wenn nicht gar einer Denunziation, zum Opfer fiel.

Der legitime Auftrag, solche Beobachter einzusetzen, ist unstrittig. Bei der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages ist der Verfassungsschutz auf den V-Mann alter Schule angewiesen, denn in der abgeschotteten terroristisch-extremistischen Szene helfen heute noch so perfektionierte Techniken im Gegensatz zu anderen Bereichen des Staatsschutzes nicht viel weiter. Das macht den Einsatz des Menschen – mit all seinen Irrtümern und Fehlreaktionen – unentbehrlich.

Aus diesem Wissen sind jedoch eine ständige Überprüfung der Kriterien bei der Auswahl und eine straffe Kontrolle dieser V-Leute durch die Nachrichtendienste notwendig. Der in Krefeld eingesetzte V-Mann hatte strikte Weisung, keine strafbare Handlung zu begehen.

Was sich hinter der Anschuldigung verbirgt, werden die weiteren Ermittlungen ergeben. Die Diskussion darüber ist bereits auf ein Gleis geschoben worden, das von parteipolitischen Interessen und Ideologien bestimmt wird. Die Grünen stellten sich einmal mehr mit der albernen Bemerkung ins Abseits, alle Gewalt gehe in diesem Land vom Staat aus. Wie aber ist es zu verstehen, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) auf eine Frage im Fernsehen, ob es sich bei dem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes um einen bezahlten Agent provocateur von Amts wegen handeln könnte, nicht sofort antwortete, dies sei ausgeschlossen?



Geteiltes Leid ist dreifaches Leid

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Die Antwort Amerikas

Von Thomas Kielinger

Das letzte Wort über die Hintergründe der Tragödie um die koreanische Passagiermaschine ist noch lange nicht gesprochen. Zu den möglichen Interpretationen des Warum gesellt sich jetzt, daß die Sowjets einen katastrophalen Fehler in der Identifizierung des Flugzeuges begangen haben könnten, daß zumindest die SU-15-Piloten nicht mit ausreichender Deutlichkeit das „Flugobjekt“ beschrieben, welches zu vernichten ihnen später aufgetragen wurde.

Eine Boeing 747 – die KAL-Maschine – nicht von einer Boeing 707 – dem amerikanischen Aufklärer RC-135 – unterscheiden zu können, und das bei mondhafter Nacht und vollkommen intakten Navigationslampen der beobachteten Maschine, mutet freilich zu grotesk an, um glaubhaft sein zu können. Es paßt im übrigen nicht in unser Bild von der perfekten Überwachungs- und Identifizierungsmaschine eines totalitären Systems. Nur Lücken gibt es auch da, wie der Zwischenfall jenes anderen koreanischen Linienflugzeuges enthüllte, das sich im April 1978 über 1000 Kilometer weit in sowjetischen Luftraum verirren konnte, ehe die Luftabwehr es erfaßte und unter Feuer zur Notlandung zwang. Seitdem mag das Alarmsystem verbessert, der Schießbefehl gestrafft worden sein, ohne daß die Fähigkeit, zu erkennen, worauf man denn da schießt, mitgewachsen sein muß.

In jedem Fall liegt es an Moskau selber, den Vorfall zu erklären und die Verantwortung dafür nicht auszuweichen. Die hartnäckige Weigerung, dies zu tun, fügt dem brutalen Verbrechen einen weiteren antizivilisatorischen Akt hinzu. Das Rätselraten vertieft sich, wie der Krell darauf verfallen kann, sein seit zwei Jahren sorgfältig gepflegtes Image der Friedensliebe und Menschenfreundlichkeit dermaßen selber zu demontieren. Wenn das die Handschrift der Militärs ist, dann ist sie so barbarisch wie tölpelhaft, so machtieltisch wie dümmlich.

Den Regierungen der Welt bleibt gar keine andere Wahl, als darauf zu reagieren, und zwar ruhig, beherrscht, aber absolut fest: wie Ronald Reagan es empfahl. Dies ist nicht ein Fall „USA gegen Sowjetunion“, wie der Präsident auch gestern wieder hervorhob, sondern eine Herausforderung Moskaus gegen die Regeln des Zusammenlebens auf diesem Planeten.

Noch ehe Reagan gestern seine im Kern moderaten Gegenmaßnahmen verkündete, hatte er als Wortführer der westlichen Reaktion genau jene Mischung aus „beherrscht, aber absolut fest“ an den Tag gelegt, die einen umsichtigen Strategen und instinktsicheren Taktiker auszeichnet. Die ersten Gegenmaßnahmen bestanden aus Schritten, die nicht eingeleitet wurden: Das Treffen Shultz-Gromyko in Madrid wurde nicht abgesagt, und noch viel weniger die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zur Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen. Daß beides planmäßig über die Bühne geht, ist nicht „business as usual“, sondern die ruhige Wahrnehmung einer Chance, jetzt erst recht einen deutlichen Dialog mit der anderen Seite zu führen. Der Frieden ist von so überragender Bedeutung, daß wir diese Gespräche nicht wegen unseres Zorns über den Flugzeugabschuß ausfallen lassen können“, kommentierte der Präsident selber. Applaus vor allem in Westeuropa, wo die amerikanische Politik jetzt beträchtlich aufrufen kann.

Um so hörbarer pflegt Reagan eine unbeugsame Rhetorik, die korrekt das unerhörte Ereignis vom vergangenen Donnerstag beim Namen nennt. Die Härte der Sprache steht nicht nur einem Regierungschef an, der immerhin den Verlust von 61 Amerikanern unter den Opfern zu beklagen hat. Es ist auch eine Antwort auf die innenpolitische Reaktion in den USA selber, die es nicht zuläßt, daß aus Staatsgründen geschwiegen oder nur sotto voce kommentiert wird. Wieder zeigt Reagan sein hervorragendes politisches Gespür. Er weiß, daß er in eine fatale Kluff

zwischen Wort und Tat, zwischen Rhetorik und Handeln fallen kann. Um dies zu vermeiden, hat er sofort die Frage der Gegenmaßnahmen zu einem Problem der internationalen Gemeinschaft allgemein erklärt und damit den Stein der Bringschuld von den USA zum Teil abgewälzt. Was er selber gestern Abend verkündete, vor allem die vorgeschlagenen temporären Einschränkungen im Flugverkehr von und nach Moskau, entspricht wohlweislich nicht jenem Ruf nach Stärke, wie ihn das weit rechts angesiedelte Lager in den USA laut gefordert hat.

Das Wörtchen „stark“ ist ohnehin ein dialektischer Fallstrick. Stark an den Maßnahmen, die Präsident Carter nach der Afghanistan-Invasion verhängte, war nur der Schaden, den sie schließlich dem Westen, dem nicht einigen und eingeweihten, zufügten. Stark dagegen war die Wirkung der Invasion auf Carter selber: Er mußte zugeben, „in drei Tagen mehr über die sowjetischen Intentionen gelernt zu haben als in meiner ganzen bisherigen Amtszeit“, wie er in einer unvergessenen Silvester-Ansprache 1979 formulierte. Das deutierte einen schwachen Präsidenten.

Diese Blöße hat sich Reagan nicht gegeben. Im Gegenteil. Die Untat in Ostasien läßt gerade ihn in starkem Profil erscheinen: Seine strategische Festigkeit gegenüber Moskau, der es an taktischer Flexibilität nicht mangelt, seine Politik der Stärke erscheint heute nachträglich sanktioniert. Carter wurde durch Moskau belehrt, Reagan wird durch Moskau bestätigt. Das macht den Unterschied zwischen Naivität und Instinktsicherheit aus.

„Starke“ Gegenmaßnahmen, im Sinne der Carterschen Boykottmaßnahmen nach Afghanistan, sind daher diesmal nicht gefragt. Weniger ist heute mehr. Daher die im Praktischen maßvolle Reaktion, wie sie Reagan gestern Abend im Fernsehen verkündete. Der Schiebelauf der Sowjets sich selber zugefügt haben, ist in jedem Fall größer als alles, was eine sogenannte starke westliche Reaktion noch hinzufügen könnte. Moskau wird das unter anderem demnächst im US-Kongreß erleben, wenn die Debatten um die MX und die Hilfe für die „Contras“ in Nicaragua für Reagan besser ausgehen, als man das bisher hatte erwarten dürfen. Die sowjetische Selbstdeklaration, so tragisch für 269 Menschenleben, kann die freie Welt nun festigen. Das ist die Sanction, die stärker wirkt als alle Gegenmaßnahmen.



Beherrscht, aber absolut fest: US-Präsident Reagan. FOTO: CAMERA PRESS

## Halbe Kasse, das macht auch Saudi-Prinzen nervös

Die Lage in Nahost könnte Riad verleiten, mit Syrien und Sowjets zu liebäugeln / Von Jürgen Liminski

Die Saudis scheuen das Sonnenlicht. Ihre Fenster sind geschlossen. In den Cadillac, den Häusern, den Palästen und auch in der Politik. Nur wenig dringt aus Riad bis in das hektische Europa. Die Gerüchte und Meldungen nun, die seit einigen Monaten in immer neuen Einzelheiten aus den Westen Arabiens in die Kanzleien des Westens gelangen, sind nicht ermutigend. Es ist viel von einer syrisch-saudischen Connection die Rede.

Für diese Vermutung gibt es Hinweise. Seit König Fahd ermordet wurde, ist die Regierungsgeschäfte nur noch mit halber Kraft besorgen kann, ist der Einfluß der Gruppe gewachsen, die den jetzigen Kronprinzen Abdallah zu ihrer Gattinfigur erkornt hat. Der Kronprinz und Halbbruder des jetzigen Königs hat im Frühjahr eine junge Syerin aus der schiitischen Sekte der Alawiten geheiratet. Auch Syriens Militärdiktator Assad, Moskaus Verbündeter in der sensiblen Region, entstammt dieser Sekte. Mehr noch, Abdallahs junge Frau ist entfernt mit Assad verwandt. Seither

ist der Kronprinz für die Syrer der bevorzugte Gesprächspartner, wenn es zwischen Riad und Damaskus etwas zu besprechen gibt. Neuerdings steht Abdallah auch ein syrischer Berater zur Seite, Shabani, dessen Einfluß auf die Entscheidungen seines Herrn nicht unerheblich sein soll. Shabani wiederum gilt als ein persönlicher Freund Assads.

Abdallah, angeblich ein Puritaner und unversöhnlicher Feind Israels, ist kein Freund des Westens, aber auch nicht der atheistischen Sowjets. Die Gruppe hinter ihm jedoch strebt eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion an. Ihr Kopf ist der jetzige Außenminister und Sohn des ermordeten Königs Feisal, Saud bin Feisal. Dieser hat wie die meisten Prinzen seiner Generation eine Ausbildung in den USA erhalten. In ihm verkörpert sich die Unzufriedenheit vieler Prinzen, Technokraten, Intellektuellen und Stammesfürsten mit den heutigen Zuständen des Königshauses und -reiches. Dieser Teil des saudischen Establishments verfolgt eine nationalistische, vom Westen unabhängige Politik.

Das ist für den Westen nicht uninteressant, ja sogar gefährlich, weil ein drittes Element, die syrisch-saudische Linie nach Moskau, sich verfestigt. Der Ölpreistorst hat zu erheblichen Defiziten im Haushalt der Saudis geführt. Schon 1978 wies ihr Budget ein Defizit von 4,1 Milliarden Dollar aus, 1979 waren es 4,6 Milliarden. Diese Lücken konnten noch ohne Griff zu den Reserven wieder gestopft werden; und mit Hilfe der geschätzten 150 Milliarden Dollar an Reserven, wovon etwa die Hälfte fest angelegt ist, kann Saudi-Arabien die seit 1982 wieder wachsenden Defizite gewiß noch ein paar Jahre meistern.

Die Rohölwirtschaft ist der dominierende Faktor der Wirtschaftsentwicklung Saudi-Arabien. Sie beträgt gut 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, deckt fast 90 Prozent des Exports. Die Gruppe um Abdallah sucht nun mit Moskau ins Gespräch zu kommen, weil die Sowjetunion, so denken diese Saudis, als einer der größten Rohöl-

schere, vom Westen unabhängige Politik. Das ist für den Westen nicht uninteressant, ja sogar gefährlich, weil ein drittes Element, die syrisch-saudische Linie nach Moskau, sich verfestigt. Der Ölpreistorst hat zu erheblichen Defiziten im Haushalt der Saudis geführt. Schon 1978 wies ihr Budget ein Defizit von 4,1 Milliarden Dollar aus, 1979 waren es 4,6 Milliarden. Diese Lücken konnten noch ohne Griff zu den Reserven wieder gestopft werden; und mit Hilfe der geschätzten 150 Milliarden Dollar an Reserven, wovon etwa die Hälfte fest angelegt ist, kann Saudi-Arabien die seit 1982 wieder wachsenden Defizite gewiß noch ein paar Jahre meistern.

Die Rohölwirtschaft ist der dominierende Faktor der Wirtschaftsentwicklung Saudi-Arabien. Sie beträgt gut 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, deckt fast 90 Prozent des Exports. Die Gruppe um Abdallah sucht nun mit Moskau ins Gespräch zu kommen, weil die Sowjetunion, so denken diese Saudis, als einer der größten Rohöl-

## IM GESPRÄCH W. von Geldern

### Seerecht mit Mängeln

Von Winfried Wessendorf

In der Frage der Seerechtskonvention muß die Bundesregierung eine klare Entscheidung treffen. Wir brauchen eine Formulierung der deutschen Position, was erträglich erscheint oder nicht“, fordert der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Seerechtskommission der Union im Bundestag, Wolfgang von Geldern (CDU). Er werde darauf drängen, daß sich das Bundeskabinett in absehbarer Zeit dieser Fragen annimmt.

Dem Abgeordneten aus dem Wahlkreis Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde geht es um die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik, dem Beitritt der Seerechtskonvention werden unterschiedlich beurteilt: „haben sich etwa die Bundesländer Bremen und Hamburg für die Unterzeichnung und Ratifizierung ausgesprochen. Das Auswärtige Amt tendiert offenbar dahin zu unterzeichnen, die Ratifizierung indes aufzuschieben. Von Geldern: „Ich plädiere dafür, der Seerechtskonvention vorerst nicht beizutreten.“

Am liebsten sähe der Rechtsanwalt und Notar aus Nordholz die Einberufung einer vierten Runde der Seerechtskonvention, um den Bereich Meeresbergbau neu zu ordnen. „Der Abschnitt Meeresbergbau ist für Industrieländer unzureichend geregelt“, meint der 36jährige CDU-Politiker. Deshalb auch hätten die USA und Großbritannien nicht unterzeichnet. „Wenn wir dabei sind, müssen wir nach dem UN-Schlüssel fast zwölf Prozent zahlen“, die Summe beläuft sich auf 750 Millionen Mark; von Geldern empfiehlt überdies die Gründung von Joint-Ventures zwischen Industrie und Entwicklungsländern, „sonst müssen wir viel zahlen und bekommen wenig dafür, die kurze deutsche Küste und die 200-Seemeilen-Zone bringen uns große Nachteile.“

Der Sohn einer alten Würstler Kaufmannsfamilie betont, daß er sich auf



Verständnis für die Grönländer: Wolfgang von Geldern. FOTO: WERK

seinem Posten als Staatssekretär nicht nur um das komplizierte Seerecht kümmert. Er wolle auch nicht nur norddeutsche Interessen vertreten, sondern natürlich auch süddeutsche einbeziehen: „Fisch und Milch gleichermaßen, die ganze Bandbreite der Agrarpolitik.“

Den Blick also fest nach Süden gerichtet, mußte von Geldern im Sommer aber erst einmal für bessere Stimmung in der Fischwirtschaft im Norden sorgen. Sein Besuch beim grönländischen Premier Motzfeldt scheint Früchte zu tragen. Der Inselchef will nun im Herbst zu weiteren Kooperationsgesprächen nach Bonn reisen. Die Inselbewohner haben beschlossen, die EG zu verlassen, die Deutschen fangen aber mehr als die Hälfte ihres Fisches in grönländischen Gewässern.

„Man muß Verständnis für die Grönländer zeigen“, erklärt von Geldern, „deren Haupteinkommensquelle der Fischbestand ist.“ Andererseits habe er aber auch die Probleme der deutschen Fischindustrie der Grönländer näherbringen können. So betreibt das jüngste der Kabinettsmitglieder aus den Reihen der Union eine Politik des Ausgleichs.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### NORTHWEST-ZEITUNG

Die in Ostasien koreanische Tragödie stellt die besondere Reaktion des US-Präsidenten auf den Jumbo-Zwischenfall dar.

Zu würdigen ist die besonnene Haltung Ronald Reagans, der einen kühlen Kopf behält und trotz des Präsidenten-Wahljahres 1984 der Versuchung widersteht, mit kraftmeisernen Maßnahmen die antisuwjetische Stimmung im Lande nur deshalb anzukurbeln, weil er sich davon Popularitätsgewinne versprechen könnte. Reagans Bekenntnis zur Fortsetzung der Genfer Verhandlungen ist vielmehr die Bestätigung für ein umsichtiges gesamtverantwortliches Handeln der größten westlichen Führungsmacht, die einer weiteren Verweigerung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion auch deshalb entgegenwirken will, um die Spannungen im Herzen Europas nicht noch zu vergrößern. Zugleich beschämt Reagan mit dieser Haltung auch viele Angehörige der Friedensbewegung, denen der Aufschrei über den sowjetischen Gewaltakt vermutlich deshalb im Halse stecken bleibt, weil der Abschluß der Maschine so ganz und gar nicht in ihr Weltbild von einer friedlichen und friedliebenden Sowjetunion und einer kriegsrischen Militärmacht Amerika paßt, die angeblich nur noch darauf wartet, den Finger am atomaren Abzug krumm zu machen, sobald sich ihr dazu eine Gelegenheit biete.

Die Presse

Das Wiener Blatt befaßt sich mit der Situation in Libanon nach dem Rückzug der israelischen Truppen:

Damascus schürt den Konflikt und spielt sich als Schutzmacht der Drusen und Schiiten auf in der Hoffnung, dadurch seine Besetzung Libanons rechtfertigen zu können. Jerusalem pocht auf sein strategisches Interesse und zieht sich zurück. Motto: „Nach uns die Sintflut.“ Washington gibt Vermittlungsbemühungen vor und schafft es nicht, sein Gewicht in den drei Nahost-Hauptstädten zu Gehör zu bringen, was einer Bankrott-erklärung seiner Außenpolitik in diesem Krisengebiet gleichkommt. Libanon fällt in das Chaos des blutigen Bürgerkrieges zurück. Gibt es noch Libanesen, die auf eine syrische „Friedenstruppe“, ein multinationales „Friedenskontingent“, eine israelische „Ordnungsmacht“ vertrauen können?

## THE TIMES

Nach Abschluß des südkoreanischen Jumbo durch die Sowjets merkt das Londoner Blatt an:

Wenn der verbrecherischen Zerstörung eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Jagdflugzeuge überhaupt etwas Gutes abgewonnen werden soll, dann muß dies im Westen in Form eines klareren Begreifens der Natur des sowjetischen Systems geschehen. Dieses gefühlolose Regime, das erst schießt und dann Fragen stellt, hat die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses zu rechten Zeit daran erinnert, daß sie, wenn sie nicht zusammenhalten, getrennt gehängt werden. Das ist kein Grund, die Gespräche über die Atomwaffen-mittler Reichweite (INF) aufzugeben, die jetzt in Genf wiederaufgenommen werden sollen. Es ist aber ein Anlaß, sie mit Festigkeit anzugehen und jeden sowjetischen Vorschlag mit Vorsicht, um nicht zu sagen mit Skepsis, zu prüfen.







## Union entdeckt neue „alte Aufgabe“: das Dorf

Minister Schneider: Möglichkeiten durch neues Baurecht

GEORG BAUER, Grünberg  
Die Christdemokraten wollen sich in Zukunft wieder verstärkt um die Interessen des ländlichen Raumes kümmern. Auf einer Fachtagung „Für das Dorf“ des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung im oberhessischen Grünberg, erklärte Bauminister Oskar Schneider, daß er die Verantwortung des Bundes und der Länder darin sehe, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Lande zu schaffen.

Ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung des Dorfes sei die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Baurechts. Ziel des Gesetzes, das bis zur Jahreswende 1986/87 im Referentenentwurf vorliege, sei es, die Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum auf dem Baurecht zu verbessern. In seinem Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung erklärte Schneider außerdem, daß die Entscheidungen über Dorferneuerungen von den Gemeinderäten getroffen werden müßten und nicht wie in der Vergangenheit – im wesentlichen von den Fachbehörden entschieden werden dürften.

Finanzielle Versprechen kamen Schneider allerdings kaum über die Lippen. Er sieht eher die Gefahr, daß durch den Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland die

Infrastruktur – Krankenhausversorgung, öffentlicher Personennahverkehr – durch die beengten finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand gefährdet würden.

Der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten, Walter Walzmann, verzichtete weitgehend auf Wahlkampf. Er ging eher mit sich und seinem Berufsstand ins Gericht, als er erklärte, daß die Politiker mit der Gebietsreform ihren Teil dazu beigetragen hätten, die dörflichen Strukturen zu zerstören und die Identifikation mit dem Heimatort zu erschweren. Die einzigen, die heute noch ein Wir-Gefühl im Dorf vermitteln, seien die Vereine.

Zur Dorferneuerung bekannte sich auch Wolfgang von Geldern, parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Er erklärte vor den rund 500 Kommunalvertretern, daß es bei der neuen „alten Aufgabe“ entscheidend darauf ankomme, die allgemeinen Rahmenbedingungen wie Bevölkerungsrückgang, Ausweitung des Siedlungsrechts und Beschäftigungssituation in die Planungen mit einzubeziehen.

Um das Dorfbewußtsein auch in der Zukunft zu stärken, wollen die Christdemokraten mit ihrer Fachtagung über Land ziehen. Nach Hessen folgt Baden-Württemberg.

## Warschau will Westhilfe für Bauern steuern

DW, Warschau

Die polnische Führung sperrt sich offensichtlich massiv gegen die Idee, über einen aus dem Westen gespeisten Hilfsfonds vornehmlich die private Landwirtschaft zu unterstützen. Vor einem Ja zu diesem Projekt will Warschau ein Stiftungsgesetz durchsetzen, das dem Staat weitgehende Möglichkeiten der Steuerung der Hilfe einräumt, verlautete gestern in unternommenen Kreisen.

Die öffentlich ausgesprochene Warnung von Primas Jozef Glemp an den Staat, die Bildung eines Hilfsfonds nicht zu verzögern, steht nach diesen Informationen in einem direkten Zusammenhang mit den Warschauer Absichten. Glemp hatte in Tschestochau gesagt: „Bis die ökonomische Idee durch den Filter der ideologischen Absichten gesickert ist, könnten die Organisatoren der Hilfe den Mut verlieren“ (WELT vom 5.9.). Die Kirche und auch die potentiellen Geldgeber in den westeuropäischen Bischofskonferenzen wollen die Garantie haben, daß die beabsichtigte Hilfe effektiv ist und nicht durch eine zu starke Bürokratisierung verzerrt. Diese Garantie hat, die polnische Führung bislang verweigert. Der Primas der katholischen Kirche sieht sich offenbar gezwungen, durch seinen Gang in die Öffentlichkeit einen letzten Versuch zu unternehmen, das für die Wirtschaft Polens wichtige Hilfsprojekt zu retten.

## Belgrad: Carstens ehrt deutsche Kriegsgesopfe

cgs, Belgrad

Mit militärischen Ehren wurde gestern Bundespräsident Karl Carstens in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad empfangen. Carstens, der von Bundesaußenminister Genscher begleitet wird, ist das erste deutsche Staatsoberhaupt, das Jugoslawien einen Staatsbesuch abstattet. Der Bundespräsident besuchte das Mausoleum Titos im sogenannten Blumenhaus in Dedinje sowie das Grabmal des Unbekannten Soldaten auf dem Berge Avala südlich von Belgrad.

Besondere Bedeutung hatte eine kurze Zwischenstation am deutschen Soldatenfriedhof auf dem Belgrader Kosutnjak. Die aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Gräber nach 1945 eingeebnet worden.

Der Besuch des Bundespräsidenten auf diesem Soldatenfriedhof erinnert daran, daß das Problem der deutschen Kriegsgesopfe in Jugoslawien immer noch nicht zufriedenstellend gelöst wurde. Offenbar fällt es den jugoslawischen politischen Instanzen schwer, die Maßnahmen der ersten Nachkriegsjahre – als alle „feindlichen“ Soldatengräber dem Erdboden gleichgemacht wurden – rückgängig zu machen. Der Friedhof auf dem Kosutnjak ist in aller Eile für den deutschen Besuch hergerichtet worden. Halb versteckt findet sich auf einem verwitterten Mauerrest noch die Inschrift: „Deutscher Hel-denfriedhof 1915“.

## Kämpfe in Libanon gehen weiter

DW, Beirut

Nach einer nächtlichen Feuerpause ist es gestern im Schuf-Gebirge südlich von Beirut wieder zu Kämpfen zwischen christlichen und drusischen Milizen sowie der libanesischen Armee gekommen. Die Gefechte waren am Wochenende nach der Räumung dieses Gebiets durch die israelische Armee ausgebrochen. Nach Angaben der libanesischen Polizei wurden bei den Kämpfen bis gestern mittag mindestens 51 Menschen getötet und 153 verwundet. Auch die Stellungen der amerikanischen und italienischen Friedenstruppen, die in Beirut stationiert sind, wurden beschossen.

Die heftigsten Gefechte spielten sich gestern in dem Gebiet südlich und südwestlich von Beirut ab, wo reguläre libanesischen Regierungstruppen versuchten, den Widerstand der drusischen Milizen zu brechen und sich den Weg in Richtung Süden auf die neuen israelischen Stellungen am Awall-Fluß freizukämpfen.

Die christlichen Milizen beschuldigten die syrische Armee, deren Stellungen östlich der Ortschaft Bhamdun mit Artillerie beschossen zu haben. In einer Erklärung der christlichen Milizen hieß es, syrische Artillerie habe mehrmals das Verteidigungsministerium und die östlichen Vororte Beiruts beschossen, um das Vorgehen der drusischen Milizen zu unterstützen.

## SED-Funktionäre sind teilweise irritiert

Bonn registriert spürbare Erleichterungen

MANFRED SCHELL, Bonn  
Die „DDR“ ist offenbar darum bemüht, zumindest atmosphärisch die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland verbessern zu wollen. Spürbare Erleichterungen seien in den vergangenen Wochen im deutsch-deutschen Grenzverkehr registriert worden, hieß es im Bundeskanzleramt. Diese Auffälligkeiten werden zwar von der Bundesregierung sorgfältig beobachtet, aber nicht überbewertet. Schon deshalb nicht, weil es viele Reisende geben dürfte, die im Umgang mit „DDR“-Beamten von diesen Erleichterungen nichts erfahren haben. Die Zollkontrollen, so lauten Berichte, würden von „DDR“-Beamten jetzt „im Ton freundlicher“ und „im Verhalten korrekt“ abgewickelt.

In einzelnen Fällen sei Reisenden, die – was nicht erlaubt ist – Kassetten mit in die „DDR“ nehmen wollten, angeboten worden, diese bis zur Rückreise beim Zoll zu deponieren. In früherer Zeit sei in solchen Fällen eine Geldbuße ausgesprochen worden. Auffallend ist außerdem der Rückgang der Verdachtskontrollen an den Grenzübergängen und auf den Transitstrecken. Nach den im Bundeskanzleramt vorliegenden Informationen hätte es noch im März 118 solcher Verdachtskontrollen gegeben. Im Juli seien 45 und im August 33 solcher Kontrollen gemeldet worden; die Dunkelziffer kann nicht geschätzt werden. Bei der Bewertung dieser Entwicklung ist die Bundesregierung allerdings zurückhaltend. Sie verweist darauf, daß es auch in früheren Jahren solche Sprünge gegeben habe. Über den Rückgang von Radarkontrollen auf der Transitaubahn Helmstedt-Berlin liegen keine verlässlichen Informationen vor.

Bei den laufenden Post-Verhandlungen mit der „DDR“ bemüht sich die Bundesregierung – neben einer gerechten finanziellen Regelung – um die Realisierung weitergehender Anliegen. Bonn möchte die Schaltung weiterer Telefonleitungen durch die „DDR“ erreichen. Ost-Berlin ist bisher darauf eine verbindliche Antwort schuldig geblieben, aber die „DDR“ hat auf die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit im fernmelde-technischen Bereich verwiesen. Für das gestiegene Brief- und Paketaufkommen aus der Bundesrepublik Deutschland möchte die „DDR“ Zahlungen in Höhe von rund 250 Millionen Mark jährlich haben. Zur Zeit erhält sie 80 Millionen Mark. Mehrleistungen werden durch die

Bundesregierung grundsätzlich nicht bestritten, aber Bonn scheint allenfalls bereit zu sein, 160 Millionen Mark zu bezahlen. Voraussetzung dafür sei jedoch, so heißt es in Kreisen der Bundesregierung, daß die „DDR“ die bisher hohe Verlustquote bei Briefen und Paketen künftig ausschließt. Gerade das Verschwinden zahlreicher Poststücke ist ein immerwährendes Ärgernis. Die „DDR“ hat gegenüber der Bundesregierung und dem CSU-Vorsitzenden Strauß Absichtserklärungen dahingehend abgegeben, Briefe – wenn sie die „DDR“ erreicht haben – binnen zwei Tagen und Pakete in drei Tagen zuzustellen. Bisherige Verzögerungen, so ist die Einschätzung in Bonn, sind vor allem durch die Kontrollen der Briefe und Pakete durch den Staatssicherheitsdienst der „DDR“ entstanden, der außerdem zahlreiche Stücke beschlagnahmt. Ob die „DDR“ ihre Zusagen, die sie lose gemacht hat, auch einhält, ist noch nicht erwiesen.

Für eine gewisse Unruhe hat ein Bericht gesorgt, den Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin, Bräutigam, vor über zwei Wochen an das Bundeskanzleramt geschickt hat. Darin dämpft Bräutigam aufgrund seiner Gespräche mit SED-Funktionären die Erwartungen, die „DDR“ werde im Gegenzug zu der Gewährung des Milliarden-Kredits weitreichendes Entgegenkommen in humanitären Fragen zeigen. Dieser Bericht ist an die Öffentlichkeit gespielt worden. Er hat allerdings den Nachteil, daß er auf einem Gespräch beruht, das Bräutigam mit dem Abteilungsleiter im „DDR“-Außenministerium, Seidel, geführt hat, der in diesen Fragen als nicht kompetent angesehen wird. Der Kreis der SED-Funktionäre, die nach Erich Honecker in diesen Angelegenheiten Einfluß und Wissen hätten, bestehe hauptsächlich aus dem Politbüromitglied Mittag und dem Staatssekretär Beil sowie Schalck-Goldkowsky; letzterer ist der Kontaktmann zu Strauß. Informationen, die in Bonn vorliegen, sprechen von einer erheblichen Irritation in den Reihen der unteren SED-Funktionäre, die das Treffen zwischen Strauß und Honecker „noch nicht verkräftet“ hätten. Für sie gebe es bisher auch „keine durchgängige Sprachregelung“. Im Vorfeld der Begegnung zwischen Strauß und Honecker hätten SED-Funktionäre sogar in Parteiveranstaltungen Wetten abgeschlossen, daß der CSU-Vorsitzende nicht von Honecker empfangen werde.

## Das Büro der Zukunft...



## ...aber leise, bitte!

Ab jetzt brauchen Sie vor Schreibmaschinenlärm nicht mehr davon-zulaufen.

Oder Ihrer Sekretärin die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Oder sich beim Telefonieren ein Ohr zuzuhalten, weil der Krach unerträglich ist.

Oder sich in Sachen Ergonomie mit Beschwerden des Betriebsrates zu befassen.

EXXON 500 Textverarbeitungssysteme mit dem neuen EXXON 965 Tintenstrahl-Drucker flüstern nämlich nur noch, wenn Sie Briefe, Berichte und Tabellen schreiben. Mit dem atemberaubenden Tempo von 90 Zeichen – das ist die doppelte Geschwindigkeit eines

gewöhnlichen Druckers. Und selbstverständlich in Schreibqualität. Durch die neue, patentierte EXXON Schreibwerktechnologie.

Un(über)hörbar leise...

Obendrein werden die Schrifttypen automatisch gewechselt. Von proportional über normal bis kursiv, ja zu griechischen, wissenschaftlich-mathematischen, chemischen und übergroßen Symbolen und Buchstaben. Während Sie schreiben. Und ohne, daß Sie den Drucker auch nur einmal berühren.

Mehr darüber erfahren Sie, wenn Sie uns den Coupon einsenden oder die nächste EOS Geschäftsstelle anrufen.

Exxon Office Systems GmbH  
Warnstedtstraße 57 – 2000 Hamburg 54

Name: \_\_\_\_\_  
Funktion: \_\_\_\_\_  
Firma: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

**EXXON** OFFICE SYSTEMS  
Die Zukunft... ohne Zukunftsangst.

## Zöpel hält Rau für übertrieben geizig

NRW-Kabinetts berät Haushalt und Revirement

Von WILM HERLYN

Johannes Rau mußte noch einmal tief atmen, bevor er gestern mit seinem Kabinetts in eine zweitägige Klausur ging. Zur Verhandlung steht zunächst das Zahlenwerk von Finanzminister Diether Posser. Der Etat 1984 steht an, soll am 18. September entschieden und am 26. Oktober im nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht werden.

Schon im Vorfeld bezogen die Kontrahenten Position, denn bei aller Einsicht in die Notwendigkeit strikten Sparens denken die Ressortchefs häufig weniger an sich als an das Haus ihres Kollegen. Dabei tat sich besonders der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, hervor. Er hält die Posser'sche Linie für übertrieben geizig. Er errechnete, daß die Staatsfinanzen über einen Zeitraum von zehn Jahren konsolidiert werden könnten. Vor allem aber glaubt er, eine Neuverschuldung von jährlich nicht mehr als drei Milliarden Mark sei noch zu ertragen. Solche Ansichten aber lassen Posser die Haare zu Berge stehen. Er besteht darauf, bis 1990 die Neuverschuldung auf Null zu drücken. Die negative Bilanz spricht mehr für seine Argumentation: Das Land muß jedes Jahr allein für die Schuldzinsen fünf Milliarden Mark zahlen. Der Schuldenberg – jetzt noch 30 Milliarden Mark – aber übersteigt im kommenden Jahr erstmals das Haushaltsvolumen von 55 Milliarden Mark in diesem Etat 1983. Das Finanzministerium verwies darauf, daß das Land 1984 nicht mehr als neun Milliarden Mark aufnehmen darf, wenn es diese Spar-Linie nicht verlassen will. Bei allem Gerangel aber wird manches Kabinettsmitglied wissen oder zumindest ahnen, daß es an dem Etat für den eigenen Nachfolger bastelt.

Die Gerüchte um das Wie, Wann und Mit-wem einer Kabinettsumbildung schwirren seit dem Rücktritt des Landwirtschaftsministers Hans-Otto Bäumers im Juni durch die Staatskanzlei. Zunächst einmal übernahm Rau selbst die Geschäfte und hört angeblich jeden Morgen nun den Bauernfunk im Radio. Die Demission Bäumers kam ihm äußerst unangehen, weil sie ihn in Zugzwang setzt. Ursprünglich wollte er erst Ende dieses Jahres Ausschau halten nach neuen Namen, mit denen er die Kommunalwahl 1984 und die Landtagswahl 1985 bestreiten wollte. Doch der Schritt seines Landwirtschaftsministers wie die Veränderung der politi-

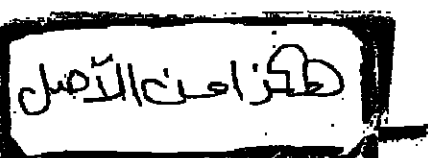
schen Landschaft zwingen Rau zu anderen Überlegungen.

Politische Freunde raten ihm, die Kabinettsumbildung mindestens bis zu den Landtagswahlen in Hessen und Bremen hinauszuzögern. Denn erst dann wisse man, ob Nordrhein-Westfalen als einziges Flächenland in sozialdemokratischer Regie übrigbliebe. Eine Niederlage der SPD in Hessen hätte tiefgreifende Folgen für NRW. Die Flügelkämpfe in der Partei würden offen ausbrechen, aber von der Region an Rhein und Ruhr, erwartet die SPD-Führung in der Bonner Barocke mäßige Einflüsse.

**Landesbericht**  
Nordrhein-Westfalen

se. Die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland gäben dann deutliche Aufschlüsse darüber, wohin die SPD steuere. Rau wird also eine Mannschaft formieren müssen, die über den Tag hinaus Bestand hat. Dabei wird verwiesen, daß Rau unter anderen ein Auge auf Vera Rüdiger geworfen hat – die hessische Ministerin für Bundesangelegenheiten in Bonn. Denn bei allen Personen-Puzzles fehlt dem Nordrhein-Westfalen eine Frau im Kabinetts. Weil er sich von Justizministerin Inge Donnepp trennen möchte. Diesen Platz könnte der in Bonn wenig glücklich agierende Bundesratsminister Dieter Haack einnehmen. Vera Rüdiger sollte bei dem Revirement Jürgen Girsogen nachfolgen, dem dienstältesten Kultusminister, dem nachgesagt wird, er sei amtsüde.

Gerne möchte Diether Posser nach Bonn als Vertreter des Landes in den Bundesrat, aber Rau kann auf seinen Vize und Finanzminister in Düsseldorf nicht verzichten. Außerdem denkt er daran, diesen Posten an seinen Wunsch Kandidaten Jürgen Schmude zu vergeben. Schmude, stellvertretender Chef der SPD-Bundestagsfraktion und auch ihr justizpolitischer Sprecher, so rechnet man in Düsseldorf, sollte einen „Brückenkopf“ für Rau in der Bundeshauptstadt bilden. Die „Wellenlänge“ stimmt bei den beiden Politikern überein – nicht nur weil sie Mitglieder der rheinischen Landessynode sind. Und für Rauss politische Zukunft wird ein Mann, dem er in Bonn vertrauen kann, immer wichtiger.





## V-Mann bestreitet Teilnahme an Gewalttaten

rr, Düsseldorf  
Der an der deutsch-niederländischen Grenze festgenommene Verbindungsmann (V-Mann) des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz bestreitet, bei den Krefelder Krawallen gewalttätig aktiv gewesen zu sein. Das erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Krefeld am Montag auf Anfrage. Es seien weitere Befragungen und auch Gegenüberstellungen geplant. Schon jetzt könne aber gesagt werden, daß der 25jährige Beschuldigte nicht - wie in Presseberichten angedeutet - als „Rädelsführer“ bei den Krawallen anlässlich des Besuchs von US-Vizepräsident Bush am 25. Juni anzusehen sei.

Ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums verwies ergänzend darauf, daß nach den über 100 Festnahmen bei den gewalttätigen Aktionen 15 Haftbefehle ergangen seien. Einer davon habe den 25jährigen betroffenen, von dessen Identität als V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes das nordrhein-westfälische Innenministerium erst am 31. August erfahren habe. Allerdings sei das Ministerium informiert worden, daß sich ein V-Mann unter den Demonstranten befände.

Der Sprecher kündigte an, daß Nordrhein-Westfalen mit Berlin noch einmal einen „intensiven Kontakt“ über diesen Fall aufnehmen werde. Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hatte im Fernsehen erklärt, Aufgabe des Mannes sei es gewesen, „zu beobachten, wie sich die Szene verhält“. Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes habe keinen Auftrag, Gesetze zu verletzen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD), dessen Entlassung die CDU-Opposition in Düsseldorf wegen der Krefelder Vorfälle verlangt hatte, sprach ebenfalls im Fernsehen von einer „Ungeheuerlichkeit“, daß einem V-Mann Widerstand und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen werde.

Dem 25jährigen wird nach Angaben der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt, gegen Polizeibeamte Steine geworfen und bei der Festnahme Widerstand geleistet zu haben. Der Beschuldigte spreche dagegen von einer Verwechslung. Der Sprecher des Innenministeriums in Düsseldorf stellte klar, daß keinerlei Informationen dafür vorlägen, daß der Mann aus Berlin mit dem Auftrag zu provozieren nach Krefeld gekommen sei.

Seite 2: Halbe Kasse

## Bremerhaven und die gute „Schwarzwaldluft“

CDU-Abgeordneter spricht von einem Umweltskandal

W. WESSENDORF, Bremen  
„Das ist skandalös“, schimpft der Bremerhavener CDU-Bürgerschafts-Abgeordnete Thorolf Oeing, „die Luft bei uns ist nicht rein, sondern vergiftet.“ Oeing richtet damit schwere Angriffe gegen den Bremer Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Herbert Brückner (SPD), und Bremerhavens Oberbürgermeister Werner Lenz (SPD). Brückner, so behauptet Oeing, unterdrücke die umfassenden Maßnahmen über den Cadmium-Gehalt im Bremerhavener Boden. Bei Messungen seien Ergebnisse bei zum Achtfachen des Grenzwertes von 0,3 Milligramm Cadmium pro Kilogramm Trockensubstanz (TS) festgestellt worden.

Deshalb schlägt der CDU-Parlamentarier Alarm: „Brückner und Lenz nehmen eine gesundheitliche Gefährdung der Bremerhavener Bevölkerung in Kauf.“ Dabei war es Brückner, der als erster zuständiger Politiker bundesweit ein Cadmium-Verbot gefordert hatte. Auf der 4. Internationalen Cadmium-Konferenz in München im Mai 1983 hatten Experten nachdrücklich vor Krebsgefahren durch das Schwermetall gewarnt.

Belastende Unterlagen, Untersuchungsberichte und Expertisen über den schon aktenkundigen Grad von Umweltschäden hielt Brückner zurück. Oeing mußte sich die Zahlen auf Umwegen besorgen. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang versucht, Oeing im Parlament am Reden zu hindern. Doch kann der Abgeordnete jetzt seiner Meinung nach schwarz auf weiß nachweisen, daß seine Befürchtung stichhaltig ist.

„Der Cadmium-Gehalt überschreitet - außer am Punkt 5 - an allen Meßpunkten den Grenzwert für eine mögliche Immissionswirkung (0,3 mg/kg TS)“, steht in der Kurzfassung eines Gutachtens, das der Bremerhavener Politiker vom Brücknerschen Ressort erhielt. Brisanz steckt auch in der Kürze; in dem Gutachten heißt es weiter: „Natürliche Quellen scheiden beim Cadmium mit Sicherheit aus, insgesamt sind Chlorid und Cadmium als maßgebende Belastungsfaktoren für den Raum Bremerhaven anzusehen.“

Am 16. Februar 1982 hatte Oberbürgermeister Lenz vor der Presse verkündet: „In Bremerhaven haben wir

Schwarzwaldluft.“ Das Stadtoberhaupt stütze sich dabei auf ein Gutachten, das die Professoren Klaus Bätjer (seinerzeit Universität Bremen) und H. P. Charles (Hochschule Bremerhaven) angefertigt hatten. Oeing: „Die ermittelten Werte wurden beschönigt.“

Davon ist Oeing nach wie vor überzeugt. Der gelernte Versicherungskaufmann, der sich zum Umweltschutzexperten seiner Partei entwickelt, bohrte deshalb weiter. Zu den oben erwähnten Experten bezog er damals zwei Tage später vor der bremsischen Bürgerschaft Stellung, was ihm den Vorwurf der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung Mathilde Lehmann (SPD) einbrachte, mit seinen „Fehlinterpretationen“ schade er dem Ansehen der Stadt.

Seit Mai 1983 liegt ein Gutachten über die Immissionsbelastung der Waldbestände in Bremerhaven vor. Es wurde im Rahmen einer „bundesweiten Waldzustandserfassung“ angefertigt. Oeing erhielt in der Bürgerschaftssitzung vom 15. Juni 1983 auf Anfrage die Zusage des zuständigen Senators Herbert Brückner, das Gutachten zu bekommen.

Dieses Versprechen nahm der politische Umweltschützer in Bremen allerdings wenige Tage später über seinen zuständigen Referenten Jürgen Lütjke zurück. Lütjke in seinem Brief vom 21. Juni 1983 an Oeing: „Diese Zusage konnte leider nicht festgehalten werden, weil der Senator danach feststellen mußte, daß das gesamte Haus nur über ein Exemplar verfügt. Dieses Exemplar wird hier im Hause benötigt.“ Er, Lütjke, habe jetzt die Bremerhavener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (BVV) gebeten, „in Abstimmung mit mir eine Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse zu erstellen, die Ihnen nach Fertigstellung gleich zugestellt werden wird.“

Was Senator Brückner aber nicht herausrückte, ist bedeutsam, nämlich die Meßwerte aus Tabelle 4. Danach wurde an elf Punkten in Bremerhaven gemessen. Und wenn der Grenzwert bei 0,3 mg/kg TS liegt, dann überschreiten diese Daten die Gefahrenzone bis über das Achtfache dieses Wertes hinaus. Der niedrigste Meßwert liegt nach dem Gutachten bei 0,78 und der höchste bei 2,6 mg/kg TS.

## Chapple ermahnt Gewerkschafter zu einer „Politik des Realismus“

Blackpool: Neuorientierung nach der Wahlniederlage der Labour Party gesucht

FRITZ WIRTH, London  
Mit einer Eröffnungsrede des Kongreßpräsidenten Frank Chapple, die fast einer Strafpredigt glich, begann am Montagmorgen in Blackpool eine der wichtigsten und schwierigsten Jahresversammlungen der britischen Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte.

„Wir befinden uns in einer der tiefsten Krisen seit unserem Bestehen“, mahnte Chapple, der dem rechten Gewerkschaftsflügel nahesteht, die tausend Delegierten. „Die Wahlkatastrophe des 8. Juni, in der die Labour Party in über der Hälfte der 650 Wahlkreise nur auf dem dritten Platz landete und Hunderttausende unserer Kollegen diese Partei im Stich ließen, muß uns Anlaß zur Neuorientierung geben.“ Chapple forderte den Kongreß zu einer „Politik des Realismus“ auf. Er müsse die soziologischen Änderungen in der britischen Arbeitnehmerschaft zur Kenntnis nehmen und stärker als bisher die Wünsche seiner Mitglieder berücksichtigen.

Hier werden die Weichen für die Zukunft gestellt

Dieser indirekte Aufruf zu mehr Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung spielt direkt den Reformbemühungen der Regierung Thatcher in die Hände. Die Versammlung nahm Chapples Rede schweigend zur Kenntnis. In den Gesichtern der militanteren Funktionäre waren jedoch deutlich Verdruss und Ärger sichtbar. Chapple hatte mit seiner Rede offensichtlich den schwachen Nerv der linksradikalen Delegierten getroffen.

Bereits die ersten Stunden zeigten: Dieser Kongreß ist nervös, empfindlich und reizbar. Es werden in den nächsten Tagen in Blackpool Entscheidungen fallen und Weichen gestellt werden, die die Zukunft der britischen Gewerkschaften entscheidend beeinflussen dürften.

Es wurden bereits in den ersten Stunden auf diesem Kongreß Spätfolgen der letzten Unterhauswahl sichtbar; so steht denn auch die fundamentale Frage des künftigen Verhältnisses zum großen politischen Bruder, der Labour Party, zur Debatte. „Wir können nicht mehr davon



Frank Chapple eröffnete den Kongreß der Gewerkschaftsbewegung. FOTO: CAMERA PRESS

ausgehen, daß die Labour Party die automatische Alternative zur gegenwärtigen konservativen Regierung ist“, hatte der einflußreiche Gewerkschaftsfunktionär David Bassett am Vorabend dieses Kongresses von Blackpool erklärt.

Die Folge ist ein sehr deutlicher Trend innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung, auf größere Distanz zur Labour Party zu gehen, eigene Ideen und größere Unabhängigkeit zu entwickeln.

Gibt es endlich den Dialog mit der Regierung Thatcher

So fehlt denn auf diesem Kongreß nicht nur Labour-Party-Chef Michael Foot als Gast. TUC-Präsident Len Murray hat sich darüber hinaus in Blackpool die Anwesenheit jener Kandidaten verboten, die zur Zeit um die Nachfolge Foots als Parteiführer kämpfen. „Der Dachverband der Gewerkschaften hat nicht das geringste mit der Wahl des neuen Labour-Partei-Chefs zu tun“, sagte Murray, was immerhin bemerkenswert ist angesichts der Tatsache, daß die Gewerkschaften bei dieser Wahl über 40 Prozent der Stimmen verfügten.

Murray hat für dieses „Hausverbot“ jedoch gute Gründe. Er möchte verhindern, daß sein Kongreß zum Wahlforum für die Labour Party wird, wie es vor zwei Jahren beim heißen Duell zwischen Tony Benn und Denis Healey im Kampf um die stellvertretende Parteiführung der Fall war. „Wir haben auf diesem Kongreß wichtige Dinge zu tun“, sagte Murray.

Zu diesen wichtigen Dingen gehört die Frage, ob die britischen Gewerkschaften nach Jahren des kalten Schweigens endlich den Dialog mit der Regierung Thatcher aufnehmen sollen. In diesem Dialog würde es in erster Linie um die von der Regierung geplante Gewerkschaftsreform gehen, die eine größere Demokratisierung in den Entscheidungsprozessen der Gewerkschaften vorsieht.

Sowjetunion für den Abschluß verurteilt

Die radikaleren Gewerkschaften wie die der Transportarbeiter und der Bergarbeiter haben sich unmittelbar vor Beginn der Konferenz nachdrücklich gegen einen derartigen Dialog ausgesprochen. Murray selbst und mit ihm zahlreiche gemäßigte Gewerkschaftsfunktionäre sind dafür.

Frank Chapple attackierte wegen des Widerstandes gegen einen solchen Dialog in seiner Eröffnungsrede besonders scharf den Bergarbeiter-Präsidenten Arthur Scargill. „Es geht nicht an“, sagte Chapple, ohne Scargill beim Namen zu nennen, „um die halbe Welt zu reisen und den Dialog mit kommunistischen Regimen zu suchen, zugleich aber die eigene gewählte Regierung zu ignorieren.“

Chapple spielte damit auf die kürzliche Moskau-Reise Scargills an, der auf dieser Reise Frau Thatcher als „Plutonium-Blondine“ verleumdete hatte.

Der Generatrat des Kongresses hatte unmittelbar vor Beginn der Jahresversammlung mit einer Mehrheit von einer Stimme eine Resolution verabschiedet, in der die Sowjetunion für den Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine in der letzten Woche verurteilt wurde.

## Syrien fordert Bruch der Araber mit Libanon

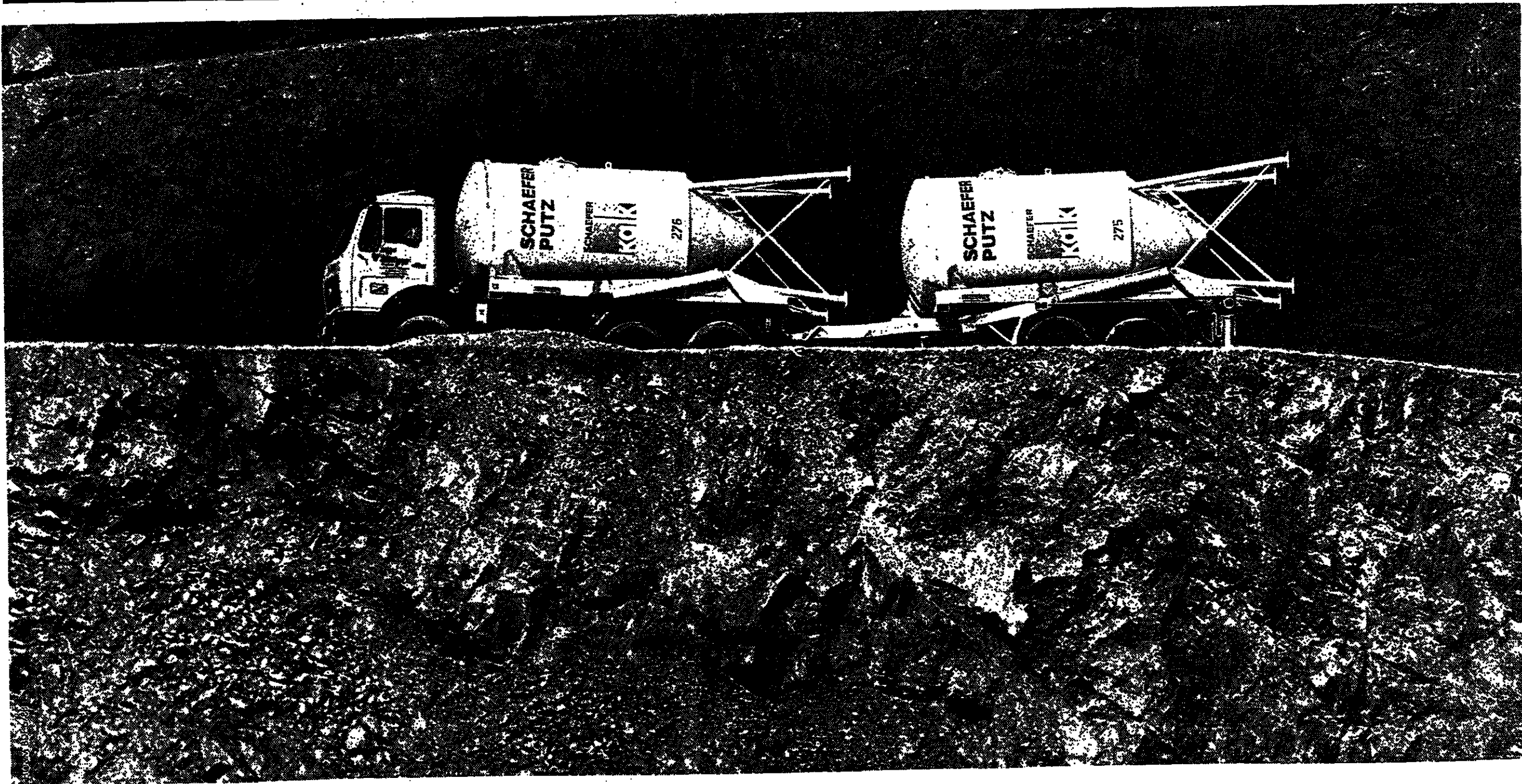
DW, Damaskus

Die syrische Regierung hat die Mitgliedsländer der Arabischen Liga aufgefordert, ihre diplomatischen und politischen Beziehungen zu Libanon abzubrechen. In einer Note an das Generalsekretariat der Arabischen Liga wurde darüber hinaus verlangt, Libanon aus der Arabischen Liga und ihren Unterorganisationen auszuschließen und die Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Ebene einzustellen.

Damit reagiert Damaskus nach Meinung von Beobachtern auf die Bemühungen der libanesischen Regierung unter Staatspräsident Gemayel, alle fremden Truppen aus seinem Land zu entfernen, also auch die militärische Präsenz und damit die politischen Einflußmöglichkeiten von Damaskus in seinem Land zu begrenzen. Dadurch sinken die Chancen für die für November geplante arabische Gipfelkonferenz in Saudi-Arabien. Nach vorliegenden Informationen fehlt bislang eine Mehrheit unter den 21 Mitgliedsländern der Arabischen Liga für die Abhaltung des Gipfeltreffens.

Als Befürworter der Zusammenarbeit sind bislang nur Jordanien, Tunesien und Kuwait hervorgetreten. Besonders Kuwait ist in den vergangenen Monaten für die Abhaltung des Gipfeltreffens eingetreten. Kürzlich hatte der kuwaitische Außenminister Scheich Sabah al-Ahmed dem irakischen Staatschef Saddam Hussein eine Botschaft des Emirs Dschaber al-Ahmed überbracht. Kuwait ist über den Golfkrieg zwischen Irak und Iran alarmiert, da dadurch seine Sicherheit und seine wirtschaftlichen Interessen unmittelbar berührt werden. Das Land tritt daher für das Gipfeltreffen ein, von dem es sich eine Beilegung der innerarabischen Konflikte verspricht. Bislang scheint es Kuwait jedoch nicht gelungen zu sein, Saudi-Arabien, das in ständigem Kontakt mit Syrien und Irak steht, von der Notwendigkeit einer Konferenz zu überzeugen. Riad vertraut offenbar mehr auf seine direkten Kontakte mit diesen Staaten.

So sind Syrien und Saudiarabien in den vergangenen Wochen übereingekommen, die Politik gegenüber der PLO zu koordinieren und den Vorsitzenden Jassir Arafat zu entmachten.



## Der Brummi verputzt Häuser.

Wer bringt die Silos mit Fertigputz vom Kalkwerk auf den Bau? Schnell und zuverlässig? Der Brummi. Er hat dafür einen Spezialaufbau. Auf der Baustelle tauscht er das volle Silo gegen ein leeres aus. Das ist schneller Putz.

Sie lösen für uns jedes Transportproblem. Die Brummis.

Heißt das Problem Zeit: Der Brummi ist der schnellste. Er holt und liefert nämlich die Ware immer genau da ab, wo man will. Ohne umzuladen und ohne Umwege.

Ist die Fracht das Problem: Der Brummi kennt einen Kniff oder hat einen passenden Aufbau. Mit der Routine des Erfahrenen bringt er federleichte bis tonnenschwere Sachen sicher ans Ziel. Als würde er zur hauseigenen Flotte gehören.

Die Brummis finden in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.



Sie fahren für uns. Die Brummis.

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF)



# Heute möchten wir Business Class-Reisenden einmal erzählen, was alles in uns vorgeht.

**Die Kabine.** In einer separaten Kabine präsentiert sich die Lufthansa Business Class in modernen, freundlichen Farben, bequem und ausgesprochen komfortabel. In allen Lufthansa Boeing 747 und DC 10 Jets.

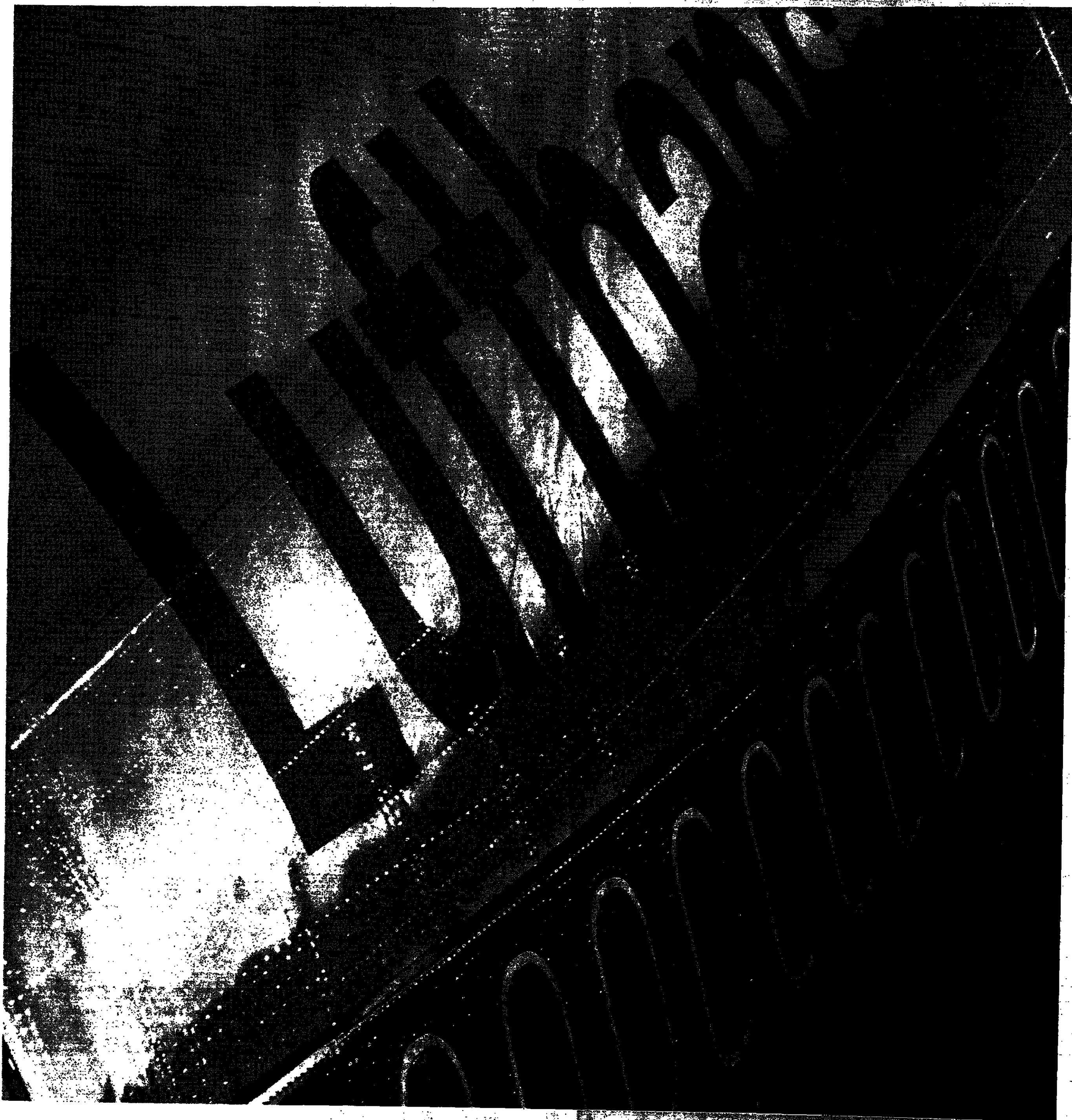
**Die Sessel.** Neugestaltete Sessel machen Langstreckenflüge zum Vergnügen. Maximal drei nebeneinander, erweiterter Sitzreihenabstand und ein Neigungswinkel bis zu 35° tragen dazu bei.

**Das Menü.** Serviert auf Porzellan, erfreut sich der Reisende an sorgsam ausgewählten Menüs mit Vor- und Nachspeise. Und hat die Wahl zwischen zwei Hauptgängen im monatlichen Wechsel – wie angenehm.

**Die Getränke.** Vom hohen Standard des Bordservices können rund 40 verschiedene Getränke für die Sie sich entscheiden können. Vom Aperitif bis zum Digestif, vom Cocktail bis zum Longdrink.

**Das Unterhaltungsprogramm.** 10 verschiedene Kanäle liefern Unterhaltung am laufenden Band. In Stereo versteht sich. Hochwertige Kopfhörer und ein vielfältiges Film- und Zeitschriftenprogramm runden das Bild ab.

**Das Streckennetz.** Die Lufthansa Business Class gibt's in alle Welt. Keine andere Fluglinie bietet Ihnen ab Deutschland mehr Direkt- und Non-stop-Verbindungen. Lufthansa Business Class. Ein schönes Gefühl.



## Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.



## Ein vierteiliger TV-Film über Evita Peron Die blonde Verführerin

Is „so schläfrig wie ein heißer Sonntag in Buenos Aires“ bezeichnete das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ den Fernsehfilm „Evita Peron“, als dieser Anfang 1981 in den USA ausgestrahlt wurde. Nur eines bewahrt den vier Stunden langen Streifen davor, die Zuschauer in ein Koma zu versetzen: Die Bombenrolle der Evita ist mit Faye Dunaway besetzt.

Wenn das Klischee, eine Rolle sei einer Schauspielerin auf den Leib geschrieben, jemals Berechtigung hatte, dann in diesem Fall. Die vulgäre



In der Rolle der berühmtesten Argentinierin: Faye Dunaway

FOTO: DEFO

re Sensualität, die die Darstellung erfordert, sickert der Dunaway aus allen Poren. Aber sie ist als Evita mehr als ein Flittchen. In dieser Evita sind auch die stählerne Härte und der katzenartige Ehrgeiz spürbar, mit denen das Provinzmädchen Eva Duarte es fertigbrachte, zu einer wichtigen Figur auf der politischen Bühne zu werden.

Sie hatte ihre Karriere als Radio-Ansängerin begonnen und schaffte den Aufstieg gezielt über die Herren der Schöpfung, bis sie schließlich zum richtigen Zeitpunkt Juan Peron für sich gewinnen konnte. Mit 27 Jahren war sie dann die erste Dame von Argentinien. Mit 33 starb sie an Krebs. Das Millionen von Argentinern sie damals beweinten, beweist, welche Ausstrahlung sie als Damogin hatte. Zahlreiche ihrer Landsleute verlangen sogar ihre Heiligsprechung – ein Ansinnen, das im Vatikan viel Schmunzeln hervorgerufen haben muß.

Den Mangel an Schwung und Dramatik gleicht der Film (Marvin J. Chomsky, der mit „Roots“ und „Holocaust“ auf den Bildschirmen der

ganzen Welt Furore gemacht hatte, produziert und inszenierte „Evita“) zum Teil durch die Dichte seiner Atmosphäre aus. Das Argentinien der vierziger und fünfziger Jahre wird glaubhaft heraufbeschworen: die staubige Provinz, in der Eva Duarte heranwuchs, die schäbige glitzernde Halbwelt, in der ihre Karriere begann, die Gläubigkeit der „Decamidados“, der „hemdlosen“ Arbeiter, die die blonde Verführerin mit latein-amerikanischer Inbrunst verehrten.

Der von James Farentino gespielte Juan Peron ist im Vergleich zu Faye Dunaways Evita nur ein Schatten, wirkt keineswegs wie ein schneidig-theatralischer General, sondern wie ein eitle Buchhalter. Man nimmt es diesem Peron nicht ab, daß er eine politische Bewegung schuf, die noch heute, lange nach seinem Tod, ein gewichtiger und unbequemer Faktor im Kräftefeld Argentinien ist.

ank (SAD)

## STUDIO

Gleich acht neue Serien präsentiert das Westdeutsche Werbefernsehen (WFF) seinen Zuschauern im September im regionalen Vorabendprogramm der ARD. Heute um 19 Uhr geht es los mit einem spannenden Dreiteiler von Francis Durbridge: In „Die Spur mit dem Lippenstift“ klärt Inspektor Denson von Scotland Yard den Mordfall „Judy Clayton“ auf. Ab 8. September um 18.25 Uhr ist Mario Adorf in der Rolle der von Giovanni Guareschi erschaffenen Figur des Don Camillo zu sehen. In der Po-Ebene, der Toskana und in ihren Studios in Manchester produziert die BBC 13 Folgen à 28 Minuten mit dem Titel „Die kleine Welt des Don Camillo“.

Ab 13. September gibt es jeden Dienstag um 19 Uhr eine Begegnung mit der amerikanischen Familie Giverni, deren Schicksal sich auf „Falcon Crest“ (einem kalifornischen Weinberg, das der Serie den Titel gab) vollendet. Die Hauptrolle spielt Jane Wyman, Ex-Ehefrau von Ronald Reagan. (Wir werden noch ausführlicher darauf zurückkommen.) Einen Tag später, am 14. September um 19 Uhr, fällt der Startschuss für „Im Schatten des Sieges“, eine zehnteilige australische Serie über Sportler und Sportarten. Und am 15. September geht's wieder weiter mit der in Australien spielenden fünfteiligen Abenteuerreihe „Der verrätene Traum“ mit Robert Vaughn in der Hauptrolle.

Nach dem Roman „Der Mörder vom 31. Mai“ von William Irish entstand die sechsteilige französische Kriminalserie „Rendezvous mit dem Tod“ (ab 19. September, 19 Uhr), die Geschichte eines dramatischen Falles von Selbstjustiz, die ein junger Mann nach dem tragischen Unfalltod seiner Freundin übt. Und am 24. September um 19.25 Uhr heißt es dann samstags 26mal hintereinander „Büro, Büro“ in einer heiteren Serie rund um den Schreibtisch.

DW.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Lektionen der Geschichte

„Pankraz, der Wähler und das Gleichgewicht“: WELT vom 23. August

Revolutionen der Unterdrückten und Erniedrigten sind vulkanische Eruptionen. Sie steigen empor aus den Seelen der Menschen, aus dem Magma des Irrationalen und Elementaren. Ehrenwerte Normalpolitiker unserer Bundestagsparteien, von Schmidt und Vogel bis Schily und Genscher, haben dafür kein Gespür. Folglich klammern sich die von Pankraz treffend als „Neo-Meterniche“ charakterisierten Jalta-Fatalisten an den Status quo: Ruhe ist die erste Demokratenpflicht – Revisionismus ist Friedensstörung.

Wäre es nach den Advokaten der klassischen Diplomatie und Kabinettspolitik gegangen, hätte es nie einen 17. Juni, Workuta-Sommer, Prager Frühling, Ungarischen Oktober, Polnischen August, afghanischen Volksaufstand gegeben. Die Diplomaten denken, die Völker handeln.

Schade, daß ein Geschichtsbewußtsein wie F. J. Strauß aus den Lektionen der Geschichte nichts zu lernen vermag. Ludwig XVI. hielt den Bastillesturm, diesen ersten Fanfarenstoß der Großen Revolution, für eine Revolte der Marktwirtschaft. Er irrte sich und bezahlte seinen Irrtum mit seinem Bourbonenkopf.

Alexandra, die letzte Zarin, schrieb Mitte Februar 1917 ihrem Mann ins Hauptquartier, bei der Plünderung der Brotläden und den Demonstrationen auf dem Newskij handle es sich um chaotische Ausschreitungen unfriedfertiger Gymnasiasten, Reservisten und „Droschkenkutscher“. So

bald der Frost zunehmen werde, sei es mit dem Petrograder Spuk vorbei. Sie irrte sich und bezahlte dafür mit dem Leben, nur ein Jahr später. Der Irrtum der Herrschenden ist die Weisheit des Lebens.

Den Waleses gehört unsere Umsturzpoche, den Propheten der historischen Wandlungen. Wer hat Angst vor der Revolution?

Wolfgang Strauss,  
Furth i. Wald

Die Gedanken von Pankraz am 29. August sind Teil des neuen und notwendigen Nachdenkens über die deutsche Frage und die Identität der Deutschen. Der Artikel argumentiert indessen, als ob

die verantwortlichen Politiker erst von den Historikern an die deutsche Mittellage in Europa und das Interesse der Weltmächte an der europäischen Mitte erinnert werden müßten und

Reden, Majoritätsbeschlüsse oder Massenbewegungen die weltpolitische Schlüsselfunktion der deutschen Frage aufheben könnten.

Beides ist unzutreffend. Wer die deutsche Frage nicht nach ihren europäischen Bedingungen und ihren

### Wort des Tages

„Ein wahrer Freund trägt mehr zu unserem Glück als tausend Feinde zu unserem Unglück.“

Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Autorin (1830-1916)

## Personalien

### VERÄNDERUNGEN

Dieter Kotzan, seit 1980 Bezirksverwalter der Deutschen Luft- und Raumfahrt, übernimmt am 1. Oktober die Hauptabteilung Fracht und Post in der Kölner Hauptverwaltung. Er löst Karl-Heinz Neumeister ab, der zum Generalsekretär der Association of European Airlines gewählt wurde. Kotzan, der unter anderem die Lufthansa in Japan und Schweden vertrat, feiert gleichzeitig mit der neuen Position sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Peter Schneider (46) ist zum Leiter des werkseigenen Automobilmuseums von Porsche ernannt worden. Der künftige Leiter des Porsche-Museums war schon im Deutschen Zweiradmuseum Neckarsulm, im BMW-Museum in München und im privaten Auto- und Technik-Museum Sinsheim tätig.

### GOODWILLTOUR

Der Radsportler Klaus-Peter Thaler, Ex-Olympiasieger Georg Thoma, die ZDF-Redakteure Dieter Kürten und Klaus Angermann sowie zahlreiche weitere Journalisten aus verschiedenen Redaktionen gehören zu den Teilnehmern der Tour Peiper, die eine Goodwill-Fahrradtour für leukämie- und krebskranke Kinder von Gießen nach Hamburg durchführen. Die Tour wird von Eltern begleitet, deren Kinder an Leukämie erkrankt sind und auf der Station Peiper in der Gießener Kinderklinik behandelt werden. Zusammen mit Ärzten der Station wollen sie auf der Marktplatz der 25 Orte, die auf der 300 Kilometer langen Strecke durchfahren werden, mit einem Informationsstand auf Leukämie bei Kindern und auf Möglichkeiten der Therapie hinweisen. Die Tour endet am 9. September mit einer Kundgebung in Hamburg.

### Der Entdecker

„Der Schwarzwald in Wien“: WELT vom 13. August

„Freiburg entdeckt den Kupferstecher P. Mayer.“ Unter dieser Überschrift berichtet Herr Petzet über die Entdeckung des Kupferstechers P. Mayer und bezieht sich auf die WELT vom 12. Juli 1983. Zu fragen bleibt: Wer ist der Entdecker?

Es wäre solcher Entdeckung würdig, den Entdecker zu benennen: Rudolf Morath, Ulm/Donau, Laienforscher, hat das Buch über P. Mayer, 452 Seiten stark, mit Angaben über Leben und Schaffen des Künstlers im Verlag Karl Alber herausgegeben. Das Buch hat allenthalben hohe Anerkennung und Würdigung erfahren; das Buch ist mehr als eine Doktorarbeit und wurde neben verantwortungsvoller beruflicher Arbeit in Freizeit unter finanziellen Opfern geschrieben.

Die Ausstellung in Freiburg war nur durch diese Entdeckung und dieses Buch möglich. Das Buch ist für den Kunstliebhaber und den Historiker „ein kleiner Leckerbissen“.

Dr. Werner Gekeler,  
Reutlingen

## KRITIK

### Bilder aus einem Arbeitsleben

Vom Friedhof, wo Berthold Beitz zum Gedenken an Alfred Krupp ein Heidekraut-Sträußlein an dessen Grab niederlegt, bis zum Gang in die Sylter (Freizeit-)Welt spannte Adalbert Wiemers seinen Bilderbogen über den Industriellen (Der Stadthalter, ARD), der am 26. September 70 Jahre alt wird.

Lange Zeit hat der Autor offenbar den „Herrn der (Krupp-)Ringe“ mit Kamera und Tonband begleitet. Beitz mit hochkarätiger russischer Delegation, Beitz mit Politikern, Beitz in São Paulo und Beitz beim Papst. Dazwischen immer wieder eingestreut Gespräche im Sylter Freizeit-Refugium, in denen der Krupp-Bevollmächtigte auf auffallend magere Fragen auffallend ausführlich antwortete. Und doch: In der 45minütigen Auseinandersetzung von Bildern aus dem Arbeitsleben des Berthold Beitz blieb der Industrielle ohne eigenes Industrieunternehmen seltsam flach und konturenlos. In seine persönli-

chen Karten ließ sich der elegante Pommer nur sehr wenig sehen, auch wenn ihn Autor Wiemers gemeinsam mit Frau Else Beitz auf dem heimlichen Sofa im Familienalbum blättern ließ und Beitz bekannte, daß er Jazz liebt und gegen Gleichberechtigung ist.

Nicht gefragt wurde nach der heutigen Einstellung des Präsidenten der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, über die er im Krupp-Konzern immer noch weitgehend das Sagen hat, zur Beteiligung Irans an Krupp, die im Oktober 1976 vor allem auf Beitz' Betreiben zustande gekommen war.

Die wenigen persönlichen Aspekte reichten nicht aus, den Menschen Beitz verständlich zu machen.

INGE ADHAM

### Turgenjew als Lokaldichter

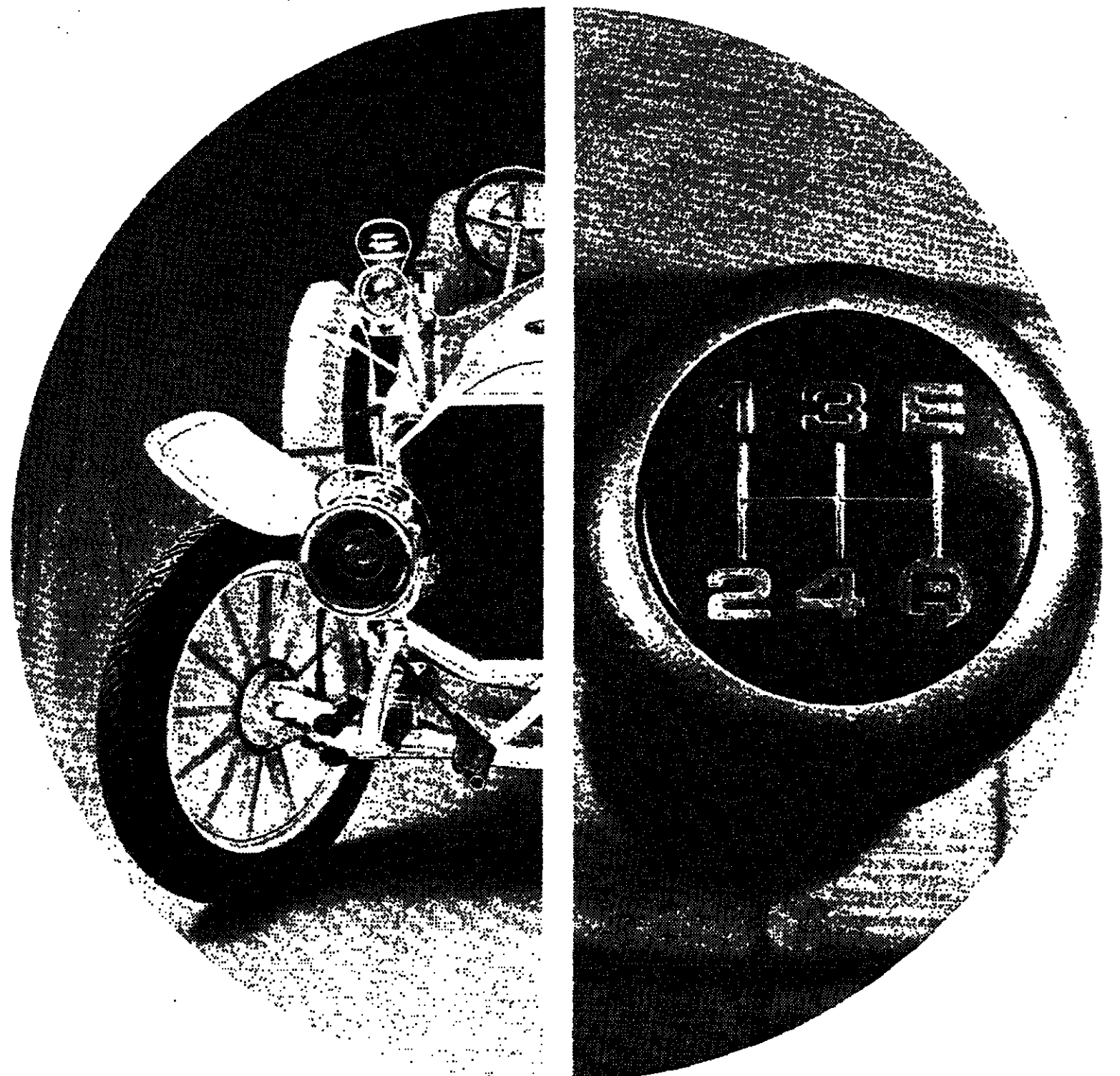
Es war televisionsärer Schnellschuß, der zudem noch mit einem Tag Verspätung losging, des Süd-

westfunks ARD-Beitrag zum 100. Todestag des russischen Dichters „Iwan Turgenjew im Gesellschaftsbild“. Autor Walter Bittermann versteht sich sicher etwas von dem Werk des Erzählers, der in seinem Roman „Väter und Söhne“ von 1862 erstmals die Gestalt eines – auch expressis verbis so genannten – „Nihilisten“ in die schöne Literatur einführt. Aber für die filmische Umsetzung blieb offensichtlich wenig Zeit. So mußte eifrig aus der früheren Turgenjew-Verfilmung „Frühlingsfluten“ exzerziert werden.

So hielt sich die TV-Kamera beim Schweifen durch den langjährigen Wohnort Baden-Baden unverhältnismäßig lange an Stätten auf, die in keiner Beziehung zu dem Dichter stehen. Zum Rouletteplatz paßt halt eher ein Zitat aus dem „Spieler“ von Dostojewski, der den Kontrabanten und „Westler“ Turgenjew in Baden-Baden um 50 Rubel angepöppelt hatte. Turgenjew – auch optisch kaum präsent – blieb nur eine Chargenrolle als Lokaldichter.

GISELHER SCHMIDT

## Der Aufschwung braucht den Sparer.



### Zwischen Oldtimer und Fließband-Auto liegen Milliarden-Investitionen.

Der Fortschritt hat seinen Preis. International konkurrenzfähige Modelle sind nur mit hohem finanziellen Aufwand zu entwickeln. Die erforderlichen riesigen Summen für die deutsche Automobilindustrie und ihre Zulieferer müssen z. T. vorfinanziert werden, durch Kredite etwa von den Sparkassen und Landesbanken. Die Basis dazu ist das private Spargeld.

### Zwischen Oldtimer und Fließband-Auto liegen neun Liter Benzin.

Sprittfresser haben heute keine Chance mehr. Der zeitgemäße Wagen ist sicherer, komfortabler und bringt auch mehr Leistung für den Notfall auf die Straße. Der Käufer von heute erwartet das. Sein Spargeld steht der Wirtschaft für Investitionsfinanzierungen zur Verfügung.

## Die Sparkassen



09.25 Sesamstraße  
10.00 Tagesschau  
10.05 Impressionen von der IFA  
10.30 20 Jahre ZDF – Ihr Programm  
11.30 Impressionen von der IFA  
12.00 ZDF Mittag  
12.55 Prosecco  
13.00 Tagesschau  
13.15 Wir stellen uns  
15.00 Pan Tau  
... geht in die Schule  
Von Jindrich Polak und Ota Hofman (Wh.)  
15.35 Mott und Jenny  
16.00 Tagesschau  
16.05 Punkveranstaltung Berlin 1983  
Lieder & Leute extra  
Musik und Gespräche live  
17.00 Tagesschau  
(Anschl. Regionalprogramme)  
20.00 Tagesschau  
20.15 Benetton  
Musik und Nonsens  
Mit Olivia Pascal, Hans Herbert, Herbert Fux und Gerd Leinbach  
Als Gäste: Julien Clerc, Icehouse, Nana Hendryx, Kim Wilde, Helen Schneider, Linda Ronstadt, Elton John u. a.  
21.00 Report  
Themen: Pleite vor dem Start? – Kaum Zuschauerinteresse für privates Fernsehen / Landtagswahl in Hessen – Was wollen die Grünen? / Fasten für das Leben  
Moderator: Franz Alt  
21.45 Quixey  
22.50 Tagesschau  
23.00 Heute abend  
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger  
Zu Gast: Hermann Prey  
Der Kaufmannssohn Hermann Prey sang bereits als Zehnjähriger im Berliner Mozart-Chor, damals als Sopran. Heute zählt er zur Weltspitze seines Stimmfachs Bariton.  
23.45 Tagesschau



10.00 Tagesschau, Tagesscheine  
10.25 Unsere schönsten Jahre  
11.18 Als Opa vor der Glotze saß  
Deutsches Fernsehen in den 30er Jahren  
12.10 Im Brennpunkt  
12.55 Prosecco  
13.00 Tagesschau  
14.55 ZDF – Ihr Programm  
15.00 Gefragt – gewürzt – gewonnen  
Länderquiz mit Hans Rosenthal  
Heute: Hessen  
16.00 Aufschau  
17.00 heute / Aus den Ländern  
17.15 Tele-Blatt  
18.00 Evita Peron (I)  
Vierteiliger Fernsehfilm  
Mit Faye Dunaway, Michael Constantine u. a.  
Regie: Marvin J. Chomsky  
18.57 ZDF – Ihr Programm  
19.00 heute  
19.30 Fernsehspiel des Auslands  
Der beste Freund für einen Sommer  
Nach einem Roman von Maurice Denzaire  
Mit Fernand Lecocq, Evalyne Dandry u. a.  
Regie: Roland Bernard  
21.00 heute-Journal  
21.20 Klarheit  
Was wird mit den Renten?  
Für eine langfristige Sanierung der Renten sind jetzt entscheidende Weichen gestellt worden. Der Entwurf für das sogenannte Haushaltsbegleitgesetz 1984 liegt vor. Das Ziel: Die Renten sollen sich künftig so entwickeln wie die verfügbaren Einkommen der Erwerbstätigen.  
22.05 Lena Bole  
Deutscher Spielfilm (Wh. v. 1981)  
24.00 heute

## III.

WEST  
18.00 Berufsorientierung  
18.30 Sesamstraße  
19.00 Aktuelle Stunde  
20.00 Tagesschau  
20.15 Tag-Report  
21.00 Steinkrug im Apfelgarten  
21.05 Formel Eins  
ARD-Hitparade  
21.45 Punkt im Post  
22.15 Deutscher Alltag  
Vorgestellt werden zwei Deutsch-Lehrerinnen aus Brüssel (Brandenburg) und Leverkusen  
23.00 Letzte Nachrichten  
NORD/HESSEN  
18.00 Deutsche Feiernacht  
18.30 Katz mit Hut (I)  
Backflummen  
19.00 Rosinika Erzähler  
19.30 Das Jahr im Garten  
20.00 Tagesschau  
20.15 Best des Zweifels  
Flugblätter im Zweiten Weltkrieg  
21.00 Formel Eins  
21.45 Mit Paragraphen leben  
22.30 Tesser muß Beizen tragen (I)  
Schauspiel von Eugene O'Neill  
00.20 Letzte Nachrichten  
SÜDWEST  
18.30 Fernsehkolleg  
Für Baden-Württemberg:  
19.00 Die Abende  
Für Rheinland-Pfalz  
19.00 Die Abende  
Für das Saarland:  
19.00 Satz 3 regional  
Für Gesamt-SG:  
19.25 Nachrichten  
19.30 Die Sprechstunde  
Schluckimpfung  
Für Baden-Württemberg  
20.15 Heute aus Stuttgart:  
Noll Beck auf Start?  
Für Rheinland-Pfalz:  
20.15 Kulturkalender  
21.00 Landesspiegel  
Für das Saarland:  
20.15 Magazin Saar 5  
Für Gesamt-SG:  
21.15 Westworld  
Amerikan. Spielfilm (1972)  
BAYERN  
18.45 Rundschau  
19.00 Die Glotze  
Jesu – Ein Bilderbuch Gottes für die Christen  
19.30 Formel Eins  
20.15 Bergpar – bergab  
20.45 Rundschau  
21.00 Die Sprechstunde  
21.45 Z. E. N.  
21.50 Im Gespräch  
22.55 Dallas  
23.20 Rundschau

Krista Stadler (r.) und Kai Fischer in einer Szene des deutschen Spielfilms „Lena Bole“, um 22.05 Uhr im ZDF.



FOTO: URSULA ROHNERT



## Finanzausgleich: Auch Hessen ruft Karlsruhe an

dpa, Hannover  
Auch das Land Hessen hat sich jetzt entschlossen, im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Der Sprecher der hessischen Landesregierung, Edgar Thielemann, erklärte in Wiesbaden, das SPD-regierte Land wolle erreichen, daß die Einnahmen Niedersachsens aus der Erdölförderung im Finanzausgleich voll angerechnet werden. Bisher haben Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg eine Klage vor dem höchsten deutschen Gericht angekündigt.

Bei dieser Auseinandersetzung der Bundesländer untereinander geht es darum, zu welchem Prozentsatz Niedersachsen seine Förderzinsen aus Erdgas und Erdöl in den Länderfinanzausgleich einbringen soll. Im vergangenen Jahr nahm das Land Niedersachsen ungefähr 1,9 Milliarden DM an Förderzinsen, den sogenannten Windfall-Profits, ein. Im August 1982 war mit der CDU-Mehrheit im Bundesrat eine Regelung erzielt worden, nach der Niedersachsen von 1983 an ein Drittel und von 1986 an die Hälfte seiner Förderzinsentnahmen in den Finanzausgleich einzubringen hat.

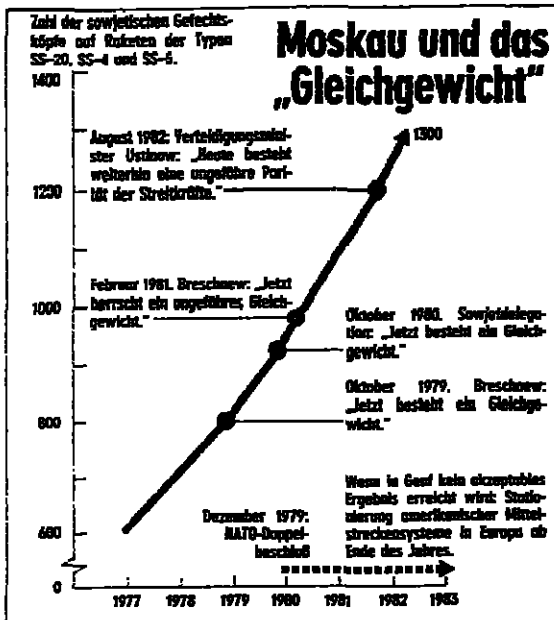
## Wieder polnische Kritik an Strauß

JGG/DW, Bonn  
Die polnischen Medien schießen sich nach einigen Wochen kurzer Lob- und Schonzeit wieder auf den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß ein. Auslösender Punkt war das WELT-Interview vom 25. August. Die Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" bemerkte dazu, daß es "weder eine Wende, noch eine Kontinuität" in der Politik des CSU-Vorsitzenden gebe. In der Polen-Politik habe sich Strauß auf die Seite seines Parteifreundes Zimmermann geschlagen. Eindeutig habe Strauß in dem Interview erklärt, daß er sich mit den Ansichten des Bundesinnenministers "identifiziere", die Problematik der Ostgebiete in die Deutschlandfrage miteinzubringen.

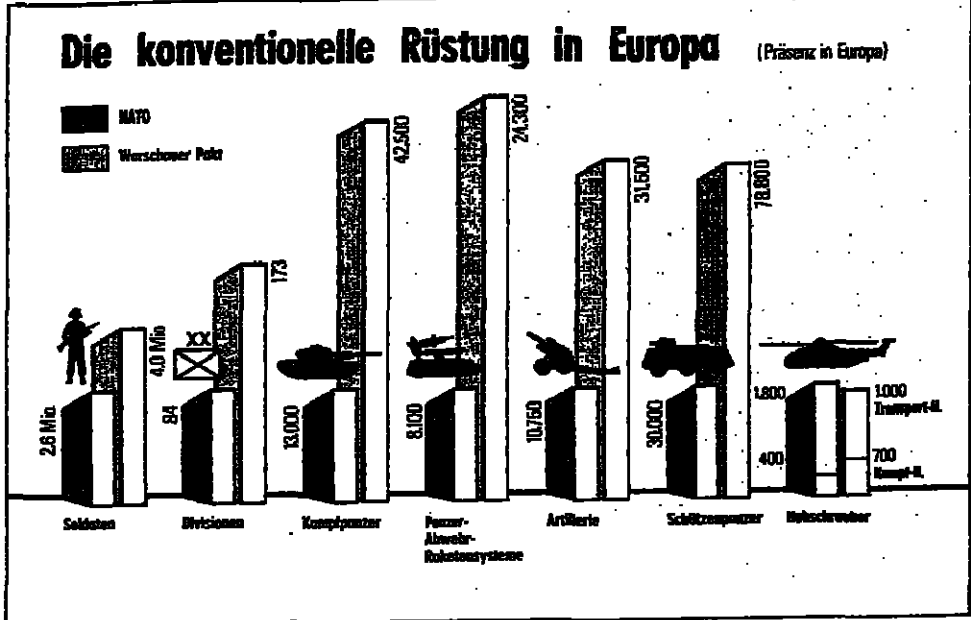
DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# An Moskaus Ziel für Genf hat sich nichts geändert

Fast zwei Jahre Verhandlungen über Mittelstreckenraketen / Was sich hinter den Waffen verbirgt / Heute beginnt die entscheidende Phase



Moskau Vorstellungen vom Gleichgewicht: Bei Atomwaffen besitzen die Sowjets derzeit ein Monopol im Mittelstreckenbereich (siehe Kurve), bei konventionellen Waffen führt der Warschauer Pakt seit 1965 viermal soviel neue Großwaffen in Europa ein wie die NATO.



die Genfer Gespräche über die Mittelstreckenraketen begannen. Es gab in ihnen mehrere Phasen, die sich grob einteilen lassen in die Periode, in der noch Breschnew der Vorsitzende in Moskau war und den Zeitraum danach, als Andropow Partei- und Staatschef wurde. Nicht geändert hat sich in der ganzen Zeit das Verhandlungsziel der Sowjetunion, das darauf hinausläuft, die Vereinigten Staaten als Partner der Europäer aus der Alten Welt zu vertreiben.

Vom ersten Tag an lehnte die Sowjetunion es ab, den amerikanischen Vorschlag für eine beiderseitige Null-Lösung zu akzeptieren. Zunächst schlugen die Sowjets vor, jeweils auf 300 Mittelstreckenraketen zurückzugehen, wobei sie eine Rechnung vorlegten, an deren Ende für die Vereinigten Staaten nicht nur die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen praktisch verboten wäre, sondern auch die Masse ihrer taktischen Luftstreitkräfte in Europa zurückgezogen werden müßte. So wäre nicht ein einziges Angriffsflugzeug der sowjetischen 16. Frontfliegerarmee in der DDR unter diesen Plan gefallen, wohl aber praktisch alle amerikanischen Maschinen dieser Kategorie. West-Europa sollte bedroht werden, nicht aber die Sowjetunion.

Die Folge eines derart drastischen

Eingriffs in das amerikanische Nuklearpotential in Westeuropa und zusätzlicher scharfer Beschränkungen für amerikanische konventionelle Luftstreitkräfte - der Dualismus ergibt sich aus der Tatsache, daß Flugzeuge sowohl nuklear wie auch konventionell genutzt werden können - wäre der Zusammenbruch des organischen Zusammenhalts der in Europa stationierten US-Streitkräfte: Washington wäre gezwungen, auch seine Landstreitkräfte aus Westeuropa abzuziehen. Das wiederum hätte den Zusammenbruch der gültigen NATO-Strategie der "flexible response", niedergelegt in dem Bündnisdokument MC 143, zur Konsequenz. Mit anderen Worten: Genf ist für Moskau ein Hebel, die atlantische Allianz aus den Angeln zu heben.

### Details bleiben unklar

An dieser Lage hat sich bis heute im Kern nichts geändert. Nach dem Tode Breschnews signalisierte Andropow sowjetische Bereitschaft, auf 162 Systeme herabzugehen zu wollen - unklar blieb bis heute wo und mit welchen Details - wenn nur die USA auf die Stationierung verzichten würden. Grundlage des Vorschlags war die stillschweigende Anerkennung des britischen und französischen Nukle-

arpotentials, obwohl es sich dabei fast ausschließlich um seegestützte strategische Waffen handelt, die man bei bestem Wohlwollen nicht in die Kategorie der Mittelstreckenraketen einordnen kann. Diese Waffen dienen dem letzten Schutz Großbritanniens und Frankreichs, für Verteidigung (und Abschreckung) stehen sie anderen europäischen Staaten nicht zur Verfügung.

Die Hoffnungen der Sowjetunion richten sich im Zusammenhang mit dieser Forderung auf Politiker und Publizisten, die sie in dieser Sache unterstützen. Da es sich um Bürger des freien Westens handelt, wo jeder frei ist zu sagen, was er denkt, ist das zwar legal, aber nicht ganz ohne Konsequenz: Entscheidungen westlicher Regierungen vollziehen sich nicht im luftleeren Raum, sie bedürfen des Konsensus in der Öffentlichkeit.

Der Forderung auf Anrechnung des britischen und französischen Waffenpotentials liegt zugrunde, daß mit Verhinderung einer amerikanischen Präsenz auf dem Feld der Mittelstreckenraketen Europa strategisch auf sich selbst gestellt wäre. Es gäbe keine Klammer mehr zu den Interkontinentalraketen in den USA. Europa wäre abgekoppelt - es müßte, der Sowjetunion ausgeliefert und des

amerikanischen Schutzes beraubt, sich wohl oder übel fügen.

Hinter Moskaus Anspruch auf Anrechnung der Potentiale Großbritanniens und Frankreichs steht unausgesprochen die Vorstellung der Sowjets, jetzt sei es an der Zeit, sich zur Super-Supermacht emporzuschwingen. Denn der sowjetische Vorschlag besagt nichts anderes als die Inanspruchnahme des vermeintlichen Rechts, so stark zu sein wie alle anderen zusammen: die USA, Frankreich, England und China. Die Vereinigten Staaten dürften eine Supermacht bleiben, aber nur eine zweitklassige. Auch sie hätten sich unterzuordnen, sprich, hinter ihren Grenzen zu leben und den Rest der Welt sowjetischem Wohlwollen zu überlassen.

### Unmögliche Pläne

Es ist eindeutig, daß der Westen auf derartige Pläne des Kreml nicht eingehen kann: Eine Moskau sein Vorhaben nicht fallenläßt, wird es in Genf keine Einigung geben. Ein Monopol der Sowjetunion auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen würde, darüber muß man sich im klaren sein, auch die Bundeswehr angesichts der überwältigenden Überlegenheit der Sowjetunion mit Atomwaffen überflüssig machen. (SAD)

## Nitze wartet auf Details aus Moskau

RÜDIGER MONIAC, Bonn  
Am Vorabend der Wiederaufnahme der Genfer Mittelstreckenverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR hat der US-Chefunterhändler Paul Nitze in Bonn mit dem Bundeskanzler und den beiden Ministern für Äußeres und Verteidigung sowie mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel die westliche Position besprochen. Zwischen allen Gesprächspartnern war dem Vernehmen nach klar, daß die Abrüstungsverhandlungen trotz des Abschlusses des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges weitergehen sollen.

Wie aus Kreisen der Bundesregierung verlautete, hat die NATO ihre Verhandlungsposition für die INF-Verhandlungen während der Sommerpause nicht verändert. Nitze, so hieß es, gehe mit „allergrößter Flexibilität“ in die letzte Verhandlungsrunde, die darüber entscheiden wird, ob die USA mit der Zustimmung ihrer NATO-Partner auf deutschem, britischem und italienischem Boden im Dezember die ersten nuklearen Mittelstreckenraketen einsatzbereit machen wird.

Nach engen Konsultationen mit ihren NATO-Verbündeten werden die USA in die neue Genfer Runde mit der Erwartung gehen, daß die Sowjetunion am Verhandlungstisch die öffentlich gemachten Vorschläge des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow erläutern und präzisieren muß. Nach westlicher Ansicht ist dabei entscheidend, was der Moskauer Unterhändler erklären wird, wie sich die Sowjetunion die von Andropow angekündigte Zerstörung von SS-20-Systemen vorstellt und wie dieser Vorgang verifizierbar, also für die Gegenseite überprüfbar sein soll.

Dem Vernehmen nach wollen die USA es vom sowjetischen Verhalten in Genf in dieser Frage abhängig machen, ob sie die westliche Position weiter "konkretisieren". Die NATO will dabei bleiben, daß sie, basierend auf dem Grundsatz gleicher Rechte und Obergrenzen für die beiden Welt-Atomkräfte, zu Reduzierungen auf jeder denkbaren Stufe der Zahl von Sprengköpfen zwischen 450 und 50 oder auch Null bereit ist. Auf die sowjetische Forderung, die britischen und französischen Systeme in die INF-Verhandlungen einzuführen, werden die USA mit dem Einverständnis der Verbündeten aber nicht eingehen.



## DAS RAUHE HAUS

Das Rauhe Haus, 1833 von Johann Hinrich Wichern gegründet, ist ein Zuhause für hilfsbedürftige Kinder und alte Menschen. Am 12. September 1983 kann es sein 150jähriges Jubiläum feiern - ob es seine Aufgaben aus christlicher Verantwortung in Zukunft weiter erfüllen kann, hängt von Ihnen ab.

## Wir brauchen Ihre Hilfe!



Mit Ihrer Spende unterstützen Sie zum Beispiel unsere Altenarbeit. Im Rauhen Haus leben viele alte Menschen, weil sie mit ihrem Leben nicht mehr allein zurechtkommen. Ihre Spende hilft uns auch bei der Jugendarbeit. Im Rauhen Haus werden Kinder und Jugendliche in heil- und sonder-

pädagogischen Heimen sowie in Familienwohngruppen betreut. Ihre Spende kann dazu beitragen, daß das Rauhe Haus auch in Zukunft ein Zuhause für hilfsbedürftige Kinder und alte Menschen ist.

### Helfen Sie uns bitte helfen! Mit Ihrer Spende!

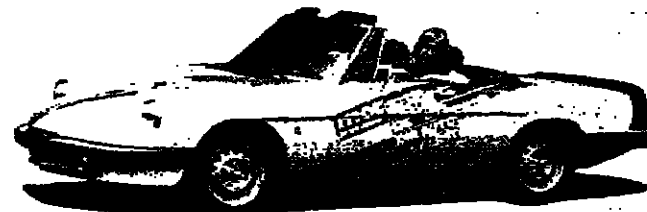
Das Rauhe Haus • Beim Rauhen Hause 21 • 2000 Hamburg 74 • Telefon 040/65 59 11 11

#### Unsere Konten:

• Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Konto-Nr. 1077/241501 • Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel (BLZ 210 602 37), Konto-Nr. 1022403 • Postcheckamt Hamburg (BLZ 200 100 20), Konto-Nr. 5528-204. Spenden für das Rauhe Haus sind steuerlich abzugsfähig!

Bei Beträgen bis zu DM 100,- gilt der Einzahlungsabschnitt als Beleg für das Finanzamt. Bei höheren Beträgen - oder aber auf besonderen Wunsch - stellen wir Ihnen natürlich gerne eine gesonderte Spendenbescheinigung aus.

## TESTEN SIE IHR AUTO SELBST

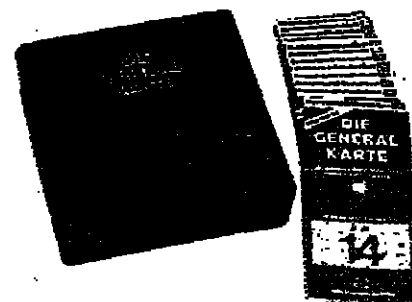


**1. Preis**  
Einen ALFA ROMEO 2.0 SPIDER  
(Wert zirka 27.000 Mark)

**2.-7. Preis**  
Reisen, die man nicht im Reisebüro buchen kann  
Zu interessanten Zentren der Auto-Industrie im In- und Ausland mit Werksbesuchen, Testfahrten sowie Fachgespräche mit Experten. Anreise mit Flugzeug oder Testwagen, Unterbringung in erstklassigen Hotels.



**8.-9. Preis**  
Je ein portables Blaupunkt-Color-Mini-Fernsehgerät  
(Wert zirka 1.400 Mark)



**10.-20. Preis**  
Je eine Deutsche General-Kassette von Mair's  
(Wert 145 Mark)



Machen Sie mit! Es lohnt sich. Attraktive Preise werden unter der Woche und am Wochenende im Zeitschriftenhandel. mot - Die Autozeitschrift. Überall im Zeitschriftenhandel.



RUDErn / Duisburg nur ein Zwischenhoch?

## Dreimal Gold – Ansporn und Belastung für Olympia '84 zugleich

DW, Duisburg. Die Verblüffung ist so groß, daß das Fazit sich so anhört, als traute so recht noch niemand dem plötzlichen Höhenflug. Vielleicht ist es ganz gut so, jetzt nicht auf die Pauke zu hauen und das, was auf der Wedau in Duisburg geschehen ist, in großen Tönen auch für die Olympischen Spiele in Los Angeles anzukündigen. Dreimal Gold im Rudern, einmal Bronze, alles bei einer Weltmeisterschaft, der besten aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland seit 1962, als Karl Adam noch wirkte. Kommt das nicht alles ein Jahr zu früh, ist es zufällige Zwischenstation auf dem Weg nach Olympia? Klaus Harder, Leistungs-sport-Referent im Deutschen Ruderverband (DRV) schwankt zwischen Ja und Nein: „Auf den Rudern wird nun in der nächsten Saison viel Druck liegen. Aber dieser Erfolg wird unsere Mannschaft auch befeuern.“

Die Ursachen dafür, daß hier nach dem Erfolg versucht wird, Überschlag zu vermeiden, steckt in der Skepsis gegenüber den eigenen Organisationsformen, die den allgemeinen Standard kaum festigen, dafür aber Spielraum für immer neue Experimente lassen. Die drei Goldmedaillen sind denn auch Ausdruck völlig unterschiedlicher Arbeitsweise.

Michael Kolbe ist so selbstständig seinen eigenen Weg gegangen, daß sich jeder DRV-Vertreter davor hüten muß, einen Teil der Lorbeers für den Verband pflücken zu wollen. Der jetzt 30 Jahre alte Hamburger reißt sich ein in die großen Persönlichkeiten des deutschen Spitzensports, die nur sich selbst zum Maßstab haben. Schwimmer Michael Groß zum Beispiel ist auch so einer. Und Kolbes Ärger darüber, das zwischen von der Weltelite bevorzugte Rollenausleger-Boot schon für das olympische Jahr zu verbieten, zielt in die Richtung der deutschen Funktionäre: „Während wir hier die Medaillen gewinnen, schlafen die Funktionäre. Mir geht es einfach nicht in den Kopf, wie der größte Ruderverband der Welt es versäumen kann, eine Lobby aufzubauen, die nicht überstimmt werden kann.“ Auf der anderen Seite aber – das ist Kolbe und seine Art, Erfolge vorzubereiten –

sagt der nun viermalige Weltmeister: „Ich muß die Entscheidung hinnehmen. An meinen Olympiaplänen ändert das nichts.“

Der Vierer ohne Steuermann aus Dortmund und Witten hat sich am übermütigsten über den Titel gefreut. Günter Petersmann, ein Schüler von Karl Adam und Trainer von Guido und Volker Grabow, Norbert Kesslau und Jörg Puttitz, hat mit dem Verband auch nicht viel zu tun. Er sagt: „Ich kann nur sagen, es war gut, daß ich keinen Bundestrainer an den Vierer rangelassen habe.“ Nur so nämlich, so der Trainer, „wird gearbeitet und wenig zeredet.“

Der Doppelvierer schließlich feierte doch noch einen Bundestrainer. Albert Hedderich, Raimund Hörmann, Dieter Wiedemann und Michael Dürsch aus Ingelheim und Ulf warfen überglücklich Richard Wecke (42) ins Wasser. Dem ehemaligen Frauen-Trainer war die Verantwortung lediglich für die Skull-Boote (Klner, Doppelvierer, Doppelvierer) übertragen worden. Seine größte Leistung ist, die beiden oft eigensinnigen Skuller Agrikola und Schmelz, die man sich auch in einem Einer-Finale hätte vorstellen können, in ein Boot zu zwingen. Gold und Bronze sind für Wecke ein großer Erfolg, ohne daß jetzt gleich die Aufspaltung der Kräfte als Allheilmittel zu feiern wäre.

Dagegen spricht nämlich die Misere um Achter-Trainer Rainer Kleinschmidt, einem Berliner Jurastudenten, der nur den B-Schein des DRV besitzt. Er kann als Gegenteil dessen gelten, was heute von einem Trainer verlangt wird: ein offener und ehrlicher Partner des Athleten, der gewillt ist, Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Vielleicht verhindert nur die Freude über die Medaillen eine vorzeitige Trennung von Kleinschmidt. An guten Rudern hat es im DRV nie gefehlt. Was fehlte waren Persönlichkeiten, die ihnen auf dem Wege zur Höchstleistung beiseite stehen. Wenn das im DRV als Fazit von Duisburg bleibt, werden die Zweifel darüber geringer, daß die drei Gold- und eine Bronzemedaille auf dem Weg nach Olympia nur Zwischenhoch bedeuten.

## STANDPUNKT / Glückwunsch

Er ist einer der Großen des deutschen Sports – Max Danz aus Kassel, der heute 75 Jahre alt wird. Er war Deutscher Meister über 800 Meter und Studenten-Weltmeister, er war 22 Jahre lang Präsident des Deutschen und Vize-Präsident des Internationalen Leichtathletik-Verbandes, er war Gründungsmitglied des Deutschen Sportbundes (DSB) und der Stiftung Deutsche Sport-telne.

Seine internationale Reputation ist noch immer bedeutend, besonders in der Leichtathletik. Seine vielen Freundschaften, auch über ideologische Grenzen hinweg, ha-

ben dem deutschen Sport beim Wiederaufbau nach dem Krieg sehr oft geholfen.

Er nennt sich selber gern einen Idealisten. Deshalb wohl klappte auch stets die Zusammenarbeit mit Willi Daume. Deshalb wohl konnte der Internist aus Kassel auch ein so diffiziles Gebilde wie den Weltverband der Leichtathleten mit viel Fingerspitzengefühl mitführen. Und wenn heute die Strömungen in diesem Verband mitunter wie Strudel erscheinen, Max Danz vermag sie noch immer richtig zu deuten.

Herzlichen Glückwunsch, Max Danz. K. Bl.

IM BLICKPUNKT / Ein fast unbekannter Weltmeister, ein alter Weltrekordler

## Greg Lemond: „Radfahren kann jeder“

UWE FIBELKORN, Altenrhein. Er ist erst 22 Jahre alt. Aber Greg Lemond, der erste amerikanische Rad-Weltmeister der Straßenprofis, weiß schon, wo es in diesem Geschäft langgeht. Eine Stunde nach seinem Sieg in Altenrhein sprach er über die Konstellation bei seinem Arbeitgeber, dem französischen Renault-Team. Bernard Hinault, der viermalige Tour-Sieger, hat gekündigt. „Er weiß, warum er weggeht“, sagte Lemond. „Hinault will schließlich Kapitän sein, und ich will mich verbessern.“ Nachdem Lemonds Teamkollege Laurent Fignon obendrein in diesem Jahr die Tour gewonnen hat, sind Hinaults Beschäftigungsmöglichkeiten bei Renault überaus eingeschränkt.

Greg Lemond, der junge Mann aus Nevada, der seit zwei Jahren in der Nähe von Brüssel lebt, der mit 18 Jahren Junioren-Weltmeister war und im vorigen Jahr WM-Zweiter bei den Profis, hat mit Hilfe seines Vaters, eines ehemaligen Rennfahrers, seine Karriere sorgfältig aufgebaut. In diesem Jahr verzichtete er auf die Tour de France, um sich nicht zu verschleißen. Er würde das am besten erst 1984 noch so halten und zur Probe erst einmal den Giro d'Italia fahren, doch das geht nun nicht mehr. „Als Weltmeister muß ich zur Tour, schon wegen der Werbewirksamkeit“, sagt Lemond.



Selbstbewußt: Greg Lemond

Ein Amerikaner in Brüssel: „Das ist mein Job. Ich fahre für Geld und damit für mich.“ Freilich erhofft er sich durch seinen Weltmeistertitel eine gewisse Schubwirkung daheim in Amerika. „Radfahren kann doch jeder. Vielleicht wird dieser Sport mit der Zeit in Amerika so populär wie das Laufen.“ Das sind Hoffnungen, aber die will Lemond nicht mit dem Elfer des Pioniers verfolgen. Er wird in erster Linie in Europa Rennen fahren, schließlich ist er Profi beim derzeit weltbesten Team.

## Steve Ovett: Von Rücktritt keine Spur

sid/dpa, Rieti. Was ihm in der vorigen Woche in Koblenz mißlang, schaffte der englische Olympiasieger Steve Ovett nun in Rieti (Italien): Er verbesserte den 1500-m-Weltrekord des Amerikaners Sydney Mearse (3:31,24 Minuten) auf 3:30,77 Minuten. „Steve begrub all jene, die ihn begraben wollten“, schrieb die „Daily Mail“ nach Ovetts Rekordlauf. Denn der 27-jährige Londoner schien seit geraumer Zeit am Ende seiner Lauf-Karriere angelangt zu sein. Vergessen waren die großen Fernduelle mit seinem Landsmann Sebastian Coe aus dem Jahre 1980. Im vorigen Jahr stoppte ihn eine Verletzung, und damit ließ auch sein Start bei den Europameisterschaften in Athen aus. In diesem Jahr klappte es auch bei den Weltmeisterschaften in Helsinki nicht: Ovett wurde über 1500 m nur Vierter.

Ovett sagte denn auch in Rieti: „Nach dem vierten Platz von Helsinki mußte ich eine solche Leistung bringen. Ohne Weltrekord wäre die Saison für mich ein Desaster gewesen.“ In Rieti folgte Ovett 1200 Meter lang dem Amerikaner David Mack, einem 800-m-Läufer der Weltklasse. Mack läßt sich solche Tempomacher-Dienste mit Gagen zwischen 3500 und 5000 Mark honorieren. Bei der 1200-m-Marke war dann Ovett schon schneller als Mearse beim Weltrekordlauf vor einer Woche in Köln. Die



Pokal für Steve Ovett. Fotos AP

letzten 100 Meter legte er in 13,17 Sekunden zurück.

„Hätte der Wind mich nicht behindert, wäre zum ersten Mal eine Zeit unter 3:30 Minuten fällig gewesen“, ärgerte sich Ovett ein wenig. Und dann: „Dieses Ergebnis läßt mich wieder für die Zukunft hoffen. Keiner hat bisher das Letzte von mir gesehen. Wenn ich mein Wintertraining planmäßig abwickle, werde ich im olympischen Sommer noch besser sein.“

FUSSBALL

## Nun auch ohne Bernd Schuster

DW, Frankfurt. Nachts um 1.15 Uhr ging das Telefon, nach dem Gespräch sagte Bundestrainer Jupp Derwall nur: „Uns bleibt auch gar nichts erspart.“ Bernd Schuster hat seine Teilnahme am ersten Fußball-Länderspiel der Saison, morgen in Budapest gegen Ungarn (ab 20.15 Uhr original im 1. Fernsehprogramm), abgesagt. Im spanischen Meisterschaftsspiel des FC Barcelona in Sevilla (1:3) habe er einen Muskelfaser-Anriß in der linken Wade erlitten.

Nach diesem Ausfall muß sich Derwall nun noch mehr auf eine Verletzungsmannschaft stützen. Im Mittelfeld werden Hansi Müller, Wolfgang Rolff und Jürgen Groh aufgezogen. Kurzfristig berief der Bundestrainer noch den 21 Jahre alten Düsseldorf Verteidiger Manfred Bokkenberg in seinen Minikader von 15 Spielern. Derwalls Worte klingen denn auch eher trotzig als überzeugt: „Ich weiß, daß die Mannschaft ein gutes Spiel zeigen und auch gewinnen wird. In Budapest müssen wir eben den Ernstfall proben.“ Der Ernstfall: Das Europameisterschaftsspiel gegen Österreich am 5. Oktober in Gelsenkirchen.

Die Mannschaft für Budapest: Schumacher (2. Halbzeit Burdinski) – Strack – B. Förster, K. H. Förster, Briegel – Groh, Rolff, Müller – Litzbarski, Völter, Meier. – Das Junioren (U 21) spielt heute in Gyöngös ebenfalls gegen Ungarn.

GALOPP / Bilanz der Internationalen Rennwoche von Baden-Baden

## Ärger des Fürsten über die Politiker

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden. Die sportliche Bilanz aus deutscher Sicht war geradezu katastrophal – das finanzielle Resümee aus dem Blickwinkel des Veranstalters bedenklich. Die sechstägige Große Internationale Rennwoche auf der Iffezheimer Galopprennbahn steht an einem Wendepunkt.

Keines der international offenen Rennen der Europa-Gruppenkategorie wurde von einem deutschen Pferd gewonnen. Early siegte im Oettingen-Rennen, Drumalis im Oettingen-Rennen, Gabitai in der Goldenen Peitsche, Water Moccasin im Zukunfts-Rennen, und der Weltklasse-galopper Diamond Shoal deklassierte mit Jockey Steve Cauthen im Sattel die Konkurrenz im Großen Preis von Baden. Es handelte sich ausnahmslos um Pferde, die in England trainiert werden. Mehrfach belegten die Briten sogar die ersten drei oder vier Plätze, von möglichen 850 600 Mark an Rennpreisen gingen 617 000 Mark ins Ausland. Nur ein Rennen der Europa-Gruppenkategorie blieb in Deutschland. Bei Belespris Sieg im Sprint-Rennen waren ausländische Pferde nicht zugelassen.

Die Ursachen für die Misere werden von den Verantwortlichen in den verschiedensten Bereichen gesucht. Carl-Friedrich Fürst zu Oettingen-Wallerstein, der Präsident des veranstaltenden Rennklubs, selbst aber

auch Züchter: „Unserer Pferde sind nicht schlechter als die anderen. Aber die Trainingsbedingungen können nicht mithalten.“ Der Fürst kämpft seit Jahren für eine Verbesserung auf diesem Sektor. Es fehlt an vielem – vor allem an den nötigen Finanzen.

Eher ist da aber schon die Theorie von Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper stichhaltig, der stets die Internationalität predigte: „Die Resultate in den großen Rennen sind das Ergebnis der jahrelangen Abschottung vom internationalen Zuchtmarkt. Es ist die Quittung dafür, daß Importsperrn aufgebaut wurden, die den Schutz der deutschen Zucht sichern sollten. Dabei ist der Anschluß an internationale Blutlinien verpaßt worden.“

Als Entschuldigung muß allerdings berücksichtigt werden, daß die deutschen Pferdezüchter vor allem im Vergleich zu ihren Kollegen in den USA steuerlich keine Vorteile nutzen können. Zumindest einigermaßen tragliche Vergünstigungen sind schon vor Jahren in Deutschland erloschen gestrichen worden. So wird man hierzulande weiter tatenlos zusehen müssen, wenn die Nachrichten von Millionen-Geschäften aus Kentucky nach Deutschland dringen. Mit Aufgewichten für ausländische Starts zu reagieren, wäre dabei ein Mittel, das zur weiteren Isolation führt.

In den letzten Jahren sind inzwischen unzählige deutsche Spitzenstuten für beträchtliche Summen ins Ausland transferiert worden. Die Liste reicht von Adita bis Thila, sie enthält klassische Siegerinnen wie Alaria, Anna Paola, Bravour, Friedrichsruh, Licata, Oraz und Schönbrunn. Wohin es führt, wenn man das beste Zuchtmateriale verkauft und das eingenommene Geld nicht entsprechend investiert, müßte eigentlich auch dem einfältigsten Hinterhofzüchter einleuchten.

Es soll im Landtag von Baden-Württemberg Politiker geben, die vermuten, daß in Iffezheim die Pferde einzeln gegen die Uhr laufen. Das jedenfalls wußte Fürst Oettingen zu berichten. Schlag der Adelsmann im Vorjahr noch moderate Töne an, wenn es um die heikle Frage der Rückvergütung der Rennwettsteuer ging (sie ist hier mit 80 Prozent so niedrig wie in keinem anderen Bundesland), so wurde Durchlaucht jetzt deftiger: „Wir scheuen zur Not auch vor einem Prozeß nicht zurück, wenn nicht bald etwas geschieht.“ Die Politiker sind schon deshalb nicht sonderlich entscheidungsfreudig, weil im Frühjahr 1984 im Musterlande Landtagswahlen anstehen. Vor der Steuerkürzung wurden 1981 bei der Großen Woche 20,4 Millionen Mark an den Totoschaltern umgesetzt, diesmal waren es nur 16,5 Millionen Mark.

Bunge operiert

New York (sid) – Bettina Bunge (20), Achte der Tennis-Weltrangliste, ist in Miami an beiden Ohren operiert worden. Seit Ende 1981 hat die Deutsch-Amerikanerin Hörprobleme und war zuletzt bis zu 50 Prozent taub.

Silber im Schießen

Bukarest (sid) – Werner Reiniger aus Winterbach gewann bei den Europameisterschaften der Sportschützen in Bukarest die Silbermedaille mit der olympischen Schnellfeuerpistole. Der 46 Jahre alte Mechaniker lag mit 597 Ringen hinter dem Russen Igor Fuzirew (596).

Hingsen verletzt

Estepona (dpa) – Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen leidet unter Leistenbeschwerden und muß auf den Mehrkampf-Europacup (8. September in Sofia) verzichten. Das deutsche Team startet mit Wentz, Kratzschmer, Rizzi, Schulze.

Liz Edgar ohne Fehler

Donaueschingen (dpa) – Liz Edgar (England) gewann zum zweitenmal hintereinander den Großen Preis des Reitturniers von Donaueschingen. Mit Everest Forever blieb sie im Sattel ohne Fehler. Zweiter wurde Willi Bettinger aus Münster mit Miß Wüstenfee.

Boxer gestorben

Los Angeles (AP) – Der 20 Jahre alte Mexikaner Kiko Rejines ist an schweren Gehirnerschütterungen gestorben. Rejines hatte am Donnerstag den Boxkampf um den vakanten WM-Titel im Bantamgewicht gegen den Amerikaner Albert Davila durch k. o. verloren.



LEICHTATHLETIK  
Sportfest in Rieti: Männer: 100 m: 1. King (USA) 10,13. – 200 m: 1. Mennae (Italien) 20,22. – 5000 m: 1. Marnede 13:09,92 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Leito (Südde Portugal) 13:14,13. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 47,93. – Weitsprung: 1. Myricks (USA) 8,19.

MOTORSPORT  
1000-km-Rennen in Spa, fünfter von sieben Läufen zur Endurance-Weltmeisterschaft: 1. Jock/Mass (Belgien/Monaco) Porsche 956 5:44:32,32 Stunden (174,250 km/Std.). 2. Bell/Bellor (England/Deutschland) Porsche 956 5:48:01 Min. zur. 3. Fitzpatrick/Hobbs (England) Porsche 956 fünf Rd. zur. – WM-Stand: 1. Ickx 70 Punkte, 2. Wollek (Deutschland) Porsche 956 56, 3. Mass 55.

EISHOCKEY  
Bundesliga, 3. Spieltag: Kaufbeuren – Rosenheim 5:3, Köln – Iserlohn 5:4, Landshut – Freiburg 4:5, Mannheim – Düsseldorf 5:5, Rießersee – Schwenningen 2:7.

TENNIS  
182. US-Meisterschaften in Flushing Meadow, dritte Runde, Herren: McEnroe (USA) – V. van Patten (USA) 6:1, 6:2; 6:1, Lendl (CSSR) – Levine (USA) 6:2, 6:2; Noah (Frankreich) – Korita (USA) 5:7, 6:2, 6:3, 6:4; Wilander (Schweden) – Acuna (Chile) 6:4, 7:5; 6:1, Arias (USA) – Ocleppo (Italien) 7:6, 6:1; Kriek (USA) – Tanner (USA) 6:7, 3:6, 7:6, 7:6; 6:3, 6:4, 6:3, 6:4; Nyström (Schweden) – Warwick (Australien) 6:4, 6:3, 6:3; Gomez (Ecuador) – Denton (USA) 6:3, 6:4, 6:4.

GEWINNZAHLEN  
Anzahlwette „6 aus 45“: 9, 29, 37, 39, 41, 45. Zusatzspiel: 17 (ohne Gewähr).

# Zukunftsorientierte Nachrichtentechnik hat jetzt einen neuen Namen.

Bisher waren unsere Produkte unter dem Warenzeichen TELEFUNKEN bekannt. Von nun an werden sie einen neuen Namen tragen: ANT.

Die ANT Nachrichtentechnik in Backnang entwickelt, fertigt und liefert:

Multiplexeinrichtungen, Fernmeldekabelanlagen, Richtfunksysteme, Nachrichtensatelliten und Bodenstationen, Kommunikationssysteme, Elektroakustik-Systeme.



**ANT**  
Nachrichtentechnik

ANT  
Nachrichtentechnik GmbH  
Gerberstraße 33  
D-7150 Backnang  
Telefon (0 7191) 13-1  
Telex 7-24 406-0



## Hubschrauber für Militärsplionage mißbraucht

rmc. Bonn  
Seit mehreren Monaten haben Unbekannte von Hubschraubern aus versucht, militärische Anlagen der Bundeswehr auszukundschaften und zu fotografieren. Ein entsprechender Bericht der Zeitung „Bild am Sonntag“ ist gestern vom Bundesverteidigungsministerium bestätigt worden.

Danach wurden in jüngster Zeit in zahlreichen Fällen beobachtet, daß Hubschrauber zum Teil mit verklebten Kennzeichen auffällig lange in der Nähe von Kasernen flogen. Das Ministerium schloß nicht aus, daß die beobachteten Aktivitäten der Unbekannten einen „nachrichtendienstlichen Hintergrund“ haben könnten. Zu diesem Schluß kamen die Fachleute aufgrund der Häufigkeit der beobachteten Vorfälle und der deswegen vermuteten Steuerung und Systematik.

Die Verantwortlichen in den Kasernen der Bundeswehr sind angehalten worden, verdächtige Hubschrauberflüge unverzüglich an die zuständigen Stellen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und der Polizei zu melden. Die Verfolgung der Unbekannten erweist sich dem Vernehmen nach als schwierig, da sich jeder Inhaber einer Hubschrauberlizenz relativ leicht eine Maschine mieten und unkontrolliert benutzen kann.

## „Jugoslawiens politische Bürokratie klammert sich an ihr Machtmonopol“

Professor Zupanov analysiert die Krise des Systems und regt eine Demokratisierung an

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad  
In Jugoslawien ist seit Wochen eine heftige politische Diskussion um die Notwendigkeit einer Reform des politischen Systems entbrannt. So hat einer der führenden Soziologen des Landes, der Zagreber Universitätsprofessor Josip Zupanov, zu einer „inneren Regeneration und Demokratisierung“ der kommunistischen Partei aufgerufen und gleichzeitig gefordert, daß die gegensätzlichen Gruppen der obersten Führung sowohl des Gesamtstaats wie der Teilrepubliken ihre „gegenseitige innere Blockade“ sowie ihre Machtkämpfe beenden sollen.

Das Überleben der politischen Bürokratie in Jugoslawien, so formuliert Zupanov in einem Interview für das Zagreber Nachrichtenmagazin „Danas“, sei nur durch die Aufrechterhaltung ihres ideologischen und machtpolitischen Monopols möglich. Gehe dieses Monopol verloren, sei auch die Macht verloren. Zupanov spricht von einer „Krise“ des jugoslawischen Systems.

„Für mich bedeutet Krise, daß das System schlecht funktioniert“, erklärt der Zagreber Professor. Die gegenwärtige Krise könne jahrzehntelang andauern, weil das System nicht völlig zusammenbrechen müsse. Denn: „Anders als biologische Systeme sind soziale Systeme fähig, mit einem hohen Maß an Desorganisation zu überleben.“

Für Jugoslawien kann es nach Meinung Zupanovs „keine Verbesserung geben, wenn nicht Dinge, die über die Wirtschaft hinausgehen, geändert werden“. Um etwa die sehr niedrige Arbeitsproduktivität zu erhöhen, empfiehlt er eine „moralische Regeneration“ anstelle von administrativen Maßnahmen. So hätten die Austeritätsmaßnahmen der jugoslawischen Bundesregierung im Herbst 1982 das Land nach Meinung des Professors „keinen Millimeter“ weiter vorwärts gebracht.

Eine der Ursachen für die jugoslawische Krise sieht der prominente Soziologe darin, daß in Jugoslawien „keiner dem anderen glaube oder vertraue“. Eine Wirtschaft und eine Gesellschaft könnten aber ohne Vertrauen nicht funktionieren. Zupanov: „Auch eine Marktwirtschaft kann nicht ohne Vertrauen funktionieren. Auch in ihr müssen gewisse moralische Normen respektiert werden, denn sie ist nicht der Wilde Westen, keine Anarchie oder keine Straßenträuferei, wie manche Leute meinen.“

Viele jugoslawische Experten und Wissenschaftler seien aus dem Lande emigriert, weil man sie von wissenschaftlichen Informationen aus dem

Ausland „abgeschnitten“ habe. „Wenn Sie den Mut haben“, fordert Zupanov die Journalisten des Zagreber Magazins auf, „dann schreiben Sie bitte, daß die Informationsblockade das Schlimmste ist, was wir angerichtet haben.“ Mit Ironie geißelt der Zagreber Professor dann den Versuch, in Jugoslawien eine „neue Wissenschaft“ zu schaffen, die alles mit „Schekklappen“ betrachte, was im Westen vorgehe. „Wir sind dabei, uns zu isolieren und uns in eine intellektuelle Provinz zu verwandeln“, wertet der Soziologe. Wenn man erst Menschen herangezogen habe, die „niemals etwas gelesen hätten“, sei es zu spät – denn solche Leute würden nicht mehr instande sein, irgendwelche Informationen aufzunehmen, selbst wenn man sie ins Ausland reisen lasse.

Wenn die kommunistische politische Bürokratie die herrschende Elite des Westens zum Vorbild nehmen würde, so Zupanov, und wenn sie folglich das wissenschaftliche Establishment in ihre eigenen Reihen aufnähme, dann müßte sie um ihr ideologisches Monopol fürchten. Die politische Bürokratie fürchte aber die Konkurrenz der Wissenschaftler, weil sie die Macht total in ihren Händen halten wolle.

## „Newsweek“: Warum Begin zurücktrat

SADDW, New York

Der für Mitte vergangener Woche geplante Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel hat möglicherweise den Rücktrittsentscheid des israelischen Premierministers Menachem Begin beschleunigt. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ berichtet in seiner jüngsten Ausgabe, obgleich Begin die Einladung selber ausgesprochen habe, um Israels internationale Beziehungen zu verbessern, habe er sich „nicht damit abfinden können“, einen deutschen Staatsmann empfangen zu müssen.

„Mitarbeiter“, so heißt es in dem Magazin, „versuchten Begin mit dem Hinweis zu beruhigen, daß Kohl bei Ende des Zweiten Weltkriegs erst 15 Jahre alt war und so nichts mit der Kriegsmaschinerie der Nazis zu tun hatte. Engen Freunden gegenüber sagte Begin jedoch, daß er bei Begrüßung Kohls am Ben-Gurion-Flughafen der deutschen Nationalhymne zuhören müsse, die nach der gleichen Melodie wie die Nazi-Hymne „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wird.“

Von israelischer Seite war offiziell versichert worden, für den Rücktritt des Ministerpräsidenten gebe es keine außenpolitischen Gründe. Ein Zusammenhang mit der beabsichtigten Israel-Reise des Bundeskanzlers wurde ebenfalls bestritten.

## Arzneikosten: Wird Negativliste erweitert?

„Nicht mehr jedes Wehwehchen kann bezahlt werden“

PETER JENTSCH, Bonn

Angesichts der „exorbitant gestiegenen Arzneimittelausgaben“ der gesetzlichen Krankenkassen „spielt die Bundesregierung mit dem Gedanken, die sogenannte „Negativliste“ zu erweitern. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Heinrich Franke (CDU), sagte der WELT: „Ich schließe nicht aus, daß noch mehr Medikamente, die unter dem Begriff Bagatell-Arzneimittel einzuordnen sind, aus der allgemeinen Versorgung, aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen ausgenommen werden. Angesichts der Kosten kann nicht mehr jedes Wehwehchen durch die Solidargemeinschaft der Versicherten bezahlt werden.“

Erste Erfahrungen mit der Negativliste sprechen für ihren Erfolg. Seit ihrer Wirksamkeit im Januar dieses Jahres hat die gesetzliche Krankenversicherung rund 30 Millionen Mark gespart (zwei Quartale 1983). Seit Januar dürfen Arzneimittel zur Behandlung von Schnupfen, Husten und grippalen Infekten, Abführmitteln, Mund- und Rachenheilmitteln und Mittel gegen Reisekrankheiten nicht mehr auf Kosten der Krankenkassen abgegeben werden. Die gesetzlichen Krankenkassen gehen

nach Auskunft des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) davon aus, daß sie allein 1983 Kosten in Höhe von 200 bis 300 Millionen Mark auf diesem Wege einsparen werden.

Demgegenüber steht eine erhebliche Steigerung der Arzneimittelpreise. Der BdO: „Die Arzneimittelpreise der kostenverdrängenden Spitzenreiter aller Leistungsausgaben der Krankenversicherung.“ Und in der Tat: Die Kosten der Krankenkassen für Arzneimittel aus Apotheken stiegen im ersten Halbjahr 1983 um 7,3 Prozent.

Und das, obwohl die konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen eine Beschränkung der einzelnen Leistungsausgaben der Kassen auf die Entwicklung der Grundlohnsumme, also auf 3,5 Prozent, empfohlen hatte. Zum Vergleich: Die anderen Leistungsbereiche: Die Aufwendungen für die ambulante ärztliche Behandlung stiegen um drei Prozent, für Zahnärzte um 3,4 Prozent, für Zahnersatz fielen die Aufwendungen um 13,7 Prozent, für die stationäre Behandlung im Krankenhaus stiegen sie um 5,6 Prozent.

„Während also alle anderen Leistungsanbieter“, so die Kassen, „sich kostenbewußt verhalten, laufen die Arzneimittelhersteller aus dem Ruder.“

## Wollen die USA den Sowjets Brücke bauen?

Fortsetzung von Seite 1

sich der Kommandeur der sowjetischen Luftabwehr zu dem Vorfall geäußert hat, betrachtet das Weiße Haus als möglicherweise bedeutsame Entwicklung. Offenbar soll die zivile Führungsgruppe um Andropow von den Aktionen der Militärs abgehoben werden. Indiskretionen, wonach Partei- und Staatschef Andropow zum Zeitpunkt des Abschusses der koreanischen Maschine außerhalb Moskau gewesen und erst jetzt in die Hauptstadt zurückgekehrt sei, um die sowjetischen Reaktionen zu koordinieren, bestärken das Weiße Haus in dieser Ansicht.

Der US-Aufklärer RC-135 befand sich nach amerikanischer Darstellung auf einer „Routinemission“ entlang der Halbinsel Kamtschatka und der Kurilen-Inselkette. Seine Flugbahn führte ihn zu keinem Zeitpunkt in sowjetischen Luftraum. Er kam an einem Punkt bis auf 75 Meilen an die koreanische Maschine heran, kreuzte deren Flugbahn in 300 Meilen Entfernung und war über 1600 Kilometer entfernt, nahe Kamtschatka, als die KAL-Maschine schließlich abgeschossen wurde.

Aufklärungsmissionen am Rande dieses Teilgebiets der Sowjetunion dienen der Sammlung von Testdaten, da die Kamtschatka-Halbinsel ein Zielgebiet der sowjetischen Flugversuche mit Interkontinental-Raketen darstellt. Mit den routinemäßigen Flügen soll die Einhaltung der Rüstungskontrollabkommen SALT I und SALT II überprüft werden. Diese „Überwachung mit nationalen technischen Mitteln“ steht beiden Supermächten laut Vertragsabsprache ausdrücklich zu.

Die amerikanischen Aufklärungsfüge finden häufig parallel zum sowjetischen Hoheitsgebiet statt, wenn nicht innerhalb desselben.

## Kohl billigt Haltung der Minister im Fall Altun

Kanzler rügt aber Behördenduell nach dem Selbstmord

MANFRED SCHELL, Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl ist in dem Parteienstreit um den Todesfall des türkischen Asylbewerbers Altun zu der Meinung gelangt, daß sich kein Mitglied der Bundesregierung eines Fehlverhaltens schuldig gemacht hat.

Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, sowohl Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) als auch der federführende Bundesjustizminister Engelhard (FDP) hätten sich bei ihren Empfehlungen, Altun an die türkischen Behörden auszuliefern, an den rechtlichen Bestimmungen orientiert. Freilich hat Kohl mißfallen, wie sich die beiden Minister verhalten haben, nachdem Altun vor der Verhandlung über sein Asylbegehren vor dem Berliner Verwaltungsgericht durch einen Sturz aus dem Fenster Selbstmord begangen hat. Mit Briefen, die Pressevertretern zugespielt wurden, sollte der Eindruck entstehen, der eine Minister habe mehr als der andere die Auslieferung des Türken verlangt.

Zunächst war ein Schreiben Zimmermanns vom 21. Juli 1983 bekannt geworden, in dem er an Engelhard schrieb: „Im Interesse der Fortführung einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf politischem Gebiet, aber auch im Interesse der Glaubwürdigkeit des Asylverfahrens mit der Türkei insgesamt, bitte ich Sie, die Bewilligungsentscheidung vom 21. Februar 1983 für vollziehbar zu erklären.“ Am gleichen Tag hatte Engelhard einen Brief an Bundesaußenminister Gen-

schker geschickt und darin eine ausführliche rechtliche Begründung geschrieben: „Aus der Sicht des Bundesministers der Justiz bestehen gegen einen Vollzug der Auslieferung keine Bedenken mehr.“ Die Gefahr, daß Altun in der Türkei die Todesstrafe erhalte, sei nicht gegeben. Bundesaußenminister Genscher wollte vor einer Entscheidung über die Auslieferung von Altun das Gerichtsverfahren in Berlin abwarten. Inzwischen ist ein zweiter Brief von Bundesjustizminister Engelhard bekannt geworden. Unter dem Datum 29. Juli 1983 schreibt er unter anderem an Zimmermann, er sei bemüht, im Einvernehmen mit Genscher die Auslieferungsangelegenheit Altun bald einer Lösung zuzuführen. Der Bundeskanzler, wo die Grünen die Entlassung Zimmermanns beantragt haben, wird sich am Donnerstag mit den Vorgängen befassen.

p. p. Bonn  
Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern während ihrer Klausurtagung beschlossen, am Donnerstag im Plenum die Entlassung von Justizminister Engelhard und Innenminister Zimmermann zu beantragen. Die Sozialdemokraten wollen darüber nachdenklich abstimmen lassen. Während der rund 90minütigen Diskussion in der Fraktion zu diesem Thema war die Rede von einem „un glaublichen Vorgehen“ der beiden Minister, die im Fall Altun das gute Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Türkei gefährdeten. „türkischer Sicherheitsstellen“ für wichtiger als das Asylrecht genommen hätten.



# Den Ford Sierra können Sie jetzt so gründlich testen wie Sie wollen.

Nichts überzeugt mehr als die eigene Erfahrung. Starten Sie deshalb zur Testfahrt im Ford Sierra. Der Schlüssel steckt.

# Bei Ihrem Ford-Händler.





## Saisonbereinigte Zahlen

ed. - Unsere Konjunktur kräftigt sich. Das lässt sich auch an den Zahlen der Wiesbadener Bundesstatistik mit einem gewissen "time lag" erkennen. Noch deutlicher wird das Wirtschaftswachstum, wenn man nicht nach Wiesbadener Methode Vorjahresvergleiche anstellt, sondern die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit saisonbereinigten Zahlen von Quartal zu Quartal misst. Dann kommt man nach Berechnung der Bundesbank bereits für das erste Quartal zu einem Wachstum von einem halben Prozent, und im zweiten Quartal dürfte die Marke von einem Prozent vermutlich überschritten worden sein. Damit kommt die Bundesrepublik zwar nicht annähernd an die Traumwachstumsraten der USA heran. Aber immerhin: Der Aufwärtstrend hat sich deutlich verstärkt.

Nicht überbewerten sollte man freilich den starken Anstieg der Nachfrage nach Ausstattungsgegenständen, über den das Statistische Bundesamt berichtet. So schön, wie es das Plus von 9,8 Prozent erscheinen lässt, sieht es bei den Investitionen nun auch wieder anders aus. Darin spiegelt sich vor allem, daß Güter, die von der Investitionslage begünstigt, um die Jahreswende bestellt wurden, noch vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeliefert wurden. So gab es denn im Juli auch ein kleines Loch in der Produktion.

Trotz dieses Wassers im Wein kann man auch für die zweite Jahreshälfte mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum rechnen. Die Auftrags-eingänge im Juli - die Zahlen werden in Kürze bekanntgegeben - sollen dies bestätigen. Auch die Auslandsnachfrage bessert sich. Natürlich wirkt sich das noch nicht auf den Arbeitsmarkt aus. Doch auch mit ungeduldrigen Rufen nach staatlichen Maßnahmen ist da nichts zu erreichen.

## Selbstzufrieden

J. Sch. (Paris) - Die deutsch-französische Handelskammer in Paris scheint ihre Taktik geändert zu haben. Während sie in der Zeit des raschen gestiegenen deutschen Frankreich-Exports immer wieder zu Recht oder Unrecht den Pariser Protektionismus beklagt hatte, übt sie sich jetzt, nachdem dieser Export zum erstenmal seit vielen Jahren real zurückgegangen ist, in großer Zurückhaltung. Im Grunde könnte die deutsche Wirtschaft mit ihrem Frankreichgeschäft auch während der ersten Hälfte dieses Jahres „recht zufrieden“ sein. Aber im zweiten Quartal kam es zu einem unerwartet starken Exporteinbruch, der das Handelsbilanzdefizit mit der Bundesrepublik beträchtlich schrumpfen ließ. Dies ist die Folge davon, daß die letzte Franc-Abwertung gegenüber der D-Mark die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Frankreich verminderte. Dieses Zwischenergebnis ist vielleicht den politischen Beziehungen zwischen Bonn und Paris dienlich - wirtschaftlich befriedigend ist es keinesfalls.

## Worauf kann man bauen?

Von PETER GILLIES

Satte Zuwachsraten bestimmen das aktuelle Geschehen im Wohnungsbau. Vieles spricht dafür, daß sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in diesem und im nächsten Jahr deutlich über den Negativrekord des Vorjahres erhebt. Die erwartete Bauhau steigt sich vor allem aus zwei Quellen: dem Rückgang der Zinsen (die jetzt leider wieder anziehen) und den staatlichen Subventionen.

Was aber geschieht, wenn das mit der zweifelhaften Investitionshilfsabgabe geschränkte Strohhalm verknüpft? Vereinzelt, aber doch immer deutlicher wird von der Regierung jene ordnungspolitische Wegweisung erwartet, die sie selbst angekündigt. Investitionen im Wohnungsbau unterliegen besonderen Gesetzen. Ein langer Vorlauf zwischen Bauentscheid und Fertigstellung bedingt Klarheit, Stetigkeit und damit Verlässlichkeit.

Man mag einwenden, noch jede Bundesregierung hat es daran fehlen lassen und ihre Wohnungspolitik kurzfristigen konjunkturellen Motiven untergeordnet. Aber der Wählerauftrag dieser Regierung geht in die andere Richtung: Versorgung nach Marktesetzen ohne Vernachlässigung der Hilfe wirklich Bedürftiger. Einige besonders pflügend scheinende Drehungen an Steuer- und Subventionschrauben ersetzen ordnungspolitische Verlässlichkeit nicht.

Vor allem der sogenannte soziale Wohnungsbau mit seinen teilweise grotesken Verzerrungen braucht die Marktkräfte. Wirtschaftspolitisch geht es darum, herauszufinden, ob es wichtiger ist, mehr Schlafplätze oder mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wie Herbert Giersch es formulierte. Gewiß muß auch die Position der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, ihr Steuerprivileg und ihre Bestandspolitik neu definiert werden.

Ein Mangel an Wohnraum herrscht nicht mehr, allenfalls eine Nachfrage nach marktwidrig hervorgerufenem Wohnraum. Es war schon fragwürdig, wie diese Bundesregierung mit einem neuen Milliardenstoß die Fehlleitung in den Wohnungsbau erhöhte, wo diese Kapitalströme dringender in industriellen Anlagen gebraucht werden. Lockerungen der Mietregulierung trugen dazu bei, die falsche Verteilung des Wohnungsbestandes zu korrigieren.

Viel zu stark ist der Neubau auf die Steuer fixiert. Das gilt für „kleine“ Eigenheimer wie für Bauherrenmo-

delle. Besonders muß dabei zu denken geben, was eine Analyse des Bundesministeriums ergab: Der kleine HILS-lebender, der wenig spart und sich krummlegt, erhält die geringste Unterstützung des Staates, der einkommensstarke Bauherr mit nicht selten windigen Konstruktionen die höchste.

Der großzügige Schuldzinsensatz für Eigenheimer läuft für Banten, die bis Ende 1986 fertiggestellt sind, aus. Angesichts der langen Produktionszeiten und schleppender parlamentarischer Verhandlung sind deshalb schon jetzt Klarstellungen nötig, wie künftig der Hausbesitz besteuert werden soll. Da man den Bauherrenmodellen weitgehend ihre Attraktivität genommen hat, fiele auch diese Nachfrage weitgehend aus.

Die Frage nach den künftigen Daten, die der Staat auf diesem wichtigen Markt zu setzen gedankt, muß heute beantwortet werden. Gerade das Steuerrecht steckt voller Kuriositäten. Ein Beispiel steht für viele: Zur Zeit wird beim Eigenheimer der Nutzungswert der eigenen Wohnung besteuert. Der Picasso an der Wand, der Goldschmuck im Tresor oder das Sportflugzeug können steuerfrei genossen werden, die Wohnung nicht.

Daran schließen sich weitere Fragen. Soll die Wohnung steuerlich wie ein Konsumgut oder wie eine Investition behandelt werden? Der Streit darüber tobt mit zahlreichen Varianten. Durch welche Regelung soll die Abschreibung nach Paragraph 7 b abgelöst, wie die Kinderzahl berücksichtigt werden? In der Union wird sogar erwogen, den Wohnungsbau in Ballungsgebieten durch regionale Subvention gegenüber dem ländlichen Raum zu fördern.

Aber die Wohnungs-, Familien- und andere Politiker mögen noch so viel Kluges entwerfen, ohne die Zustimmung des Finanzministers läuft nichts von alledem. Da Subventionserhöhungen - ob man sie als Bonus-, Zins- oder Steuerpräferenz ausgibt - in der jetzigen Lage nicht nur ausschneiden, sondern ihr Abbau nötig ist, muß sich die Regierung zuvor der Kernfrage stellen. Sie lautet: Kann, darf der Staat bei dem sehr hohen (wenn auch nur statistisch erfaßbaren) Wohnkomfort überhaupt noch Steuergeld in den Wohnungsbau lenken, und - wenn ja - wo erzielt er den größten Effekt für die Eigentumsbildung, für die Mieter, die Familien und die soziale Gerechtigkeit.

## WELTWIRTSCHAFT / Erholung bringt noch keine Problemlösung

# Das Gatt plädiert für Initiativen zur Liberalisierung des Handels

Eine Erholung der Weltwirtschaft konstatiert jetzt das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt). Auch im Weltmarkt sei die Talfahrt, die bis Ende vergangenen Jahres angehalten hatte, von einem leichten Umschwung abgelöst worden. Sowohl für die weltweite Produktion als auch für den internationalen Warenverkehr könne jedoch nicht mit einem Aufschwung gerechnet werden, der dem früheren vergleichbarer Perioden entspreche. Das Gatt-Sekretariat in Genf plädiert für neue Initiativen zur Liberalisierung des Welt Handels.

Die Experten des Gatt wiesen in einer Studie über den Weltmarkt darauf hin, daß von einer Erholung, selbst wenn sie sich weltweit durchsetzen sollte, nicht eine Lösung der Probleme wie Kapitalknappheit, internationale Verschuldung und Protektionismus erwartet werden könne. Allerdings verbesserten sich im Zuge eines Aufschwungs die Aussichten, eine Politik einzuleiten, um die Verwerfungen zu beseitigen. Sollte diese Chance nicht genutzt werden, so sagt das Gatt für den nächsten zyklischen Abschwung einen sehr viel stärkeren Einbruch als diesmal voraus.

Die weltweite Stagnation der Jahre 1980 und 1981 mündete 1982 nach Angaben des Gatt in eine scharfe Rezession. Die Weltproduktion sei um zwei Prozent gesunken. Dies sei der erste Rückgang seit 1975 gewesen, als ein Minus von einem Prozent registriert wurde. Lediglich die Agrarproduktion sei noch um zwei Prozent gestiegen.

Während die Produktion in den westlichen Industriestaaten um 0,5 Prozent gefallen sei, habe der Ost-

HANS-J. MAHNKE, Bonn

nur noch bei 4,5 Prozent gelegen. Dieses sei der geringste Anstieg seit der ersten Hälfte 1972. Zum dritten Mal nach dem Kriege wurde 1982 von den Gatt-Experten ein Rückgang des Welthandelsvolumens registriert, und zwar um zwei Prozent. Mehr noch: Wird die Zeit seit 1980 betrachtet, so präsentierte sich der Weltmarkt in der schlimmsten Verfassung seit 35 Jahren. Da das Handelsvolumen bis Ende vergangenen Jahres zurückgegangen sei, habe der Umschwung auf einem niedrigen Niveau stattgefunden. Um den Stand des Vorjahres im Jahresdurchschnitt wieder zu erreichen, müsse der Warenaustausch in der zweiten Jahreshälfte 1983 um zwei Prozent zunehmen, was die Gatt-Experten für erreichbar halten.

Das Gatt warnt davor, mit einer ähnlichen Erholung wie nach der Rezession von 1975 zu rechnen. Der Mechanismus, mit dem nationale Aufschwünge weitergegeben würden, funktionierte nicht mehr so. Höhere Erlöse aufgrund gesteigerter Rohstoffpreise benötigten viele Staaten für den Schuldendienst, sie würden nicht in höhere Importe umgesetzt. Wegen der Unsicherheit über die Dauer des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten und über die künftige Handelspolitik würden die gestiegenen Exporte nicht von entsprechenden Investitionen begleitet. Damit falle ein wichtiger Impuls für den Warenaustausch aus.

Die Arbeitslosenquote habe sich in den Industriestaaten in der ersten Jahreshälfte bei rund neun Prozent stabilisiert, nachdem sie im vergangenen Jahr besonders stark zugenommen habe. 1981 lag sie zum Vergleich bei 8,5 Prozent. Erhebliche Erfolge seien im Kampf gegen die Inflation erzielt worden. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres habe der Preisauftrieb in den sieben wichtigsten Industriestaaten, verglichen mit der gleichen Zeit 1982,

rückhaltend. Im ersten Halbjahr waren sie die größten Umsatztäger im innerdeutschen Handel.

Übereinstimmend wird von den westlichen Ausstellern erwartet, daß Ost-Berlin im Großanlagenbau seinen „harten Kurs“ des Investitionsstopps bis zum neuen Fünfjahresplan 1986 fortsetzen wird. Für das Anlagegeschäft sind daher auf der Herbstmesse keine größeren Projekte zu erwarten. Im Gespräch bleiben jedoch Erhaltungssubventionen und die Modernisierung von Fabriken. Hier sieht Giesecke Möglichkeiten für mittelständische Speziallieferanten im Kleinanlagenbau mit Maschinen und Apparaten.

Im kurzfristigen Geschäft sei bislang kein Durchbruch gelungen. „Auch die Banken im westlichen Ausland behalten den Fuß auf der Kreditbremse“, ermittelte Giesecke. Auf der Herbstmesse sind diesmal rund 50 westliche Banken vertreten.

## AUF EIN WORT



„Bei dem stets vorhandenen Vorteil der Produzenten in Fernost bei den Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten kann der Weg zur eigenen Fertigung von Videorecordern in Europa - und ich meine mit Fertigung nicht nur ein Endzusammenbau mit geringster Wertschöpfung - nur in brutalster Automation bestehen.“

Dr. Max Grundig, Vorstandsvorsitzender der Max-Grundig-Stiftung, FÜRCHINGEN  
FOTO: JUPP DÄRCHINGER

## Investitionen bleiben schwach

Sbt, Washington  
Trotz des bisher kräftigen Konjunkturaufschwungs bleibt das Investitionsbild in den USA gemessen an den wirklichen Aufwendungen, grau getönt. Wie das Conference Board, das 4000 Unternehmen als Mitglieder zählt, in New York mitteilte, haben Amerikas 1000 größte Unternehmen ihre Ausgaben im zweiten Quartal 1983 um 0,8 Prozent gekürzt. Klammert man die Mineralindustrie aus, betrug das Plus mager 0,2 Prozent. Für 1983 sagt das Board einen Rückgang um zwölf (Mineral: minus 23, übrige Firmen: minus sieben) Prozent voraus.

## LEIPZIGER MESSE

# Aussteller berichten über Geschäfte in Konsumgütern

PETER WERTZ, Leipzig

In Leipzig hat das Messegeschäft zwar rascher als erwartet begonnen, es entwickelt sich aber je nach Branche unterschiedlich. Im Konsumgüterbereich berichten Aussteller schon über Abschlüsse bei Textilien und Bekleidung. Einkäufer der westdeutschen Warenhäuser und des Versandhandels verhandelten ebenfalls über Bezüge. Hier werden harte Verhandlungen über Preise, Liefertermine und Qualität erwartet.

Wie Helmut Giesecke, Leiter der Außenwirtschaftsabteilung des Deutschen Industrie- und Handelsstages (DIHT), mitteilte, sind dies die ersten ermittelten Messetrends in Leipzig. Offensichtlich versuche die „DDR“, den hohen Negativsaldo im innerdeutschen Handel durch größere Lieferungen auszugleichen. Es sei aber fraglich, ob dies gelinge, meinte Giesecke. Bei Chemie und Stahl disponiere die „DDR“, wie erwartet, zu-

rückhaltend. Im ersten Halbjahr waren sie die größten Umsatztäger im innerdeutschen Handel.

Übereinstimmend wird von den westlichen Ausstellern erwartet, daß Ost-Berlin im Großanlagenbau seinen „harten Kurs“ des Investitionsstopps bis zum neuen Fünfjahresplan 1986 fortsetzen wird. Für das Anlagegeschäft sind daher auf der Herbstmesse keine größeren Projekte zu erwarten. Im Gespräch bleiben jedoch Erhaltungssubventionen und die Modernisierung von Fabriken. Hier sieht Giesecke Möglichkeiten für mittelständische Speziallieferanten im Kleinanlagenbau mit Maschinen und Apparaten.

Im kurzfristigen Geschäft sei bislang kein Durchbruch gelungen. „Auch die Banken im westlichen Ausland behalten den Fuß auf der Kreditbremse“, ermittelte Giesecke. Auf der Herbstmesse sind diesmal rund 50 westliche Banken vertreten.

## STAHLHANDEL

# Schwellenländer verdrängen die Europäer vom US-Markt

H.A. SIEBERT, Washington

Der Stahltritt, der jahrelang die handelspolitischen Beziehungen zwischen der EG und den USA belastete und nur knapp an einem Zollkrieg vorbeiführte, entwickelt sich immer mehr zu einem Trauerspiel: Als die eigentlichen Bösewichte entpuppten sich Kanada und die Schwellenländer der Südkorea, Taiwan, Mexiko, Brasilien und Argentinien. Sie sind dabei, die Westeuropäer und Japaner vom amerikanischen Markt zu verdrängen - mit Hilfe niedriger Löhne und staatlicher Subventionen. Geprellt müssen sich die EG-Firmen fühlen, die im vergangenen Herbst „freiwilligen“ Exportquoten zustimmten.

Nach Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts und des Verbandes der Stahlimporteure haben die USA in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 8,6 Millionen

Net Tons Stahl importiert, verglichen mit 10,5 Millionen Tonnen in der gleichen Zeitperiode 1982. Der Rückgang betrug 18,2 Prozent. Blickt man jedoch genauer hin, dann haben Westeuropa und Japan die Zehne bezahlt, während inzwischen die anderen Staaten mehr als die Hälfte des Auslandsstahls liefern.

Im einzelnen entwickelten sich die US-Stahleinfuhren von Januar bis Juli wie folgt: Die Lieferungen der EG sanken um 41,5 Prozent von 3,55 auf 2,08 Millionen Tonnen, wobei die mengenmäßigen Beschränkungen als Bremse wirkten. Ebenfalls freiwillig drosselten die Japaner ihre Exporte um 39,3 Prozent von 3,44 auf 2,09 Millionen Tonnen. Dagegen stiegen die USA ihre Bezüge aus Kanada um 19,1 Prozent von 1,11 auf 1,32 und den Schwellenländern sogar um 28,7 Prozent von 2,42 auf 3,12 Millionen Tonnen.

## CHEMISCHE INDUSTRIE

# Ökonomische Durststrecke geht offenbar zu Ende

INGE ADHAM, Frankfurt

Bei insgesamt stabilen Preisen hat die chemische Industrie im ersten Halbjahr dieses Jahres Produktion und Umsatz gesteigert. Damit ist nach Einschätzung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Wiesbaden, ein „Ende der ökonomischen Durststrecke“ in der Chemie abzusehen. Nachdem bereits im zweiten Quartal dieses Jahres die Chemie ihre Produktion gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 4,6 Prozent gesteigert hat, signalisierte das in diesem Jahr wenig ausgeprägte Sommerloch ein noch höheres Produktionsplus für das dritte Quartal. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß das dritte Quartal des Vorjahres besonders schwach war.

Insgesamt nahm die Chemieproduktion nach den jetzt vorgelegten Zahlen im ersten Halbjahr dieses Jahres nach einer dreijährigen Schwächephase wieder um 2,5 Prozent zu. Das sorgte für bessere Kapazitätsauslastung und über die damit verbundene Degression der Fixkosten auch wieder für bessere Erträge. Der Chemieumsatz stieg in der gleichen Zeit um 2,7 Prozent auf 62,5 Mrd. DM. Dafür sorgte vor allem steigender Mengenabsatz, betonten die Chemiearbeitgeber, denn bei Preisabschlüssen für Düngemittel und organische Grundstoffe und Preiserhöhungen in den konsumnahen Bereichen blieb der Erzeugerpreis-Index mit einem Rückgang von 0,1 Prozent stabil.

Während zu Jahresbeginn aus-

schließlich das Inland steigende Verkäufe brachte, zogen inzwischen auch die Exporte nach (im zweiten Quartal plus 7,7 Prozent). Dabei profitierten die deutschen Chemieproduzenten mit einem Plus von knapp 17 Prozent im USA-Geschäft eindeutig von der dort wieder anziehenden Konjunktur und dem Dollarkurs-Anstieg.

Noch nicht durchgeschlagen hat die erfreuliche Entwicklung in der Chemie, die sich auch in einem Produktivitätsfortschritt um 4,6 Prozent im ersten Halbjahr dokumentiert, auf die Beschäftigung. Im ersten Halbjahr lag die Zahl der Chemie-Mitarbeiter um zwei Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Zu Ende gegangen scheint jedoch die Phase der Kurzarbeit. Im Juli zählte die Chemiebranche noch 1874 Kurzarbeiter, im Januar waren es noch gut 14 000. Bei einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung und einer weiterhin moderaten Kostenentwicklung dürfte in absehbarer Zeit auch die Chemiebeschäftigung positiv beeinflusst werden.

Mit einer Steigerung der Bruttostundenverdienste um 5,5 Prozent von 1981 auf 1982 bilden die deutschen Chemiearbeiter im internationalen Vergleich das Schlusslicht. Mit 15,85 DM (1982) je Stunde rangieren sie im internationalen Vergleich in D-Mark umgerechnet an dritter Stelle hinter den USA (24,24 DM) und Japan (18,09 DM), wobei die Umrechnung in den stark gestiegenen US-Dollar das Bild etwas verzerrt.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Rheinmetall-Anteile an die Saudis?

Zürich (DW) - 24,5 Prozent der Aktien der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin (Grundkapital 90 Millionen Mark), sollen in absehbarer Zeit in saudi-arabische Hände übergehen. Dies verlautete am Montag aus Züricher Bankkreisen. Im Aufsichtsrat der Firma sollen künftig ein oder zwei Saudis, repräsentiert durch Schweizer Banken, vertreten sein. Es wird in Zürich nicht ausgeschlossen, daß sich die Saudis mit Hilfe einer weiteren 1,5prozentigen Beteiligung an der dritten Seite der Sperrminorität in dem Unternehmen beschaffen könnten. Die Rheinmetall GmbH, hundertprozentige Tochter der Rheinmetall Berlin AG, Berlin/Düsseldorf, die im Bereich Wehrtechnik über 3550 Mitarbeiter beschäftigt (Umsatz rund 850 Millionen Mark), stellt neben hochmodernen Panzerbordkanonen und Panzerabwehrwaffen auch Artilleriegeschütze, Panzerhaubitzen und Feldhaubitzen her. Zum Programm gehören außerdem Turm- und Waffenanlagen für Kampf-, Späh- und Schützenpanzer sowie hochentwickelte Infanteriewaffen.

### Weniger Ölheizungen

Bonn (Rei) - Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) hat darauf hingewiesen, daß der Anteil der Ölheizungen bei neuem Bau genehmigten Wohnungen drastisch zurückgegangen ist. Das sei eine positive Entwicklung. Die Ergebnisse einer seit 1979 erhobenen Statistik zeigten, daß Öl vor allem durch Gas und zu einem geringeren Teil durch Elektrospencheisheizungen und Wärmepumpen ersetzt worden sei. Der Anteil der Ölheizungen sei von 1979 bis 1981 von 55 Prozent auf 38,3 gesunken; der Gasanteil demgegenüber von 38,3 auf 46,6 Prozent gestiegen. Die sonstigen Heizungsarten wie Strom, Wärmepumpen und Solaranlagen haben in demselben Zeitraum von 4,3 auf 8,5 Prozent zugenommen.

### Igedo-Besucherrekord

Düsseldorf (Py) - Die Igedo - Internationale Modemesse, Düsseldorf, hatte am vergangenen Sonntag Rekordbesuch: Mit 26 000 Fachbesuchern hatte die parallel zur Igedo laufende Ausstellung für Früh-

jahrs-/Sommermode 1984 den bisher größten Besucherandrang, sowohl an einem Tag als auch in der Geschichte der 1949 gegründeten Igedo. Insgesamt werden bis Messeende am 7. September 50 000 Einkäufer erwartet.

### Platin-Barren

Frankfurt (AFP) - Die Dresdner Bank verkauft ab sofort Platin-Barren international anerkannter Hersteller. Bei einem Feingehalt von 999,5 werden die Barren mit 5, 10, 20 Gramm, einer Unze (= 31,1035 Gramm) sowie 50 und 100 Gramm und 1 kg Gewicht angeboten. Der Preis für eine Unze Platin liegt zur Zeit bei 440 US-Dollar. Die Offerte soll das bisherige Edelmetallangebot ergänzen, das aus Münzen, Gold- und Silberbarren sowie Goldzertifikaten besteht.

### Geringerer Preisanstieg

Washington (AFP) - Der Anstieg der Verbraucherpreise flachte in den Industrieländern im zweiten Quartal 1983 weiter ab. Er betrug fünf Prozent auf Jahresbasis gegenüber 5,5 Prozent im ersten Quartal vergangenen Jahres. Dies geht aus einem am Dienstag in Washington veröffentlichten Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor.

### Dollar schwächer

Frankfurt (ed.) - Mit einem Rückgang des Dollarkurses von 2,7003 auf 2,6811 Mark reagierte gestern der Devisenmarkt auf die Erwartung, daß der unerwartete Rückgang der Geldmenge in den USA Zinssenkungshoffnungen befeuert, was bereits am Freitagabend in New York sichtbar wurde, wo der Dollarkurs sogar auf 2,6665 Mark gesunken war. Auch die deutsche Börse honorierte diese Erwartung mit Kurssteigerungen, die besonders bei den Farbenwerten (Bayer plus 4,30 Mark) sowie VWV (plus 6,30 Mark) stark ausgeprägt waren. BASF kletterten ex 85 Pfennig Bezugsrechtszuschlag sogar um fünf Mark auf 152,50. Der Rentenmarkt ließ sich durch die Zinssenkungshoffnungen in den USA allerdings nicht animieren. Hier bremsen die wohl immer realistischere werdende Erwartung, daß der Zentralbankrat am Donnerstag die Leitzinsen erhöht.

# Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.



## FRANKREICH / Sanierungsplan wurde abgelehnt

## „Affäre Willot“ geht weiter

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Das Mitte Juli von Bernard, Jean-Pierre, Antoine und Régis Willot auf der einen Seite und dem Präsidenten der Compagnie Boussac-Saint Frères (CBSF), René Mayer, andererseits unterzeichnete Abkommen zur Bereinigung der wohl spektakulärsten französischen Nachkriegspleite ist weiter in Frage gestellt. Denn der Mehrheitsektionär der CBSF, das halb-

fluß die vier Brüder auf den Textilkonzern ausüben dürfen und welche Entschädigung sie für den Verzicht auf ihre Eigentümernrechte erhalten sollen. Daß sie wirklich alles wieder „ausspucken“ müssen, was sie „geschluckt“ haben – so war es von dem ersten sozialistischen Industrieminister Pierre Dreyfus gefordert worden –, ist aber nicht anzunehmen.

Gewiß sind diese vier „Daltons“ der französischen Textilindustrie keine Unschuldigen. Schließlich hat man sie wegen Bilanzfälschung und anderer Geschäftsdelikte zu mehreren Jahren Gefängnis (mit Bewährung) verurteilt. Und auch bei der für sie höchst preiswerten Übernahme des Konkurs gegangenen Boussac-Imperiums soll es nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sein.

Aber noch sind sie über die Familienholding Agache-Willot (SFFAW) zu 42 Prozent an Boussac-Saint Frères (BSF), zu der sie ihre und Boussacs Textilunternehmen zusammengelegt hatten, beteiligt und damit deren größter Aktionär. Die Betriebe dieser Gesellschaft werden allerdings von der staatlichen Hilfe getrennt, seitdem die BSF vor zwei Jahren in Konkurs geraten war.

René Mayer entwickelte den Plan, die BSF mit den gewinnbringenden übrigen Töchtern der SFFAW zu fusionieren. Das sind die Warenhausgesellschaften Bon Marché, Belle Jardinière und Conforama, sowie das Modehaus Christian Dior, das wegen seines enormen ausländischen Lizenzgeschäftes dem CBSF-Präsidenten als wahre Goldgrube erscheint. Voraussetzung für diese Fusion wäre allerdings die schwierige und langjährige Liquidierung der SFFAW.

Alles sprach für ein friedliches Arrangement. Den Willot-Brüdern wurde zunächst eine 30prozentige Beteiligung (mit Stimmrechten) an dem neuen Textil- und Warenhauskonzern angeboten. Nach dem Veto des Idi einigte man sich auf 15 Prozent (ohne Stimmrecht) für ein Kapital von 13 Millionen Franc. Zum Ausgleich dafür sollten die (nicht strafrechtlichen) Gerichtsverfahren gegen die vier Brüder eingestellt und drei von ihnen in dem neuen Konzern angestellt werden. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß ihre weitgehend entschuldigungslose „Enteignung“ keineswegs unanfechtbar ist. So könnte durchaus ein neues Kapitel in der „Affäre Willot“ beginnen.

## ALUMINIUM / Auf den internationalen Märkten belebt sich der Verbrauch

## Die Rezession scheint überwunden

HARALD POSNY, Düsseldorf  
Die Aluminium-Rezession scheint überwunden. Die Besserung des Absatzes wird – obwohl der Verbrauch bei weitem noch nicht den Stand des Jahres 1979 erreicht hat – damit begründet, daß die Kunden ihre erschöpften Lagerbestände wieder auffüllen müssen. Nach Auffassung der European Aluminium Association (EAA), der 1981 in Düsseldorf gegründeten Vereinigung von 51 Aluminiumhütten in 12 Staaten und 270 Warm-, Kalt- und Strangpresswerken in Europa, haben niedrigere Zinssätze und eine bescheidene Verbesserung auf den meisten der bedeutendsten Absatzmärkte (Verkehr, Bauwesen, Verpackung und Elektrotechnik) dazu beigetragen.

Im Anschluß an die EAA-Mitgliederversammlung beauftragte der britische Vorsitzende L. S. F. Charles (British Alcan Aluminium) den Anteil Europas am Verbrauch der westlichen Welt auf ein Drittel, etwas geringer dürfte der Anteil an der Produktion sein. Die EAA-Aluminiumhütten, deren Produktion 1982 um

knapp 7 Prozent auf 3,3 Millionen Tonnen bei 3,7 Millionen Tonnen Gesamtkapazität gesunken war, spürten im 1. Halbjahr 1983 mit 1,6 Millionen Tonnen nur eine auf 4,9 Prozent zurückgegangene Produktion. Danach lag die Kapazitätsauslastung bei 90 (gesamtes Vorjahr: 89, 1981: 96) Prozent.

Die Halbzeugproduktion stieg 1982 bereits um 21 (minus 4,6) Prozent auf fast 3,4 Millionen Tonnen, im 1. Halbjahr 1983 bereits um 5,4 (4,9) Prozent auf 1,86 Millionen Tonnen. Die Kapazitätsauslastung der Walzwerke lag 1982 zwischen 67 und 80 Prozent. Die Schmelzwerke mußten ihre Produktion 1982 um 8 (3) Prozent auf 1,1 Millionen Tonnen zurückfahren, verzeichneten jedoch im 1. Halbjahr 1983 ein Plus von 4,5 Prozent.

International ist aus USA und Japan derzeit ein besonderes Kaufinteresse der Verarbeiter zu beobachten. In den USA liegt der Zuwachs mit 12 Prozent fast doppelt so hoch wie in Europa. Die Bestände der US-Produzenten sind auf insgesamt 2,2 Millio-

nen Tonnen abgeschmolzen. Eine Verknapfung wird derzeit nicht gesehen, da die Produktionsanlagen bei weitem noch nicht ausgelastet sind. Dazu sind auch noch stillgelegte Reserven vorhanden, die zumindest teilweise aktiviert werden könnten, wenn die Preise eine gewünschte Größenordnung erwarten lassen. In den USA liegen die tatsächlichen Preise weit unter den Listenpreisen.

In der Bundesrepublik hat sich nach Angaben der Deutschen Aluminium-Zentrale in den ersten fünf Monaten 1983 der Verbrauch um 5 Prozent erhöht, wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung der Absatzmärkte. Im Verkehrssektor setzte sich die seit Mitte 1982 sinkende Tendenz fort. Bei einer für die zweite Jahreshälfte erwarteten Absatzbelebung kann für 1983 allenfalls mit dem gleichen Ergebnis gerechnet werden wie 1982. Im Verpackungsmarkt scheint sich die positive Tendenz (plus 2 Prozent) fortzusetzen. Im Bauwesen dürfte sich der 82er Rückgang ausgleichen lassen.

## PRODUKTION

## Im Juni/Juli wieder gestiegen

Rei Bonn  
Zur Jahresmitte hat sich die Industrieproduktion in der Bundesrepublik stabilisiert. Die Erzeugung des produzierenden Gewerbes sank im Juli zwar saisonbereinigt um ein Prozent, doch war das Vormonatniveau nachträglich noch einmal auf drei Prozent nach oben korrigiert worden.

Im Vergleich von Juni/Juli zu April/Mai stieg die Produktionsleistung deutlich: um drei Prozent sowohl im produzierenden als auch im verarbeitenden Gewerbe. Einen Anstieg von 5,5 und 7,5 Prozent wiesen das Verbrauchsgüter- und das Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe aus. Während das Bauhauptgewerbe sich um acht Prozent verbessern konnte, waren es bei Grundstoffen und Produktionsgütern nur 2,5 Prozent. Das Investitionsgütergewerbe expandierte nur schwach: um ein Prozent.

Im Jahresvergleich – Juni/Juli 83 zu Juni/Juli 82 – zeigt sich eine deutliche Überschreitung des Vorjahresniveaus.

Das produzierende Gewerbe insgesamt kommt auf ein Plus von vier Prozent. Ebenfalls um vier Prozent stieg die Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Hier erreichte das Verbrauchsgüterproduzierende Gewerbe mit neun Prozent den höchsten Zuwachs. Dagegen war die Zunahme im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe mit 1,5 Prozent wesentlich geringer.

## KONJUNKTUR

## Wachstum hat sich beschleunigt

ed, Frankfurt  
Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik hat sich im zweiten Quartal verstärkt. Das zeigen jetzt auch die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Nach Angaben des Amtes war das reale Bruttoinlandsprodukt von April bis Juni mit 308,8 Milliarden Mark um 0,7 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Für Januar bis März kamen die Statistiker noch auf ein Minus von 0,4 Prozent, so daß sich für die ersten beiden Quartale zusammen im Vorjahresvergleich nur ein bescheidenes Plus von 0,1 Prozent errechnet. Vom ersten auf das zweite Quartal dieses Jahres ergab sich ein Plus von 2,8 Prozent; diese Zahl überzeichnet allerdings die tatsächliche Entwicklung, weil sie saisonal verzerrt ist.

Die höhere Wirtschaftsleistung wurde im zweiten Quartal von 2,1 Prozent weniger Erwerbstätigen erbracht, so daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität um 2½ Prozent verbesserte. Nominal stieg das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Vierteljahr um 3,6 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit nach 3,5 Prozent im ersten Quartal.

Zur Kräftigung des Wirtschaftswachstums trug besonders der deutlich stärkere Anstieg der Inlandsnachfrage bei (plus 3,5 Prozent nach 2,3 Prozent im ersten Quartal), während der Außenbeitrag nur geringfügig höher war.

## NAMEN

Wilhelm Meyerheim, früheres Vorstandsmitglied und bis Mitte 1983 Mitglied des Aufsichtsrates der Bayer AG, vollendet am 7. September das 70. Lebensjahr.

Dr. Hans Gelbrecht, Vorstandsmitglied der Tögl-Werke AG, München, wird am 7. September 60 Jahre.

Dr. Hans Friedrichs, seit 1955 Geschäftsführer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Personalführung e.V. Düsseldorf, ist wegen unterschiedlicher Auffassungen in grundsätzlichen Fragen in beiderseitigem Einvernehmen aus den Diensten dieser Gesellschaft ausgeschieden.

Kurt Scharf, langjähriges Vorstandsmitglied der Braunschweiger Maschinenbauanstalt AG, wurde am 5. September 80 Jahre.

Dr. Hermann Kees, bisher Geschäftsführer Vertrieb der Westfälischen Werke Franz Knöbel & Söhne KG, Rheda-Wiedenbrunn, verläßt auf eigenen Wunsch das Unternehmen.

Rolf P. Blankenmayer, Mitgeschäftsführer der Taylor-Vertriebs GmbH Hamburg, hat die Geschäftsleitung ab 1. September übernommen. Er löst Joachim Ehrlich ab, der aus Altersgründen am 31. August ausgeschieden ist.

Walter F. Thimm, Seniorchef und Gründer der Thimm Verpackungswerke KG, Norheim, ist am 1. September im Alter von 73 Jahren gestorben.

Karl Nagel, Mitinhaber der Libra Werke Pelz & Nagel GmbH & Co. KG, Braunschweig, vollendet am 5. September das 80. Lebensjahr.

## FRANKREICH / Paritätsänderung zeigt Wirkung

## Deutscher Export schrumpft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die deutsche Exportwirtschaft hat auf dem französischen Markt die letzte D-Mark-Aufwertung (3½ Prozent) und Franc-Abwertung (2½ Prozent) am 21. März sehr viel stärker zu spüren bekommen als die beiden vorangegangenen Paritätsänderungen, obwohl diese noch höher ausgefallen waren. Das führte nach Angaben der deutsch-französischen Handelskammer in Paris zu einer realen Schrumpfung der französischen Importe aus der Bundesrepublik.

Andererseits konnten die französischen Unternehmen nach Ermittlungen der Kammer, den vorübergehenden Wettbewerbsvorteil auf dem deutschen Markt nicht ausnützen und profitierten nur wenig von einem zaghaften Aufschwung in der Bundesrepublik. Gleichwohl schrumpfte das französische Defizit im Warenverkehr mit der Bundesrepublik von 10,4 Milliarden Franc im ersten auf 6,4 Milliarden Franc (2,1 Milliarden Mark) im zweiten Quartal 1983. In der ersten Hälfte dieses Jahres erreichte das Defizit 16,8 Milliarden

Franc und fiel damit etwas geringer aus als in der gleichen Vorjahreszeit (minus 17,5 Milliarden Franc).

Im Jahresvergleich schrumpfte das französische Handelsdefizit im zweiten Quartal gegenüber der Bundesrepublik sogar um 32,8 Prozent. Diese Ziffer macht das Gewicht der letzten Paritätsänderung, die wahrscheinlich über die bloße Beseitigung der Überbewertung des Franc (gegenüber der D-Mark) hinausgegangen ist, besonders deutlich. Freilich hatte sich das Defizit in den letzten Jahren auch kontinuierlich erhöht, von 10 Milliarden Franc 1979 über 16,8 Milliarden 1980, 22,6 Milliarden 1981 auf 38,1 Milliarden Franc 1982.

Der anschließende Einbruch ging vor allem zu Lasten des deutschen Konsumgüterexports, der seit März unter der verbrauchsschrumpfenden Pariser Austeritätspolitik zu leiden hat. Dagegen könnten die deutschen Exporteure von Produktions- und Investitionsgütern (mit Ausnahme von Eisen und Stahl sowie von Keramik) mit ihrem Frankreich-Geschäft „recht zufrieden sein“.

## Primärenergie: Verbrauch sinkt

dpa/VWD, Essen

Der Primärenergie-Verbrauch in der Bundesrepublik wird nach Einschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) 1983 „nochmals niedriger sein als im Vorjahr“, in dem er bereits von 374 auf 363 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zurückgegangen war. In den kommenden Monaten sei zwar mit einer weiteren Verbrauchszunahme „weitgehend im Einklang mit der Produktion im verarbeitenden Gewerbe“ zu rechnen. Der Steinkohle-Einsatz habe seit Jahresbeginn in der eisenschaffenden Industrie mit der Produktion und in den Kraftwerken aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zugenommen. Die Ausfuhr sei dagegen weiter geschrumpft, vor allem wegen einer erneuten Verschlechterung der Preisposition deutscher Kohle auf dem internationalen Markt. Der Verbrauch von Heizöl nahm – so das RWI – auch in Kraftwerken wieder zu. Dagegen sei der Erdgasverbrauch „überwiegend nur aufgrund von Zufälligkeiten“ gestiegen. Der Stromverbrauch ist mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion gewachsen.

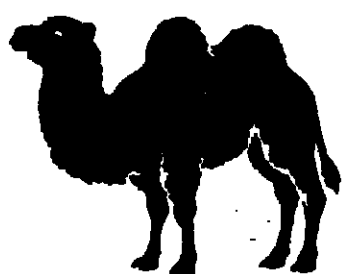
## Iberias kleiner Reiseführer durch das Morgenland.



Kuwait



Jeddah



Kairo



Abu Dhabi



Tel Aviv



Tripolis



Algier



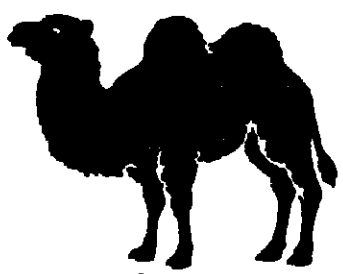
Casablanca



Tanger



Tunis

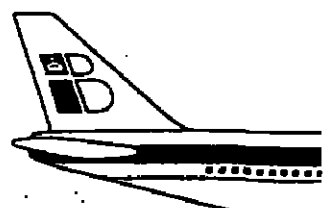


Beirut

Seitdem im Jahr 711 der Berberführer Tarik Spanien das erste Mal betrat, sind die gurbarschaftlichen Beziehungen ständig ausgebaut worden. Was sich heute durch zahlreiche Iberia-Verbindungen nach Nordafrika und Nahost bemerkbar macht, wie Sie oben deutlich sehen können.

Die Bequemlichkeit des Reisens hat seit damals natürlich erheblich zugenommen. Unsere „Grand Class“ z.B. bietet Ihnen statt Kamelhöckern bequeme Sleeper-Seats, ausgewählte Menüs und erlesene Weine.

Und unsere „Preference Class“ u. a. separates Einchecken und eine eigene ruhige Kabine, um letzte Geschäftsberichte zu lesen. Oder lieber ein Märchen aus 1001 Nacht?



**IBERIA**  
INTERNATIONAL AIRLINES OF SPAIN  
Die Sonnenländer-Experten

## WELT-Korrespondenten berichten von der Funkausstellung in Berlin

Videospiele-Unterhaltungselektronik

Der Auftakt der Internationalen Funkausstellung verlief nach Einschätzung der Gesellschaft zur Förderung der Unterhaltungselektronik (GFU) bisher nach Maß. GFU-Geschäftsführer Peter Bergmann sprach gegenüber dpa/VWD von einem „gewöhnlich hohen Fachbesucheranteil“ zum Messestart sowie einem „stark angestiegenen Anteil der auswärtigen Besucher“. Dies sei „wirklich bemerkenswert und läßt Gutes erwarten“. Die Zahl der registrierten Besucher insgesamt stieg nach Angaben der Berliner Messegesellschaft AMK schon am Sonntag auf weit über 100 000. Für die Monate nach der zehntägigen Messe, auf der 765 Anbieter Produkte aus 27 Ländern präsentierten, verspricht sich Bergmann gute Umsatzimpulse unter anderem bei der Compact-Disc, die bereits „sehr gut läuft“, und allmählich auch bei Fernsehern mit Digitaltechnik. Die Unterhaltungselektronik werde bei der Preisentwicklung für die Verbraucher weiterhin zu den günstigen Warengruppen zählen.

## Dritte Generation am wachsenden Markt

Spielen, kämpfen, lachen, lernen, Sprechen, Schach spielen, musizieren – das Fernsehgerät soll, wie es in der Werbung eines großen Anbieters von Videospielen anklingt, „mehr Spaß“ in die Wohnstuben bringen. Eine geradezu magische Anziehungskraft insbesondere auf die Jugendlichen scheint von dieser Nutzungsart des Fernsehgeräts auszugehen, wie es auch auf den dicht umlagerten Ausstellungsständen der Videospiele-Anbieter nachhaltig demonstriert wird. Überall piepst und knallt es, die Ballerspiele machen immer noch den größten Teil des Angebots aus. Nach wie vor explosionsartig wächst auch der Markt. Nachdem im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik 270 000 Geräte abgesetzt worden sind, rechnen Branchenkenner für das Jahr 1983 bereits mit einem Verkaufsvolumen von rund 400 000 Videospielen (Konsolen) am deutschen Inlandsmarkt. Für das nächste

Jahr wird dann der Sprung über die Marke von 500 000 Geräten erwartet. Hinzu kommt in diesem Jahr der Absatz von etwa 2 Millionen Spiele-Kassetten.

Wertmäßig dürfte der Markt der Videospiele in diesem Jahr ein Volumen von 300 Millionen Mark erreichen, wobei der Umsatz in Kassetten gegenüber der Hardware eine immer größere Bedeutung erlangt. Beim Einstieg in das Videospiel ergibt sich die Qual der Wahl zwischen nicht weniger als sechs Systemen; auf der Einsatz einer großen Vielfalt an Kassetten speziell zugeschnitten ist. Und Kompatibilität ist (nicht immer) nur bei aufwendiger Anschaffung eines Adapters zu erreichen. Nachdem die einfachen Pingpong-Telespiele der Vergangenheit angehören, ist man jetzt bereits bei der dritten Geräte-Generation angelangt, die anspruchsvollere Spiele in besserer Bildqualität (zum Teil mit 3-D-Effekt)

WERNER NETTZEL

## Industrie verkauft weniger Geräte

Das Geschäft der bundesdeutschen Hersteller von Unterhaltungselektronik läuft zur Zeit offensichtlich schlechter als zugegeben wird. Im ersten Halbjahr 1983 gab es im Exportgeschäft entgegen der offiziellen Lesart, die von leicht negativen Tendenzen“ bei nach wie vor hohem Niveau spricht, drastische Einbußen. Auch das Inlandsgeschäft ist – nach in der Industrie vorliegenden Zahlen – nicht so gut gelaufen, wie es die Angaben über den Absatz an Endverbraucher glauben machen.

So lag die Ausfuhr von Tisch- und Standfernsehgeräten im ersten Halbjahr mit rund 660 000 Stück um 10,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Der Inlandsabsatz fiel um 0,6 Prozent auf 774 000 Geräte zurück. Bei den tragbaren Color-Geräten wurden im Ausland mit rund 123 000 Stück 26,2 Prozent weniger abgesetzt; der Inlandsabsatz sank um 7,8 Prozent auf 197 000 Geräte. Während der Vorsitzende des Fach-

verbands Unterhaltungselektronik im Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Ingwertsen, in Berlin für den Absatz an Endverbraucher noch eine Steigerungsrate von drei Prozent nannte, ist der Industrieabsatz bei Farbfernsehgeräten – nimmt man die obengenannten Zahlen zusammen – im Inland um 2,2 Prozent und einschließlich der Ausfuhr um 7,3 Prozent hinter dem Vorjahr zurückgeblieben.

Kräftiges Wachstum verzeichnete die Industrie dagegen bei Rundfunk-Kombinationen mit Plattenspieler und Cassettenrecordern, von denen mit insgesamt 240 000 Stück 22,4 Prozent mehr verkauft wurden. Auch bei Autoradios (1,6 Millionen Stück – plus 11,8 Prozent), tragbaren Cassettenrecordern (174 000 Stück – plus sechs Prozent) und Videorecordern (418 000 Stück – plus 7,4 Prozent) gab es hohen Zuwachs. Im Videobereich gingen zwar mit 110 000 Geräten 13,8 Prozent weniger in den Export, doch

konnten im Inland 309 000 Geräte und damit 17,7 Prozent mehr abgesetzt werden. Aber auch diese Steigerungsrate blieb deutlich unter dem von Ingwertsen mit über 40 Prozent bezifferten Wachstum des Absatzes an Endverbraucher zurück.

Absatzrückbau gab es auch bei Schwarz-Weiß-Geräten um 56 Prozent sowie bei HiFi-Steuergeräten um 34 Prozent, bei Rundfunk-Cassetten-Kombinationen um 18,7, bei Tonum um 4,9 Prozent, bei Verstärkern um 17,6 Prozent, bei Kofferradios um 6, bei Radiorecordern um 24,3 Prozent und bei stationären Cassettenrecordern um 50,3 Prozent.

Branchenkenner erklären die Entwicklung im Ausland mit der durch die Fußballweltmeisterschaft 1982 verzerrten saisonalen Entwicklung und dem dieses Jahr wirksamen Sonderinfluß der Internationalen Funkausstellung Berlin. Dieser habe die Dispositionsfreude des Handels im ersten Halbjahr gedämpft. (dpa/VWD)



## ALLIANZ LEBEN / Niedrige Stornoquote

## Neugeschäft spürbar höher

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, dürfte das Neugeschäft im Jahre 1983 der Versicherungsbranche nach „spürbar“ über dem Vorjahres liegen. Diese Prognose gibt das Institut in einem Aktionärsbrief und stellt dazu weiter fest, daß bei leicht vermindertem Personalstand die Kostenentwicklung positiv verlaufe. Trotz des gegenüber dem Vorjahr etwas niedrigeren Zinseinkommens am Kapitalmarkt seien die Ertragsaussichten gut.

In der ersten Jahreshälfte 1983, in der die Lebensversicherung allgemein den Anteil an der privaten Ersparnisbildung (er lag 1982 bei 25 Prozent) nochmals ausweitete, habe die Allianz Leben an dieser positiven Entwicklung teilgehabt. Das Neugeschäft erhöhte sich in diesem Zeitraum um 15,1 Prozent auf 5,7 Mrd. DM, wobei es erheblich von den Anpassungen der Zuwachsvorgänge profitierte.

Ohne Berücksichtigung der Anpassungen belief sich das Wachstum des Neugeschäfts der Stückzahl nach auf 11,7 Prozent und den Summen nach um 6,9 Prozent. Dabei habe die noch immer sehr niedrige Stornoquote leicht zugenommen. Zur Jahresmitte verwaltete die Allianz Leben einen Versicherungsbestand von 112,4 Mrd. DM (plus 5,3 Prozent).

Die Beitragsentnahmen sind im Berichtszeitraum um 9,1 Prozent auf 2,5 Mrd. DM angewachsen. Die Versicherungsleistungen schnitten um nicht weniger als 88 Prozent auf 922 Mill. DM in die Höhe, eine Folge des Ablauftermins für einen Teil der vermögensbildenden Lebensversicherungen. Auf Rückkäufe entfielen 325 (150) Mill. DM.

Bei den Kapitalanlagen, die um 11,2 Prozent auf 35,6 Mrd. DM anstiegen, hat sich der Anteil der Hypotheken weiter auf 17,3 (18,3) Prozent reduziert. Durch Wertpapierverkäufe realisierte das Institut 105 (20) Mill. DM Kursgewinne.

## STENA LINE / Probleme mit Polen-Aufträgen

## Gewinn auf Kieler Route

DOMINIK SCHMIDT, Kiel

Vor allem die günstige Entwicklung auf der Direktroute Kiel-Göteborg hat der schwedischen Fährschiffreederei Stena Line, Göteborg, im zweiten Ende gegangenen Geschäftsjahrs 1982/83 (31.8.) einen Überschuß von gut 50 Mill. skr (rund 17 Mill. DM) gebracht. Nahezu die Hälfte davon steuerte die deutsche Linie bei, die nach den Worten vom Geschäftsführer Erhard Bette zum ersten Mal überhaupt einen Gewinn erwirtschaftete.

Neben der Route Kiel-Göteborg deckt Stena Line den Fährschiffsverkehr zwischen Göteborg und Frederikshavn (Dänemark), Frederikshavn-Oslo und neuerdings auch Frederikshavn-Mass (Norwegen) ab. Auf der Kieler Strecke, so Bette, seien im Berichtsjahr über 500 000 Passagiere befördert worden, rund 10 Prozent mehr als 1981/82. Hinzu kommen weit über 60 000 Fahrzeuge. Das gesamte Fährschiffsgeschäft der Stena Line dürfte einen Umsatz von gut 1 Mrd. skr repräsentieren, der durch die Beförderung von rund 4 Millionen Fahr-

gästen und einer halben Million Fahrzeugen erzielt wird.

Kopfzerbrechen bereitet Stena Line der Bau von vier Jumbo-Fähren in Polen. Das erste Schiff sollte bereits 1982 in Dienst genommen werden. Noch immer aber ist man in Danzig und Gdingen über die Rohbau-Phase nicht hinweggekommen. Nach seinem jüngsten Besuch in Polen rechnet Bette nunmehr damit, daß zwei der vier Schiffe Ende 1984 ausgeliefert und in der Saison 1985 auf der Route Kiel-Göteborg eingesetzt werden können. Mit einer Kapazität von 2370 Betten und gut 700 Autos werde Stena Line dann über die größten Fährschiffe der Welt verfügen.

Der Polen-Auftrag hat nach Bettes Angaben einen Wert von 250 Mill. US-Dollar und sei „abweichend von branchenüblichen Finanzierungsmodalitäten“ kontrahiert worden. Für die beiden anderen Schiffe gebe es noch keine konkrete Verwendung; sie seien eher als „Spekulationsbauten“ zu betrachten. Trotz der verzögerten Auslieferung habe Stena Line nicht erwogen, die Schiffe anderswo fertigstellen zu lassen.

## POSSEHL / Dieses Jahr soll die zweimal leer ausgegangene Stiftung wieder mit einer Ausschüttung bedacht werden

## Ertrag wurde in allen Sparten der Gruppe verbessert

J. BRECH, Lübeck

Eine deutliche Verbesserung der Ergebnisse hat die Lübecker Possehl-Gruppe in den ersten Monaten des Jahres 1983 erzielt. Sehe man von den im Stahlhandel tätigen Gesellschaften ab, bei denen ein Vergleich mit dem durch Buchgewinne begünstigten ersten Halbjahr 1982 schwer möglich ist, gehe es jedem Unternehmen der weitverzweigten Gruppe besser, erklärt der Vorstandsvorsitzende Dietrich Schulz.

In dem Bereich Produktion laufe vor allem das Geschäft bei der Hüttenwerke Kayser AG, Linen, „herausragend“. Die Versorgung der Hütte sei bereits bis Jahresende gesichert. Nach oben korrigiert hat Possehl ferner die Planansätze für die anderen Produktionsgesellschaften. Das gilt besonders für die Zulieferfirmen der Elektronik. Sowohl die Possehl Elektronik + Isolierstoffe GmbH, Wedel, als auch die 1982 auf eine Mehrheit aufgestockte französische Beteiligungsgesellschaft Atelier de Decoupage pour Electronic S.A. könnten die Auftragsflut kaum bewältigen, erklärt Schulz.

In der Handelspartie entwickelt sich die im internationalen Handel dominierende Possehl Erzkonzern GmbH weiterhin sehr zufriedenstellend. Diese Gesellschaft, so Schulz, profitiere zunehmend von der Erweiterung des Lieferprogramms und der Erschließung neuer Märkte. Positive

Ergebnisse erwartet Schulz ferner im Stahlhandel trotz nach wie vor instabiler Marktverhältnisse.

Schwachstelle im Handel bleibt die Sanitär- und Heizungssparte, in der die Umsatzzugänge im ersten Halbjahr 1983 zwar gestoppt sind, die aber die Zone roter Zahlen auch 1983 nicht verlassen wird. Nach einer Phase des Abwartens folge nun die Straffung der Organisation, betont Schulz. Die frühere Strategie der Flächenabdeckung hat Possehl geändert. Nach dem Rückzug aus Teilregionen wird diese Sparte jetzt an vier zentralen Orten konzentriert. Die Reorganisation werde voraussichtlich bis 1984 andauern, erklärt Schulz. Dann sei auch der Zeitpunkt gekommen, wieder expansiv zu werden.

Mit guten Ergebnissen rechnet Schulz schließlich im dritten Possehl-Bereich, Dienstleistungen. Im Mittelpunkt steht die Lübeck Linie AG, die bereits im Vorjahr mit einem Überschuß von 3 Mill. DM überdurchschnittlich gut abschnitt und die durch den Einsatz eines neugebauten Ro-Ro-Autotransporters erheblich an Effizienz gewonnen hat.

Alles in allem werde Possehl 1983 ein wesentlich verbessertes Betriebsergebnis und auch Konzernergebnis erreichen, meint Schulz. Deshalb stelle man sich auch wieder auf eine Ausschüttung an die alleinige Gesellschafterin, die Possehl-Stiftung, ein, die wegen Ertragseinbußen und

gleichzeitig betriebener Substanzerhaltung für zwei Jahre leer ausgegangen ist.

Risikoversorge und innere Stärkung, so erklärt Schulz, hätten auch 1982 oberste Priorität gehabt. Aus dem mit 11 Mill. DM mehr als dreimal so hoch ausgewiesenen Konzernüberschuß werden 1 Mill. DM der freien, und 4,6 Mill. DM der Konsolidierungsrücklage zugeführt. Daneben hat Possehl durch eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen stille Reserven gebildet.

Über die Entwicklung des Betriebsergebnisses sagt der höhere Überschuß in der Konzernrechnung allerdings nichts aus. Nach Angaben von Schulz hat Possehl im laufenden Geschäftsjahr mit Gewinn gearbeitet, aber ein nochmals verschlechtertes Betriebsergebnis erzielt. Wenn man berücksichtige, daß Possehl in schwierigen Branchen wie Metall- und Stahlindustrie, Bau- und Schiffahrt tätig sei, sehe das Ergebnis „ganz so schlecht“ gleichwohl nicht aus, erklärt Schulz.

Dem schwachen Abschneiden des Handelsbereichs Sanitär und Heizung stünden eine Reihe von Unternehmen gegenüber, in denen die Erwartungen übertroffen worden seien. Im Produktionsbereich, der zum ersten Mal mehr als 1 Mrd. DM zum Gesamtumsatz beisteuerte, schrieb die Hüttenwerke Kayser weiterhin schwarze Zahlen und bewahrte damit

ihre Ausnahmestellung unter den Metallhüttenunternehmen der Welt. Die starke Geschäftsausweitung im Produktionsbereich ist vor allem auf die Erweiterung der Aktivitäten der Heimerle & Meule GmbH, Pforzheim, zurückzuführen, die zusätzlich den Handel von Edelmetallen aufnahm. Im Beteiligungsbereich brillierten die Minderheitsbeteiligungen Deutsche Firbit GmbH und die Deutsche Gießdraht GmbH mit soliden Erträgen.

Die trotz schwieriger Rahmenbedingungen erzielten Erfolge führt Schulz einmal auf eine nicht mehr mengenorientierte Unternehmenspolitik zurück. Zum anderen habe Possehl mit dem bislang umfangreichsten Investitionsprogramm die Basis verbessert. An den Grundlagen der seit Jahren verfolgten Politik werde festgehalten, die bei aller Straffung eine kontrollierte Expansion nicht ausschließe.

Possehl	1982	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	2.231	+ 7,3
Konzernumsatz	1.911	+ 8,0
dav. Produktion	1.001	+ 25,4
Handel	873	- 6,4
Dienstleist.	411	- 7,5
Belegschaft	4.411	- 4,3
Jahresüberschuß	11	(3,5)
Investitionen	50	+ 33,3
Abschreibungen	45	+ 36,3
Eigenkapital	161	- 9,6
in % der Bil.Sum.	23,2	(34,9)

## WOHNMOBILE

## Caravan-Preise bleiben stabil

dpa/VWD, Frankfurt

Die Caravan-Hersteller in der Bundesrepublik wollen auch in der Saison 1983/84 ihre Preise nicht heraufsetzen. Höhere Preise werden jedoch bei verbesserten Modellen mit größerem Leistungsangebot verlangt, erklärten Vertreter des Verbandes der Deutschen Wohnwagen-Hersteller (VDWH), Frankfurt, anlässlich des 22. Internationalen Caravan-Salons Essen (1. bis 9. Oktober). Seit August 1982 sei bei den Neuzulassungen ein Aufwärtstrend festzustellen, der sich im ersten Halbjahr 1983 mit einem Zulassungsschub von 7,3 Prozent auf 21 052 Einheiten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum fortsetze. Gleichzeitig sei der Absatz importierter Caravans um 31,9 Prozent gesunken. Bei relativ geringer Produktion und höheren Exporten in den letzten Monaten habe die Wohnwagenindustrie jetzt den „Teufelskreis der Überproduktion“ durchbrochen.

Mit neuen Modellen wollen die Caravan-Hersteller auch die 20- bis 30-jährigen als Käufer gewinnen. Der Caravan-Salon in Essen als Hauptveranstaltung der Branche ist den Angaben zufolge voll ausgebucht. Etwa 225 Aussteller werden dort auf einer Fläche von 72 000 qm 1000 neue Fahrzeugmodelle präsentieren.

## Sixt Budget hält Wachstumskurs

adh, Frankfurt

Auf Wachstum geschaltet hat die Autovermietung Sixt Budget, mit dem Gründungsjahr 1912 ältester nationaler Autovermieter und als Franchisepartner von Budget mit internationaler Anbindung arbeitend. In den nächsten fünf Jahren will das Unternehmen mit heute 32 Stationen in der Bundesrepublik sein Netz auf 50 Stationen erweitern. Im ersten Halbjahr 1983 legte das Unternehmen mit einer Flotte von 2500 Mietwagen, davon 450 Lastwagen, im Vermietgeschäft nach eigenen Angaben 25 Prozent Umsatz zu (preisbereinigt); beim Leasing, das herstellernabhängig gemeinsam mit der Disko-Auto-Leasing (Dresdner-Bank-Gruppe) betrieben wird, macht das Plus 18 Prozent aus. Insgesamt werden jetzt 4000 Fahrzeuge verleast.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Grundig kündigt höhere Philips-Beteiligung an

Hamburg (dpa/VWD) - Der Elektronikkonzern Philips wird „in absehbarer Zeit“ - wahrscheinlich 1984 - seine Beteiligung an der Grundig AG erhöhen. Wie Max Grundig, Chef des Fürther Unterhaltungselektronik-Konzerns, in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ weiter ankündigte, werde Philips seine bisherige Beteiligung von 24,5 Prozent am Aktienkapital von Grundig (280 Mill. DM) zunächst auf eine Schachtel (25 Prozent plus eine Aktie) ausdehnen. Später sei es denkbar, daß Philips die Mehrheit an der Grundig AG übernimmt. Nach weiteren Angaben von Max Grundig will man im laufenden Geschäftsjahr

1983/84 (31. März) 3,5 bis 4 Mrd. DM Umsatz erreichen, nach rund 3 Mrd. DM 1982/83, und den Aktionären (Max-Grundig-Stiftung und Philips) 16 Prozent Dividende zahlen.

## Vetter-Vergleichsantrag

Fellbach (dpa/VWD) - Die Walter Vetter GmbH & Co. Fahrzeug- & Karosseriefabrik, Fellbach, Hersteller von Omnibussen und omnibusähnlichen Sonderfahrzeugen, hat beim zuständigen Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Volker Grub bestellt. Vetter beschäftigte zuletzt rund 350 Mitarbeiter und setzte rund 40 Mill. DM um. Pro Jahr wurden etwa 200 Omnibusse auf

Bestellung gefertigt. Der Grund für den Vergleichsantrag liege in dem harten Preiswettbewerb auf dem deutschen Markt für Omnibusse. Insbesondere die Kommunen hätten kein Geld für neue Linienbusse.

## Beitragssatz niedriger

Düsseldorf (Py) - Jede achte Betriebskrankenkasse hat im 1. Halbjahr 1983 ihren Beitragssatz gesenkt. Wie der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BdK) mitteilte, betraf die Senkung mehr als 830 000 Aktivversicherte, das sind etwa 30 Prozent dieser Mitgliedergruppe in 800 Kassen. Der durchschnittliche Beitragssatz liegt derzeit bei 10,57 (Ende 1982: 10,91) Prozent.

## Ceag in der Gewinnzone

Frankfurt (AFP) - Die zum Interessenbereich der Familie Quandt gehörende Ceag Industrie-Aktien und Anlagen AG, Frankfurt, ist nach langen Verlustjahren wieder in der Gewinnzone. Im 1. Halbjahr 1983 konnte ein deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis liegender Konzerngewinn erwirtschaftet werden, so daß man auch für das Gesamtjahr mit einem Gewinn rechnet. Allerdings ist der Umsatz der Firmen Dets und Mareg durch den schwachen Export von Starterbatterien um 10 Prozent auf 78 Mill. DM gesunken. Die im Juni mehrheitlich erworbene Friemann + Wolf GmbH hat einen Umsatz von 38 Mill. DM (minus 10 Prozent) erzielt.

## Schon mal was von Aleatorik gehört?

Aleatorik ist jene moderne Musikrichtung, die dem Zufall breiten Raum gewährt. Eine kreative Freizügigkeit, die in finanziellen Fragen allerdings nicht angebracht ist.

So erfordern z. B. Auslandsgeschäfte in besonderem Maße exakte Planung, Sicherung gegen vielfältige Risiken, stetige und zuverlässige Verbindungen, die Kenntnis fremder Märkte und ihrer Usancen. Bei der Fülle der Probleme und Risiken im internationalen Geschäft sind die Erfahrungen, Sachkenntnisse und ausländischen Geschäftsverbindungen, über die eine international orientierte große Bank mit ihren weitgereisten Fachleuten verfügt, für Sie ein Beitrag dazu, möglichst nichts dem Zufall zu überlassen.

Die Leitungen unserer Niederlassungen sind darauf ausgerichtet, ihren Kunden dieses Potential wirklich nutzbar zu machen. Sie unterstützen Sie darin, Aleatorik, die Abhängigkeit vom Zufall, auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

**Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.**

**BERLINER BANK**  
AKTIENGESellschaft









## Rentenmarkt widerstandsfähig

Am Rentenmarkt konnten sich die vorberuflich genannten höheren Kurse zwar nicht voll durchsetzen, doch blieb die Tendenz insgesamt bemerkenswert widerstandsfähig. Die Ansicht, wonach in den USA die Zinsen ihren Höhepunkt erreicht haben, hat sich gefestigt. Außerdem besteht die stille Hoffnung, wonach die Bundesbank in dieser Woche auf drastische Liquiditätsengende Schritte verzichten wird. Dies hat das Angebot bei den öffentlichen Anleihen schrumpfen lassen. Die Kurse schwanken um 0,20 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Bei den DM-Anleihen wurden die beiden letzten 3-prozentigen Emissionen um einen weiteren Viertelpunkt heraufgesetzt.

### Bundesanleihen

	5.9.	2.9.
F 4 1/2 % 87	100,00	100,00
5 1/2 % 87	100,00	100,00
6 1/2 % 87	100,00	100,00
7 1/2 % 87	100,00	100,00
8 1/2 % 87	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 1/2 % 87	100,00	100,00
11 1/2 % 87	100,00	100,00
12 1/2 % 87	100,00	100,00
13 1/2 % 87	100,00	100,00
14 1/2 % 87	100,00	100,00
15 1/2 % 87	100,00	100,00
16 1/2 % 87	100,00	100,00
17 1/2 % 87	100,00	100,00
18 1/2 % 87	100,00	100,00
19 1/2 % 87	100,00	100,00
20 1/2 % 87	100,00	100,00
21 1/2 % 87	100,00	100,00
22 1/2 % 87	100,00	100,00
23 1/2 % 87	100,00	100,00
24 1/2 % 87	100,00	100,00
25 1/2 % 87	100,00	100,00
26 1/2 % 87	100,00	100,00
27 1/2 % 87	100,00	100,00
28 1/2 % 87	100,00	100,00
29 1/2 % 87	100,00	100,00
30 1/2 % 87	100,00	100,00
31 1/2 % 87	100,00	100,00
32 1/2 % 87	100,00	100,00
33 1/2 % 87	100,00	100,00
34 1/2 % 87	100,00	100,00
35 1/2 % 87	100,00	100,00
36 1/2 % 87	100,00	100,00
37 1/2 % 87	100,00	100,00
38 1/2 % 87	100,00	100,00
39 1/2 % 87	100,00	100,00
40 1/2 % 87	100,00	100,00
41 1/2 % 87	100,00	100,00
42 1/2 % 87	100,00	100,00
43 1/2 % 87	100,00	100,00
44 1/2 % 87	100,00	100,00
45 1/2 % 87	100,00	100,00
46 1/2 % 87	100,00	100,00
47 1/2 % 87	100,00	100,00
48 1/2 % 87	100,00	100,00
49 1/2 % 87	100,00	100,00
50 1/2 % 87	100,00	100,00
51 1/2 % 87	100,00	100,00
52 1/2 % 87	100,00	100,00
53 1/2 % 87	100,00	100,00
54 1/2 % 87	100,00	100,00
55 1/2 % 87	100,00	100,00
56 1/2 % 87	100,00	100,00
57 1/2 % 87	100,00	100,00
58 1/2 % 87	100,00	100,00
59 1/2 % 87	100,00	100,00
60 1/2 % 87	100,00	100,00
61 1/2 % 87	100,00	100,00
62 1/2 % 87	100,00	100,00
63 1/2 % 87	100,00	100,00
64 1/2 % 87	100,00	100,00
65 1/2 % 87	100,00	100,00
66 1/2 % 87	100,00	100,00
67 1/2 % 87	100,00	100,00
68 1/2 % 87	100,00	100,00
69 1/2 % 87	100,00	100,00
70 1/2 % 87	100,00	100,00
71 1/2 % 87	100,00	100,00
72 1/2 % 87	100,00	100,00
73 1/2 % 87	100,00	100,00
74 1/2 % 87	100,00	100,00
75 1/2 % 87	100,00	100,00
76 1/2 % 87	100,00	100,00
77 1/2 % 87	100,00	100,00
78 1/2 % 87	100,00	100,00
79 1/2 % 87	100,00	100,00
80 1/2 % 87	100,00	100,00
81 1/2 % 87	100,00	100,00
82 1/2 % 87	100,00	100,00
83 1/2 % 87	100,00	100,00
84 1/2 % 87	100,00	100,00
85 1/2 % 87	100,00	100,00
86 1/2 % 87	100,00	100,00
87 1/2 % 87	100,00	100,00
88 1/2 % 87	100,00	100,00
89 1/2 % 87	100,00	100,00
90 1/2 % 87	100,00	100,00
91 1/2 % 87	100,00	100,00
92 1/2 % 87	100,00	100,00
93 1/2 % 87	100,00	100,00
94 1/2 % 87	100,00	100,00
95 1/2 % 87	100,00	100,00
96 1/2 % 87	100,00	100,00
97 1/2 % 87	100,00	100,00
98 1/2 % 87	100,00	100,00
99 1/2 % 87	100,00	100,00
100 1/2 % 87	100,00	100,00

### Bundesprior

	5.9.	2.9.
F 4 1/2 % 87	100,00	100,00
5 1/2 % 87	100,00	100,00
6 1/2 % 87	100,00	100,00
7 1/2 % 87	100,00	100,00
8 1/2 % 87	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 1/2 % 87	100,00	100,00
11 1/2 % 87	100,00	100,00
12 1/2 % 87	100,00	100,00
13 1/2 % 87	100,00	100,00
14 1/2 % 87	100,00	100,00
15 1/2 % 87	100,00	100,00
16 1/2 % 87	100,00	100,00
17 1/2 % 87	100,00	100,00
18 1/2 % 87	100,00	100,00
19 1/2 % 87	100,00	100,00
20 1/2 % 87	100,00	100,00
21 1/2 % 87	100,00	100,00
22 1/2 % 87	100,00	100,00
23 1/2 % 87	100,00	100,00
24 1/2 % 87	100,00	100,00
25 1/2 % 87	100,00	100,00
26 1/2 % 87	100,00	100,00
27 1/2 % 87	100,00	100,00
28 1/2 % 87	100,00	100,00
29 1/2 % 87	100,00	100,00
30 1/2 % 87	100,00	100,00
31 1/2 % 87	100,00	100,00
32 1/2 % 87	100,00	100,00
33 1/2 % 87	100,00	100,00
34 1/2 % 87	100,00	100,00
35 1/2 % 87	100,00	100,00
36 1/2 % 87	100,00	100,00
37 1/2 % 87	100,00	100,00
38 1/2 % 87	100,00	100,00
39 1/2 % 87	100,00	100,00
40 1/2 % 87	100,00	100,00
41 1/2 % 87	100,00	100,00
42 1/2 % 87	100,00	100,00
43 1/2 % 87	100,00	100,00
44 1/2 % 87	100,00	100,00
45 1/2 % 87	100,00	100,00
46 1/2 % 87	100,00	100,00
47 1/2 % 87	100,00	100,00
48 1/2 % 87	100,00	100,00
49 1/2 % 87	100,00	100,00
50 1/2 % 87	100,00	100,00
51 1/2 % 87	100,00	100,00
52 1/2 % 87	100,00	100,00
53 1/2 % 87	100,00	100,00
54 1/2 % 87	100,00	100,00
55 1/2 % 87	100,00	100,00
56 1/2 % 87	100,00	100,00
57 1/2 % 87	100,00	100,00
58 1/2 % 87	100,00	100,00
59 1/2 % 87	100,00	100,00
60 1/2 % 87	100,00	100,00
61 1/2 % 87	100,00	100,00
62 1/2 % 87	100,00	100,00
63 1/2 % 87	100,00	100,00
64 1/2 % 87	100,00	100,00
65 1/2 % 87	100,00	100,00
66 1/2 % 87	100,00	100,00
67 1/2 % 87	100,00	100,00
68 1/2 % 87	100,00	100,00
69 1/2 % 87	100,00	100,00
70 1/2 % 87	100,00	100,00
71 1/2 % 87	100,00	100,00
72 1/2 % 87	100,00	100,00
73 1/2 % 87	100,00	100,00
74 1/2 % 87	100,00	100,00
75 1/2 % 87	100,00	100,00
76 1/2 % 87	100,00	100,00
77 1/2 % 87	100,00	100,00
78 1/2 % 87	100,00	100,00
79 1/2 % 87	100,00	100,00
80 1/2 % 87	100,00	100,00
81 1/2 % 87	100,00	100,00
82 1/2 % 87	100,00	100,00
83 1/2 % 87	100,00	100,00
84 1/2 % 87	100,00	100,00
85 1/2 % 87	100,00	100,00
86 1/2 % 87	100,00	100,00
87 1/2 % 87	100,00	100,00
88 1/2 % 87	100,00	100,00
89 1/2 % 87	100,00	100,00
90 1/2 % 87	100,00	100,00
91 1/2 % 87	100,00	100,00
92 1/2 % 87	100,00	100,00
93 1/2 % 87	100,00	100,00
94 1/2 % 87	100,00	100,00
95 1/2 % 87	100,00	100,00
96 1/2 % 87	100,00	100,00
97 1/2 % 87	100,00	100,00
98 1/2 % 87	100,00	100,00
99 1/2 % 87	100,00	100,00
100 1/2 % 87	100,00	100,00

### Länder - Städte

	5.9.	2.9.
F 4 1/2 % 87	100,00	100,00
5 1/2 % 87	100,00	100,00
6 1/2 % 87	100,00	100,00
7 1/2 % 87	100,00	100,00
8 1/2 % 87	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 1/2 % 87	100,00	100,00
11 1/2 % 87	100,00	100,00
12 1/2 % 87	100,00	100,00
13 1/2 % 87	100,00	100,00
14 1/2 % 87	100,00	100,00
15 1/2 % 87	100,00	100,00
16 1/2 % 87	100,00	100,00
17 1/2 % 87	100,00	100,00
18 1/2 % 87	100,00	100,00
19 1/2 % 87	100,00	100,00
20 1/2 % 87	100,00	100,00
21 1/2 % 87	100,00	100,00
22 1/2 % 87	100,00	100,00
23 1/2 % 87	100,00	100,00
24 1/2 % 87	100,00	100,00
25 1/2 % 87	100,00	100,00
26 1/2 % 87	100,00	100,00
27 1/2 % 87	100,00	100,00
28 1/2 % 87	100,00	100,00
29 1/2 % 87	100,00	100,00
30 1/2 % 87	100,00	100,00
31 1/2 % 87	100,00	100,00
32 1/2 % 87	100,00	100,00
33 1/2 % 87	100,00	100,00
34 1/2 % 87	100,00	100,00
35 1/2 % 87	100,00	100,00
36 1/2 % 87	100,00	100,00
37 1/2 % 87	100,00	100,00
38 1/2 % 87	100,00	100,00
39 1/2 % 87	100,00	100,00
40 1/2 % 87	100,00	100,00
41 1/2 % 87	100,00	100,00
42 1/2 % 87	100,00	100,00
43 1/2 % 87	100,00	100,00
44 1/2 % 87	100,00	100,00
45 1/2 % 87	100,00	100,00
46 1/2 % 87	100,00	100,00
47 1/2 % 87	100,00	100,00
48 1/2 % 87	100,00	100,00
49 1/2 % 87	100,00	100,00
50 1/2 % 87	100,00	100,00
51 1/2 % 87	100,00	100,00
52 1/2 % 87	100,00	100,00
53 1/2 % 87	100,00	100,00
54 1/2 % 87	100,00	100,00
55 1/2 % 87	100,00	100,00
56 1/2 % 87	100,00	100,00
57 1/2 % 87	100,00	100,00
58 1/2 % 87	100,00	100,00
59 1/2 % 87	100,00	100,00
60 1/2 % 87	100,00	100,00
61 1/2 % 87	100,00	100,00
62 1/2 % 87	100,00	100,00
63 1/2 % 87	100,00	100,00
64 1/2 % 87	100,00	100,00
65 1/2 % 87	100,00	100,00
66 1/2 % 87	100,00	100,00
67 1/2 % 87	100,00	100,00
68 1/2 % 87	100,00	100,00
69 1/2 % 87	100,00	100,00
70 1/2 % 87	100,00	100,00
71 1/2 % 87	100,00	100,00
72 1/2 % 87	100,00	100,00
73 1/2 % 87	100,00	100,00
74 1/2 % 87	100,00	100,00
75 1/2 % 87	100,00	100,00
76 1/2 % 87	100,00	100,00
77 1/2 % 87	100,00	100,00
78 1/2 % 87	100,00	100,00
79 1/2 % 87	100,00	100,00
80 1/2 % 87	100,00	100,00
81 1/2 % 87	100,00	100,00
82 1/2 % 87	100,00	100,00</



## Warenpreise - Termine

Fester schlossen am Freitag an der New Yorker Comex die Gold- und Silbernotierungen, Kupfer gab dagegen nach. Zu Aufschlägen kam es bei Kaffee und Kakao.

## Getreide und Getreideprodukte

Waren	2.9.	1.9.
Weizen Chicago (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	285,50	284,00
Nov.	286,50	285,00
März	287,50	286,00
Unsett.	288,50	287,00
Weizen Winnipeg (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	246,19	247,24
Nov.	247,24	248,29
März	248,29	249,34
Unsett.	249,34	250,39
Hafer Winnipeg (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	166,40	164,00
Nov.	166,40	164,00
März	166,40	164,00
Unsett.	166,40	164,00
Hafer Chicago (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	112,00	109,50
Nov.	112,00	110,00
März	112,00	110,00
Unsett.	112,00	110,00
Hafer Chicago (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	176,00	171,00
Nov.	176,00	171,00
März	176,00	171,00
Unsett.	176,00	171,00
Hafer Chicago (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	357,75	351,00
Nov.	357,75	351,00
März	357,75	351,00
Unsett.	357,75	351,00
Hafer Chicago (ca. 50)	2.9.	1.9.
Sept.	122,50	121,50
Nov.	122,50	121,50
März	122,50	121,50
Unsett.	122,50	121,50

## Die, Fette, Tierprodukte

Sept.	116,45	116,49	Flower Northern	96,00
Jan.	112,00	112,15	Kane et al., Schwere	..
Nov.	111,00	110,85	Chicago (ca. 50)	53,00
März	111,00	110,85	..	..
Unsett.	111,40	111,25	..	..
Unsett.	300	250	..	..
<b>Öle, Fette, Tierprodukte</b>				
Erbsenöl	2. 9.	1. 9.	..	..
New York (ca. 50)	48,00	48,00	..	..
Sonnenöl (ca. 50)	..	..	..	..
Maifisch	..	..	..	..
New York (ca. 50)	..	..	..	..
US-Mittelweststaaten für New York	34,00	34,00	..	..
Sojabohnen	..	..	..	..
Chicago (ca. 50) Sept.	33,00	31,80	..	..
Öl.	32,95	32,55	..	..
Nov.	33,20	32,67	..	..
Dec.	33,20	32,50	..	..
März	32,20	32,40	..	..
Unsett.	32,25	31,75	..	..
Winnep.	31,50	31,25	..	..
<b>Baumwollsaatgut</b>				
New York (ca. 50)	..	..	..	..
Mississippi-Tal	36,50	37,00	..	..
Saatgut	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Dec. 1898	28,00	28,00	..	..
Chosse v. 1898	..	..	..	..
% W. F.	19,85	19,85	..	..
Talg	..	..	..	..
New York (ca. 50)	17. 50	17,50	..	..
top white	17,00	17,00	..	..
top	16,75	16,75	..	..
best quality	16,75	16,75	..	..
yellow wax, 10% W. F.	14,25	14,25	..	..
Schmalz	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Öl.	41,75	42,50	..	..
Dec.	41,75	41,50	..	..
Febr.	45,00	45,50	..	..
<b>Schmalzsaatgut</b>				
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Febr.	61,25	63,40	..	..
Nov.	61,25	61,25	..	..
Unsett.	63,50	65,25	..	..
<b>Wollsaatgut</b>				
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..	..	..	..
Chicago (ca. 50)	..	..	..	..
Sept.	..	..	..	..
Nov.	..	..	..	..
März	..	..	..	..
Unsett.	..</			



\_\_\_\_\_



